

CIR

Catholic Institute for International Relations
London



**Human Rights in
NICARAGUA**

The Nicaraguan revolution extended the human rights of Nicaraguans in crucial areas: It brought freedom from torture and death squads, access to food, housing, health care and education and a political voice to the majority of the population. Right to Survive takes this as its starting point in considering Nicaragua's human rights record since 1979.

Right to Survive looks at the contra war and the Sandinista response — the state of emergency, the restrictions on civil liberties and press censorship. It surveys police actions, examines the judicial and penal system, considers the position of the churches, and devotes particular attention to the Sandinistas' actions on the Atlantic Coast. A final chapter examines the new constitution. The book also compares Nicaragua's record with those of its Central American neighbours — Guatemala, El Salvador and Honduras — providing an essential context in which to assess allegations about violations of human rights in Nicaragua.

135 pp. ISBN 0-946848-86-6
DM 20,--

LN-Vertrieb
Gneisenastr. 2
1000 Berlin 61

TRIALOG

Zeitschrift für
das Planen und Bauen
in der Dritten Welt

TRIALOG

*
erscheint vierteljährlich
*

beschäftigt sich mit Wohnproblemen
und Verstädterungsprozessen in der
Dritten Welt

*
stellt Lösungsansätze von Architekten,
Bauingenieuren, Ökonomen, Planern und
Sozialwissenschaftlern vor

*
ist ein Forum für den Austausch
von Praxiserfahrungen
und Forschungsergebnissen
*

regt die wissenschaftliche Diskussion
an und fördert die Kommunikation
mit Kollegen aus der Dritten Welt
*

Lieferbare Schwerpunktheft:

- 5 / 85 Ausgrenzungen. Arbeitstitel „Ghettos“
- 6 / 85 Socialist Housing?
(Doppelheft, englisch)
- 7 / 85 Raum-Ordnungen
- 8 / 86 Erneuerung historischer Stadtzentren
- 9 / 86 Mittelstädte
- 10 / 86 Frauen
- 11 / 86 Internationales Jahr der Hilfe
für Menschen in Wohnungsnot 1987
(Doppelheft)
- 12 / 87 Angepaßte Technologien
- 13 / 14 / 87 Slum and Squatter Upgrading
(Doppelheft, englisch)
- 15 / 87 Partizipation

Einzelheft: DM 9,-
Doppelheft: DM 12,-

Aboservice und Vertrieb:
LN-Vertrieb
Gneisenastr. 2
1000 Berlin 61

LATEINAMERIKA nachrichten

15. JAHRGANG DER

CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Februar 1988

DM 4,50

167

»Madres aus Ayacucho«



Aus dem Inhalt:

ARGENTINIEN: Wessen Sieg? / **CHILE:** Die Illusion eines Auswegs durch Verhandlungen / **KOLUMBIEN:** Die Demokratie zeigt ihr wahres Gesicht / **COSTA RICA:** Landwirtschaftspolitik und Kleinbauern / **EL SALVADOR:** Bewaffneter Kampf und Wahlen / **BRASIL:** Auf dem Weg zur Verfassung

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	3
— PERU: »Madres aus Ayacucho« in Lima	4
— ARGENTINIEN: Schon wieder 'n Sieg für die Demokratie	8
— CHILE: Colonia Dignidad – Ein Stützpfeiler der Repression wackelt	17
Die Illusion eines Auswegs durch Verhandlungen	19
Ein Tag im Park	30
— KOLUMBIEN: Die Demokatur zeigt ihr wahres Gesicht	32
— COSTA RICA: Die Landwirtschaftspolitik und die Krise der Kleinbauern	40
— EL SALVADOR: Bewaffneter Kampf und Wahlen	52
Die Radios der FMLN	61
— BRASILIEN: Sarneys Tage sind gezählt	66
Constituente contra Indios	71
— REZENSION: Saisonale Migration in Ecuador	76
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	78
— EINGEGANGENE BÜCHER	80

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 167
 Februar 1988
 Jahrgang 15 der CHILE-NACHRICHTEN
 erscheint monatlich
 (mindestens 11 Nummern pro Jahr)
ISSN 0174 - 6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
 V.i.S.d.P.: Christian Klemke
 Druck: Movimento, Berlin-West
 Redaktionsschluß: 21. Januar 1988

Abo-Preise:
 Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
 Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährlich berechnet, angefangene Jahre anteilsmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83 - 103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
 LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
 im Mehringhof
 Gneisenaustraße 2
 1000 Berlin 61
 Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

EDITORIAL

Mit der Colonia Dignidad müsse doch was faul sein, wenn das chilenische Fernsehen so positiv über sie berichte, wurden Redaktionsmitglieder, die sich Ende Dezember in Chile aufgehalten haben, in Poblaciones von Santiago angesprochen. Die Pobladores, die sich die oppositionellen chilenischen Zeitschriften nicht leisten können, haben ein Gespür dafür entwickelt, was sie von den Meldungen der regierungsabhängigen Fernsehkanäle und der regierungsnahen Zeitungen zu halten haben.

Das santiaguiner Boulevard-Blatt 'La Segunda' erläutert am 5. 1. 88 die offizielle Haltung zur ausländischen Einmischung und Verunglimpfung von Colonia Dignidad:

"Die Vorgehensweise ist bekannt: man lanciert eine erste Version in irgendeiner wenig bedeutenden Zeitschrift; nach wenigen Tagen oder Wochen greift man sie dann mit größerem Nachdruck wieder auf ... und wiederholt sie in anderen Medien – Radio oder Fernsehen – am besten in anderen Ländern oder Kontinenten; und wenn auf diese Weise mehrere übereinstimmende Quellen erwähnt werden können, kann man das Ergebnis weltweit als Wahrheit darstellen."

Und dann kriegen wir unser Fett:

"Laut der Nachrichtenagentur LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist 'Dignidad' das Zentrum eines Kontaktnetzes mit Nazi-Symphatisanten aus Europa und Iberoamerika. Wie kommt man darauf? Dank 'an US-amerikanische Publikationen durchgesickerte Geheiminformationen des CIA.' Das ist wichtig, denn so gesehen handelt es sich nicht um ein Gerücht des KGB (was es zweifelsohne ist), sondern um eine vertrauliche Mitteilung des CIA."

Wenn wir das richtig verstehen, heißt dies, daß wir Falschinformationen vom KGB erhalten und diese als Geheiminformationen vom CIA verkaufen.

Einige Artikel dieses Heftes haben wir versuchsweise mit einem Textverarbeitungssystem geschrieben. Natürlich können wir uns dafür kein Gerät leisten, das alle Möglichkeiten der Technik ausschöpft. Dazu fehlen uns mindestens 500 neue Abonnenten. Wir müssen uns mit der billigsten Version begnügen, die im Schriftbild einiges zu wünschen übrig läßt. Wir bitten deshalb unsere Leser, uns mal zu schreiben, ob sie mit der Lesbarkeit der Schrift z.B. des Artikels über Costa Rica zufrieden sind, oder ob wir beim bisherigen System bleiben sollen.

PERU

»Madres aus Ayacucho« in Lima

Obwohl das Thema "Menschenrechte" in Peru seit Jahren diskutiert wird und es dazu verschiedene internationale Kommissionen gab, hat sich an der Situation im Land nichts Grundlegendes geändert: nach den Gefängnismassakern im Juli 1986 und dem Angriff auf die Universitäten Limas im Februar 1987 (siehe LN 151 und 158) geht der schmutzige Krieg im Andendepartement Ayacucho weiter, ohne an Intensität zu verlieren. Die Strategie der Streitkräfte, Sendero Luminoso durch Terror an der Zivilbevölkerung den Boden zu entziehen, kann als gescheitert gelten.

Regierung und Justiz zeigen sich von den ständigen Menschenrechtsverletzungen unbeeindruckt, die APRA gibt den Streitkräften freie Hand.

Ende November 1987 hielten sich für 12 Tage etwa fünfzig Frauen aus Ayacucho in Lima auf, Angehörige der Verschwundenen, und Vertreter der nationalen Vereinigung der Familienangehörigen der Gefangenen und Verschwundenen Perus (ANFASEP).

Eindrucksvolles Schweigen herrschte unter den etwa 2000 Delegierten der nationalen Volksversammlung im bevölkerungsreichsten Distrikt Lima Villa el Salvador, als Angelica Mendoza de Ascarza, Präsidentin der ANFASEP, zitternd das Mikrofon ergriff. Die etwa 50-jährige Frau, in typisch indianischer Hochlandkleidung, wandte sich in gebrochenem Spanisch an die hier anwesenden Vertreter der peruanischen Volksbewegung:

"compañeros, vielen Dank, daß ich hier sprechen darf... vier Jahre suchen wir unsere Kinder, unsere Männer, so viele Kinder ohne Eltern, so viele Massaker in Ayacucho, Apurimac, Huancavelica und Cerro de Pasco. Überall Verletzung der Menschenrechte. Das darf nicht so weitergehen, so viele Vergehen, so viel Mißbrauch, Einbruch in unsere Häuser, Vergewaltigungen, Repression, Folter unserer Angehörigen. Ich habe meinen Sohn gesucht. Wie viele Leichen habe ich gefunden! Angehäuft zwischen Felsen an den Abhängen. Das können wir nicht vergessen, das darf nicht länger verschwiegen werden. Für uns gibt es keine Demokratie, für uns bedeutet Demokratie Massaker, Vergewaltigung 10-jähriger Mädchen, verlassene Waisenkinder... es sind Tausende. So viele Tote, Tausende Verschwundene. Niemals antwortet die Regierung, so viele Briefe haben wir geschrieben und wollten mit dem Präsidenten sprechen, niemals wurde unsere Stimme gehört. Deshalb will ich Sie alle bitten, uns zu helfen... wir werden weiterkämpfen. Vielen Dank!"



Als sie geendet hatte, barst das riesige Zelt schier unter den Sprechchören:

Vivos los llevaron! Vivos los queremos!

(Lebend haben sie sie genommen! Lebend wollen wir sie!) Am Vorabend waren sie gekommen, 50 Frauen, viele mit Kleinkindern, um auf die permanente Verletzung der Menschenrechte aufmerksam zu machen. Es ist das siebte Mal, daß sie in die Hauptstadt kommen, voller Hoffnung, endlich die Wahrheit über ihre verschwundenen Familienangehörigen zu erfahren.

Die Vereinigung der Familienangehörigen der Gefangenen und Verschwundenen Perus (ANFASEP) existiert seit 4 Jahren, insgesamt gehören ihr 600 Personen an. Man sieht den Frauen ihre Anstrengungen an, erreicht haben sie wenig in den vergangenen Jahren, fast gar nichts, wie sie selbst sagen. Der schmutzige Krieg, den die Streitkräfte gegen Sendero führen, hat bis zum Oktober 1987 über 10.000 Tote gefordert, fast 3000 Menschen gelten als verschwunden. Die Menschenrechtskommission COMISDEH kreidet der regierenden APRA mindestens 500 an und erklärt, daß ein Großteil derer erst in den letzten Monaten verschwunden ist.

Die Situation in Ayacucho war in den letzten Monaten weitgehend aus den Schlagzeilen der Tageszeitungen verschwunden, die Verstaatlichung der Banken und danach die Aktionen der MRTA (Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru) hatten auch das Versprechen Alan Garcías vergessen gemacht, den Ausnahmezustand in Ayacucho aufzuheben. "Die Repression hat gerade in den vergangenen Monaten

stark zugenommen", erklärten einige der Frauen, "viele Lehrer sind verschwunden. Sie (die Militärs, Anm. d.V.) respektieren niemanden mehr. Vor kurzem kamen sie auch in unsere Gemeinde und fesselten alle, schleppten uns auf den Dorfplatz. Den Männern schnitten sie die Haare ab und nahmen einige mit, die Mädchen wurden vergewaltigt. Während wir auf dem Platz waren, gingen sie in unsere Häuser und nahmen alle Sachen mit, die sie gebrauchen konnten. Die Lebensmittel vergifteten sie oder verrichteten ihre Notdurft darauf. Wenn wir sie anflehen, stecken sie unsere Köpfe in Eimer mit Wasser. Nein, wir können in unseren Dörfern nicht mehr leben..."

Angelica Mendoza sieht die Hauptverantwortung direkt bei Alan García: "Als García noch Kandidat war und ich ihn in Ayacucho auf die Menschenrechtssituation aufmerksam machte, sagte er: 'Keine Angst, Mütterchen, unter meiner Regierung wird es keine Verschwundenen mehr geben, die Schuldigen werden bestraft, und wenn etwas Ähnliches passiert, ist der Regierungspalast für Euch jederzeit offen. Zwanzig Mal haben wir ihm geschrieben, und ihn gebeten, uns zu empfangen. Dem Nobelpreisträger Perez Esquivel hatte er es auch versprochen. Nichts! Alan García ist verantwortlich für die Verschwundenen.'"

Über zehn Tage sind die "Madres aus Ayacucho" schon in Lima, versuchen, mit Alan García oder einem Minister zu sprechen. Trotz großer Öffentlichkeit in diesen Tagen treten sie nur vor verschlossene Türen. Neben einem Gespräch mit Kardinal Landázuri



erreichen sie, vom Oberstaatsanwalt Hugo Denegri empfangen zu werden. Dieser negiert die Verantwortung der Militärs, die Verschleppungen gingen auf das Konto von Sendero, meint er. "70% der Anzeigen von Angehörigen der Verschwundenen gehen in die Hände der Militärjustiz über", erklärt Angelica Mendoza, "und glauben Sie, daß die sich selber anklagen? Dann werden diejenigen verfolgt, die die Übergriffe anzeigen, aus diesem Grund verschweigen viele Ayacuchaner die Verbrechen, sie haben Angst."

Am folgenden Tag wird den Frauen vom Präfekten Limas auch noch eine Demonstration durch die Innenstadt zum Regierungspalast verboten. Es ist der 25. November, "Tag der Frau" in Peru. "Uns scheint, Alan García unterstützt die Massaker und die ungerechtfertigten Verschleppungen, das müssen wir annehmen, wenn man uns so behandelt. Aber wir werden hierbleiben, bis wir demonstrieren dürfen", antwortet mir eine junge Frau, auf dem Rücken ein Kleinkind, "wir werden unsere Stimme erheben, bis sie uns sagen, wo unsere Söhne und Männer sind. Ich weiß, wir werden wieder Morddrohungen bekommen, aber wir haben nichts mehr zu verlieren."

Einmal mehr zeigt sich in diesen Tagen die Unglaublichkeit und Demagogie der APRA-Regierung. Lange schon hat García die Kontrolle über die vom Ausnahmezustand betroffenen Departements verloren, so er sie überhaupt je hatte, und es fehlt ihm auch der politische Wille dazu. Die im Juli anlässlich des Nationalfeiertags verkündete bevorstehende Aufhebung des Ausnahmezustandes hat nicht stattgefunden. Fermin Darío Apxarrent, Bürgermeister von Huamanga in Ayacucho erklärte dazu: "Als García die Aufhebung des Ausnahmezustands ankündigte, begannen die Sinchis (Spezialeinheit der Streitkräfte zur "Terrorismusbekämpfung") nachts, als Senderisten verkleidet, die Bevölkerung zu terrorisieren und auch Stromversorgungsmasten in die Luft zu jagen, um so einen massiven Terror seitens Sendero vorzutäuschen mit dem Ziel, den Ausnahmezustand zu verlängern! Die Militärs sind am Weiterbestehen nicht nur machtpolitisch interessiert, sie verdienen alle zweimal so hohe Löhne und nehmen sich hier, was sie brauchen."

Die Regierung versucht, ihre Handlungsunfähigkeit durch Abwiegeln und Passivität zu vertuschen, doch die Lage der Menschenrechte verschlimmert sich zusehends. Mit Spannung wird in Lima auch der Abschlußbericht der Untersuchungskommission der Gefängnis-massaker erwartet. Inoffiziell wurde inzwischen bekannt, daß García mehr wußte als je angenommen wurde. Die Veröffentlichung wird auch von der Regierung so weit gefürchtet, daß sie die Kommission bat, den Bericht erst nach der Reise des Präsidenten nach Acapulco/Mexiko zu veröffentlichen, um seinem "internationalen Ansehen" nicht zu schaden.

ARGENTINIEN

Schon wieder 'n Sieg für die Demokratie!

"Die Demokratie hat gesiegt!", so Präsident Alfonsín, nachdem sich der Rebellenführer Aldo Rico in Monte Caseros ergab, am 19. Januar dieses Jahres. Und so auch schon, nachdem sich der Rebellenführer Aldo Rico in Campo de Mayo ergab, Ostern vergangenen Jahres. So eilt dem Alfonsíns Demokratie von Revolte zu Revolte von Sieg zu Sieg, nur, daß die zivile Gesellschaft dabei immer mehr an Macht verliert, das Militär immer mehr an Macht gewinnt.

Es war der große Triumph von Armee-Chef Caridi: Es war seine Loyalität, es waren seine Befehle und seine Panzer, die den Sieg errangen, den Alfonsín nun an die Fahnen der Demokratie heftet. Die Abhängigkeit des Präsidenten von "seinem" obersten General hat damit eine neue Dimension erreicht; Politik gegen den Willen der Armee-Führung wird Alfonsín kaum noch machen können – von der einst versprochenen Militärreform ganz zu schweigen. Vielmehr wird Caridis ständiger Druck auf die politischen Entscheidungen noch unwiderstehlicher sein als bislang schon.

Aber nicht nur gegenüber den Politikern hat der Armee-Chef nun eine stärkere Stellung als jemals zuvor seit dem Amtsantritt Alfonsíns. Auch innerhalb des Militärs ist Caridis vorher in Frage gestellte Führungsposition durch die Niederschlagung der Rebellion Ricos gefestigt. Vorerst entschieden ist damit der seit über einem Jahr offen schwelende Konflikt zwischen der "nationalistischen" Fraktion der Armee, mit Rico als Symbolfigur, und den "Liberalen" (sic!; meint: US-freundlich, Interessenvertreter der Oligarchie), repräsentiert durch die gegenwärtige Armee-Spitze. (In den LN 164 haben wir ausführlich über die Hintergründe dieser Auseinandersetzung berichtet)

Damit können auch die USA hochzufrieden mit dem Verlauf der Ereignisse sein. Denn die allgemeine Auffassung, daß die USA Alfonsín unterstützen, ist nur ein Teil der Wahrheit. Das Konzept von Weißem Haus und Pentagon ist vielmehr das der "democracia tutelada", der "bevormundeten Demokratie". Und da ist Alfonsín zwar "die Demokratie", wichtiger aber ist Caridi, der "Vormund". Der eigentliche Garant der US-Interessen ist die Armee, nicht die Politiker. So ist es für die USA essentiell, daß die Armee von US-freundlichen Militärs beherrscht wird. Und gleichsam ist es das Interesse der USA, daß die Vormundschaft des Militärs über die zivilen Kräfte verstärkt wird, auch und gerade im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen '89.



Faschistische Kameraden grüßen den Rebellenführer Aldo Rico

Zwischen Caridi und seinem als Folge der Oster-Rebellion in den Ruhestand geschickten Vorgänger Ríos Ereñú gibt es praktisch keine Unterschiede in der politischen Linie. Daß Caridi nun seine Truppen militärisch gegen die Aufständischen vorgehen ließ, während zu Ostern niemand zur Niederschlagung der Revolte bereit gewesen war, hat andere Gründe. Damals war die Forderung Ricos nach Straffreiheit für die wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagten oder verurteilten Soldaten eine Forderung, die von der ganzen Armee unterstützt wurde.

Nachdem diese Forderung durch das "Gesetz über den Befehlsnotstand" erfüllt worden war (s. LN 160 und 161/162), war die erneute Rebellion Ricos nun nur noch der direkte Kampf um die Macht, die Polarisierung des Konflikts zwischen "nacionalistas" und "liberales", zwischen Rico und Caridi. Und trotz aller Sympathie, die Rico in weiten Bereichen der Armee zweifellos genießt, waren doch nur wenige Regimenter und Truppenteile bereit, für ihn auch den offenen Kampf gegen die offizielle Armee aufzunehmen, mit von vorneherein sehr mageren Erfolgsaussichten.

Ein fatales Ergebnis dieser Polarisierung: Rico oder Caridi! ist auf jeden Fall, daß diejenigen zwischen den Fronten zerrieben wurden, die in Argentinien als "Professionalisten" bezeichnet werden. Das meint Militärs, die "ihren Job tun wollen" und sich politisch relativ neutral verhalten. Dabei wäre eine Stärkung gerade dieser – nun stark geschwächten – "dritten Fraktion" unbedingt notwendig gewesen, um die Militärs wenigstens mittelfristig der Demokratie unterordnen zu können.

Die Vorwarnung



Ein Anhänger Ricos zieht die Pistole, bedroht zwei Journalisten. Der Fotograf drückte ab. Mit diesem Foto am 31. Dezember auf der Titelseite aller Zeitungen versprach das zu Ende gehende Jahr den ArgentinierInnen kein ruhiges neues.

Der Soldat mit der gezückten Pistole war zur Haftentlassung Ricos gekommen, nachdem die Militär Richter Rico zum neuen Jahr die Freiheit in Form "verschärften Hausarrests" spendiert hatten - dem sich Rico mühelos entzog und daraufhin seine Rebellion startete. Daß Rico aber überhaupt vor seine Kameraden von der Militärjustiz kam, nachdem sein Fall ja bereits von zivilen Gerichten aufgenommen worden war, verdankt er wesentlich der Zeugenaussage Alfonsíns.

Zum Hohn all derer, die der Präsident bei der Oster-rebellion mit der Parole "Demokratie oder Diktatur" gegen die Aufständischen mobilisiert hatte, erklärte er nun, Rico habe nie Forderungen an die zivile Macht gestellt, Rico habe zu keinem Zeitpunkt versucht, die Entscheidungen der Politiker zu beeinflussen, es handele sich somit nicht um eine "Rebellion". Es sei vielmehr nur ein militär-internes Problem gewesen, somit eine "Meuterei" gegen seine militärischen Vorgesetzten und damit Aufgabe der Militärjustiz, nicht der zivilen Richter.

Dies war eines der Zugeständnisse, mit denen Alfonsín angesichts der sich abzeichnenden Krise die Militärs beschwichtigen wollte. So wurde auch noch den letzten angeklagten Admirälen der "Befehlsnotstand" zugebilligt. Ein anderes wichtiges Nachgeben Alfonsíns war die Bewilligung der Beförderung von Alfredo Astiz zum Korvettenkapitän.

Astiz ist eine Symbolfigur. Er ist so etwas wie die Personifizierung des Staatsterrors der Militärdiktatur in seiner dreckigsten Form: Neben dem in Europa sehr bekannt gewordenen Falls der "verschwundenen" Schwedin Dagmar Hagelin war Astiz es vor allem auch, der sich in die Organisation der "Madres de la Plaza de Mayo" eingeschlichen hatte, als angeblicher Bruder eines "Verschwundenen". Vor den Augen seiner Kameraden in Uniform kennzeichnete Astiz diejenigen Madres mit einem Kuß auf die Wange, die "verschwunden" werden sollten.

Auch Astiz war durch das "Gesetz über den Befehlsnotstand" wieder zu einem unbescholtenen Bürger geworden. Der Vorschlag zu seiner Beförderung seitens der Marine-Führung war eine Provokation, denn große militärische Verdienste hat Astiz wohl kaum: Im Süd-Atlantik-Krieg gegen Großbritannien erlangte er dadurch Berühmtheit, daß er als Kommandant der argentinischen Truppen auf den South Georgia Islands sich den Briten "unehrenhaft" ergab, ohne auch nur einen einzigen Schuß abgefeuert zu haben.

Unter dem Druck der Öffentlichkeit entschloß sich Alfonsín zu einer Doppelstrategie: Er befürwortete zwar Astiz' Beförderung, unterzeichnete aber gleichzeitig ein Dekret, daß die Admiräle Astiz in den sofortigen Ruhestand zu versetzen haben. Die Admiräle, von denen vorher gut die Hälfte (einschließlich Marine-Chef Arosa) für diesen Fall mit ihrem eigenen Ausscheiden aus der Armee gedroht hatten, machten diese Drohung nicht wahr. Doch machen sie auch keine Anstalten, das Dekret des Präsidenten durchzuführen. Wie die rechte Zeitung La Nación in ihrer Ausgabe vom 23.12.87 süffisant bemerkte: "Die Entscheidung des Präsidenten sollte nicht so interpretiert werden, daß sie den automatischen Ruhestand für den Kapitän Astiz bedeutet."

Und dabei ist es noch. Auch einen Monat nach der Unterschrift des Präsidenten ist Astiz noch in der Marine, jetzt als Korvettenkapitän. Und nach der jüngsten Revolte ist die Wahrscheinlichkeit als eher gering einzuschätzen, daß der Oberbefehlshaber der Streitkräfte - denn das ist Alfonsín per Verfassung, auch wenn es nie so scheint - ein so simples Dekret wie die Versetzung eines Korvettenkapitäns in den Ruhestand auch durchsetzen kann.

Ach ja, der Sieg der Demokratie. Alfonsín ist dabei, Argentinien Demokratie zu Tode zu siegen.

»Viel Glück, Herr Oberstleutnant!«

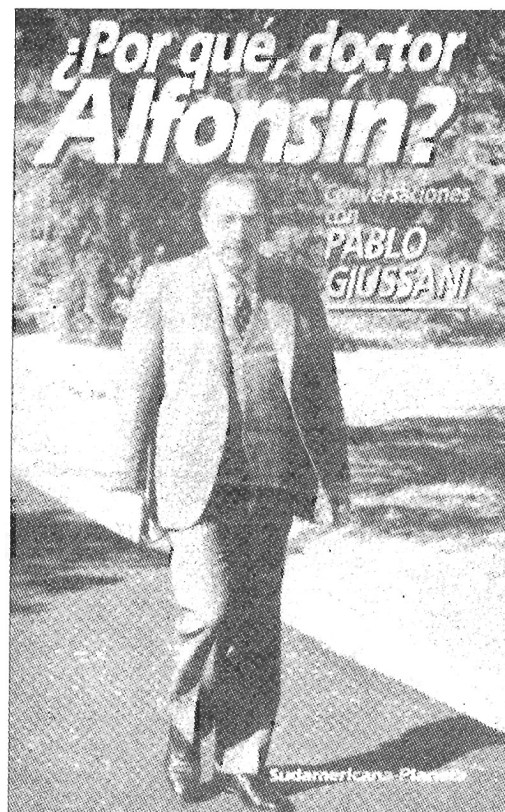
Alfonsíns Umgang mit den Militärs ist einer der zentralen Punkte der argentinischen Politik. Deshalb übersetzen wir Alfonsíns eigene, erschreckende, fast tragi-komische Schilderung der Oster-Rebellion und seiner Begegnung mit Rico, die vor kurzem in Argentinien erschienen ist. Um den Bericht Alfonsíns möglichst zusammenhängend zu lassen, haben wir nur wenige "sachdienliche Hinweise" in Klammern in den Text gesetzt, Kommentare gibt's in Fußnoten.*

"Am Sonntagmorgen um 4 Uhr 30 hatten wir konkrete Nachrichten von dem Fortschritt, der in den Gesprächen (zwischen Rico und Verteidigungsminister Jaunarena) erreicht worden war. Rico fand sich damit ab, eine Lösung zu akzeptieren, die auf dem Respekt gegenüber den Institutionen der Nation basierte und die Ereignisse der Osterwoche der Militärgerichtsbarkeit übergab. Er bestand auf der Entlassung von (Generalstabschef) General Ríos Erenú und forderte eine politische Lösung der Gerichtsverfahren. (1)

*)

"Forqué, Doctor Alfonsín?" ist zum Jahresende in Argentinien erschienen. Hier schildert Alfonsín seinem Hofjournalisten Giussani in langen Gesprächen seine Sicht der Dinge und seine Version der Ereignisse. Wir dokumentieren in Auszügen den Teil über Ricos Oster-Rebellion.

(Editorial Sudamericana, Buenos Aires)



Mit anderen Worten: Rico und seine Anhänger hatten ihre zentralen Forderungen von vor wenigen Stunden aufgegeben. Sogar gab es bei den angeführten Punkten keine substantiellen Unterschiede zwischen der objektiven Position der Regierung und den Forderungen der Aufständischen."

(...) (Nun beschreibt Alfonsín, wie sich die "Gespräche" doch wieder verhärten. Jaunarena kann keine befriedigende Lösung erreichen und er selbst "muß" nach Campo de Mayo fliegen.)

"Ich trat hinaus auf den Balkon, verkündete dem Volk, daß ich mich persönlich nach Campo de Mayo begeben werde, um die Aufgabe der Aufständischen zu fordern, und bat die Leute, auf dem Plaza auf mich zu warten. Was ich sie damit implizit bat, war, nicht nach Campo de Mayo zu marschieren..." (2) (...)

"Ich fühlte mich sehr ruhig, aber bei Rico merkte ich eine gewisse Spannung, die sich mit der Dauer des Gesprächs legte. Der Eindruck, den er auf mich machte, entsprach genau der Beschreibung, die man mir von ihm gemacht hatte. Sein ganzes Wesen und alle seine Gebärden waren die eines Soldaten. Venturino (Ricos Vize) war anders: intellektueller, er machte einen mehr denkenden Eindruck.

Rico erhob keine Forderungen. 'Ich will Ihnen erklären, warum wir zu dieser Situation gekommen sind', sagte er zu mir. 'Dann mal los', antwortete ich ihm. (3)

(1) Wer entläßt den Generalstabschef? Nur der Präsident - in seiner Funktion als Oberbefehlshaber der Armee - kann den obersten Armee-General entlassen. Und eine politische Lösung für die Gerichtsverfahren, von wem kann die kommen, wohl doch nur von den Politikern. Und was hatte Alfonsín als Zeuge ausgesagt, um Rico vor der zivilen Justiz zu verschonen? Rico habe nie versucht, politische Entscheidungen zu beeinflussen???

Drei der fünf Richter des Obersten Gerichtshofs "überzeugte" Alfonsíns gewichtiges Wort, und der "Fall Rico" ging an die Militärgerichte über. Weil sie so absurd ist, hier eine Kostprobe aus der Urteilsbegründung: "Oberstleutnant Aldo Rico hatte versucht, seine Aktivität auf der strikt institutionellen Ebene zu halten; er betonte ständig seinen Willen, die verfassungsmäßige Ordnung zu respektieren; er selbst begrenzte seine Kräfte in diesem Sinne; er forderte nicht von der Exekutivgewalt der Nation, daß sie ein Amnestie-Gesetz erlasse, und seine Forderung bezog sich auf eine Lösung irgendwelcher Art." (Página/12 vom 20.12.87)

(2) Ja, was hätte Rico denn dann gemacht? Einen militärischen Ausfall? Wohl kaum. Alfonsín hat mehr Angst davor, daß das Volk "unkontrollierbar" werden könnte, als vor einem in der besetzten Kaserne ausgehandelten Gentlemen's Agreement mit dem Rebellenführer, dem "Helden der Malvinas". Und wen mag es da wundern, daß bei der Revolte jetzt im Januar die Leute lieber zum Baden ans Meer fahren anstatt auf die Straße zu gehen?

(3) Na hoppla, wer befiehlt hier? Ricos Leute bewaffnet und die Gesichter kampfbereit geschwärzt, verschanzte in der Infanterieschule, Alfonsín fliegt rein, Rico im Kampfanzug will ihm erklären, und Alfonsín sagt "Dann mal los" (orig.: Adelante!), meint selbst in seiner Nach-Erzählung für die Öffentlichkeit nichts Besseres zu sagen zu haben als dieses fast hätte ich geschrieben: Schießen Sie los!

Er erzählte mir daraufhin von den auf den Malvinas erlittenen Frustrationen und machte die Heeresspitze dafür verantwortlich. Er beschwerte sich über die gegenwärtige Heeresführung und beschrieb sie als 'Fortsetzung des Proceso' (Name der Militärs für die Militärdiktatur). Er zeichnete eine Unterscheidung zwischen einem alten und einem neuen Heer. Mit dem alten identifizierte er die Generalität, mit dem neuen die Aufständischen. Er behauptete, daß es dieses neue Heer wäre, daß ich zur Erreichung meiner Ziele benötigte.

Daraufhin erklärte ich ihm die Entwicklung der Militärsituation seit meinem ersten Verteidigungsminister Raúl Borras. Ich legte ihm die Ziele des 'Gesetzes über die Hinfälligkeit der Strafaktion und anderer durchgeführter Maßnahmen in der gleichen Richtung dar, einschließlich der neuen, bereits projektierten Gesetzgebung. Ich erwähnte auch das Gesuch des Generals Ríos Erenú, in den Ruhestand versetzt zu werden.

"Herr Präsident, verstehen Sie unsere Situation ..."

Rico bestand dann darauf, seinen Respekt vor der zivilen Macht und der institutionellen Ordnung zu unterstreichen, indem er vorbrachte, daß die von seiner Gruppe eingenommene Haltung nur auf die interne Situation des Heeres bezogen war. (4)

In einem bestimmten Augenblick bat ich Brigadier Panzardi, Hang (der Adjutant Alfonsíns) hereinzuholen. Hang hatte ich vorher gebeten, im Militärgesetzbuch nach der geeigneten Bezeichnung zu suchen, die man der von den Aufständischen eingenommenen Haltung geben konnte.

Als er eingetreten war, erklärte mein Adjutant, daß der angemessene Begriff für die Ereignisse in Campo de Mayo der der Meuterei sein könnte; deren Konsequenzen sind Haft für unbestimmte Zeit und mindestens zwei Jahre Gefängnis für die Rädelsführer und eine Strafe für die beteiligten Untergebenen, die zwischen kürzerem Gefängnis und Disziplinarmaßnahmen schwanken kann. Außerdem erläuterte ich, daß ich im Falle des Oberstleutnants Aldo Rico seinen Prozeß durch Militärgerichte nicht garantieren konnte, da die zivile Justiz bereits interveniert hatte. (5)

Rico interessierte sich für die Situation seiner Untergebenen und ich sagte ihm, daß es keine andere Möglichkeit gäbe, als sie der Militärjustiz zu unterwerfen. Nun griff Venturino zum ersten mal ein und fing an zu sagen: 'Herr Präsident, in diesen Verhandlungen...

(4) Rico würde auch noch seinen Respekt-für-die-verfassungsmäßigen-Institutionen von sich brabbeln, wenn er auf dem Balkon des Präsidentenpalasts steht und dem Hubschrauber nachwinkt, der Alfonsín ins Exil fliegt!

(5) Garantieren konnte er es nicht, hat sich mit seiner Zeugenaussage aber redlich Mühe gegeben, und das hat schon gereicht (s. Anm.

gen... Ich unterbrach ihn barsch: 'Ich bin nicht hierher gekommen, um zu verhandeln, sondern um ein Gespräch zu führen.' (6)

Auch Rico versuchte mit einer Geste, zu verhindern, daß sein Vize weiterredete. Wir standen auf, gingen zur Tür und gaben uns die Hand. 'Viel Glück, Herr Oberstleutnant', sagte ich zu Rico. Später fragte ich mich, ob ich gut daran getan hatte, ihn 'Oberstleutnant'

(6) Im Original: "... he venido a conversar" Alfonsíns Tragikomik wird hier zur Lächerlichkeit: 1. Glaubt's ihm kein Mensch, und 2. gibt's für Gespräche, "para conversar", fürwahr nettere Orte und Zeitpunkte.



zu nennen, in anbetracht der Tatsache, daß er zwei Tage zuvor der Richter Alberto Piotti ihn 'in Rebellion' erklärt und Rico somit seinen Rang verloren hatte. (7)

Als Rico und Venturino schon gegangen waren, geschah etwas unvorhergesehenes: Der Hauptmann Breide bat, mit mir zu sprechen. Ich entsprach seiner Bitte. Breide war um etliches jünger als die übrigen und sehr erregt. Ich kann nicht wörtlich wiedergeben, was er sagte, aber eine ungefähre Version seiner Worte wäre die folgende: 'Herr Präsident, verstehen Sie unsere Situation. Sie (lies: die Generäle, die "alte Armee") führten uns in den Krieg gegen die Subversion, indem sie uns überzeugten, wir würden die Gesellschaft gegen eine Aggression verteidigen. Wir mußten so einen Krieg führen, für den wir nicht vorbereitet waren, sie ließen uns Dinge tun, die wir uns als Militärs nie vorgestellt hätten, mit dem Argument, wir würden so unsere Familien verteidigen. Sie führten uns in den Malvinas-Krieg unter schlechtesten materiellen Bedingungen und ohne angemessene Planung. Nachdem wir die Kälte, die Bombardierungen und die Gefangenschaft durch die Briten ertragen hatten, wurden wir zurückgebracht, versteckt, als wären wir Verbrecher. Danach verteidigten sie nicht die Würde der Armee und machten nicht die Reformen, die wir gefordert hatten.'

Der Junge sprach mit zitternder Stimme und Tränen in den Augen, als er sich von mir verabschiedete. Ich muß zugeben, zugeben, daß seine Haltung mich erschütterte." (8)

(...) (Und als Fazit:)

"Auf einer Seite gab es einen militärischen Aufstand - denn objektiv handelte es sich darum, auch wenn Rico subjektiv dies nicht akzeptieren würde - und auf der anderen eine Armee, die sich weigerte, diesen niederzuschlagen. (9) Für den Fall, daß mein Gespräch mit Rico nicht mit der Auslöschung der Meuterei endete, beinhalteten die möglichen Ausgänge dieser Situation eine Volksbewegung, die einen Bürgerkrieg auslösen könnte, oder auch einen Zusammenbruch der verfassungsmäßigen Autorität, was in diesem Fall auch einen Bürgerkrieg auslösen könnte. Und da reden Sie mir von Purismus!" (10)

(7) Alfonsín hat sich nicht gefragt, ob er gut daran getan hatte, Rico "Viel Glück!" zu wünschen, und wozu eigentlich?

(8) ohne Kommentar

(9) Immerhin das Eingeständnis, daß sich die Armee weigerte. Im gleichen Buch findet sich aber auch immer noch die Mär von den loyalen, kampfbereiten Truppen: "Ich erhielt einen Anruf von General Alais, der sagte, daß er in der Lage wäre, den Aufstand niederzuschlagen."

(10) Mag der ihn interviewende Pablo Giussani ihm von "Purismus" reden, den hätte es gar nicht gebraucht. Es wäre schon so viel geholfen gewesen, wenn Alfonsín das Volk in den Straßen nicht nur als Bedrohung begriffen hätte sondern als Stärke. Aber das Volk taucht bei Alfonsíns Auf-der-einen-Seite...auf-der-anderen-Seite nicht einmal auf, dabei war es doch auf seiner Seite!

CHILE

Colonia Dignidad – Ein Stützpfeiler der Repression wackelt

Noch während die Januar-Ausgabe der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN gedruckt wurde, bekam die Auseinandersetzung um die Colonia Dignidad eine neue Dynamik. In der BRD war das meiste nur Medienereignis. In Chile hingegen ist ein Stützpfeiler der Repression und damit der Pinochet-Diktatur selbst brüchig geworden.

Die Untersuchungsdelegation des Auswärtigen Amtes, die Mitte Dezember 1987 versuchte, in die Colonia Dignidad zu gelangen, war schlecht vorbereitet, schlecht informiert und in einer Weise naiv, die jeden erstaunen läßt, der sich je mit der Colonia Dignidad befaßt hat. Vor allem verdient sie politische Kritik: sie wollte deutsche Haut retten. Die Verknüpfung der Colonia Dignidad mit dem chilenischen Geheimdienst DINA/CNI war für sie Nebensache. Amnesty International und seine Anwälte in Chile wurden nicht konsultiert. Immerhin hat der Besuch der Kommission die Fronten begründet. Die Colonia Dignidad zeterte, der Besuch gehöre "zu einer abgestimmten Kampagne" und sei "schlimmer als die Inquisition und die Nazis." Bischof Stehle, der zu der Kommission gehörte, wurde als "Individuum" bezeichnet, das sage, es sei Priester. In dieses neue Stimmungsbild nach dem Umschwenken wichtiger Bundesgenossen paßt die Information der chilenischen Zeitung 'HOY' (27. 12. 1987), daß in der Colonia Dignidad Bilder Helmut Kohls und die deutsche Fahne verbrannt worden seien.

Immer größere Teile der chilenischen Presse gehen auf Distanz zur Colonia Dignidad. Offenbar ist ein Bann der Angst gebrochen, der die Siedlung jahrelang sehr wirkungsvoll schützte. Nur einige regierungsabhängige Blätter versuchen noch eine scheinbar objektive Verteidigung der Kolonie. Die Schlagzeile einer Oppositionszeitung, daß Amnesty International jetzt in der "Gegenoffensive" sei, zeigt, daß die chilenische Öffentlichkeit erkannt hat, daß in Bonn stellvertretend ein Prozeß um chilenische Menschenrechtsverletzungen geführt wird, der in Chile selbst längst niedergeschlagen worden wäre.

Offenbar ist der Sicherheitsapparat in Krisenstimmung. "La Epoca" berichtet am 5. 1. 1988, daß der ex-DINA-General Manuel Contreras am 30. 12. 1987 auf dem Rücksitz eines Mercedes Benz in das Haus der Colonia Dignidad in Santiago gefahren sei und von Passanten und Nachbarn gesehen wurde. Die Allianz zwischen Geheimdienst und Colonia Dignidad aus

den schlimmsten Zeiten der Unterdrückung 1974/75 funktioniert also immer noch, aber damals war die Tarnung besser und es gab noch keinen Grund zur Hektik.

In den letzten Wochen kamen Enthüllungen von den unterschiedlichsten Seiten. Sie haben gezeigt, daß zu viele zu Vieles wissen, als daß so etwas wie Schadensbegrenzung möglich wäre. Verstreute Angaben über den umfangreichen Waffenschmuggel der Colonia Dignidad dürften ein Vorgesmack auf die nächste Enthüllungsrunde sein.

Das Auswärtige Amt "mauert" weiterhin. Trotz mehrfacher Anfragen in den vergangenen Wochen kann oder will es nichts dazu sagen, daß der Rektor der deutschen Schulen in Chile, Herr Rodek, (die der Dienstaufsicht des Auswärtigen Amtes unterstehen) zu einem PR-Besuch in die Colonia Dignidad eingeflogen wurde. Es wurde außerdem bekannt, daß in den Lehrerzimmern der beiden deutschen Schulen in Santiago seit Jahren Freitags Lebensmittel der Colonia Dignidad wie Wurst, Schinken und Honig verkauft wurden.

Richtigstellung

In LN 166 hatten wir auf Seite 71 berichtet, daß Teilnehmer der deutschen Delegation beim 57. chilenischen internationalen Chirurgenkongress im November 1986 die Colonia Dignidad besucht haben. Der namentlich genannte Dr. Günter Görtz lebt nicht in Augsburg sondern in Berlin und hat an dem Besuch in der Kolonie nicht teilgenommen. Herr Dr. Görtz hat uns aber bestätigt, daß einige deutsche Chirurgen die Einladung in die Colonia Dignidad wahrgenommen haben und sich anschließend von dem, was sie dort gezeigt bekommen haben, beeindruckt geäußert haben.



"Die deutsche Delegation bei der Inspektion der Colonia ..."

Die Illusion eines Auswegs durch Verhandlungen

Über ein Jahr ist es her, daß Mitte 1986 die Wogen der Opposition gegen die Militärdiktatur in Chile neue Höhepunkte erreichten. In dieser Zeit verstärkte sich bei manchen ein gewisser Optimismus, daß nun wenigstens das Ende der diktatorischen Alleinherrschaft des General Pinochet in erreichbare Nähe rücken würde.

Die Stärke der Gewerkschaftsbewegung, die Existenz der Bürgerversammlung (Asamblea de la Civilidad) - in der sich Kräfte der Arbeiterschaft, der Intelligenz, Bewohner der Armenviertel, Studenten, wichtige Teile der kleinen und mittleren Unternehmer sowie außerdem zahlreiche Frauen-, Jugend- und Kulturgruppen vereinigten - und die Tatsache, daß es sich hier um eine Institution handelt, in der fast alle politischen Strömungen des oppositionellen Spektrums vertreten sind, gaben Anlaß zu diesem Optimismus.

Auch die Existenz des privaten politischen Komitees (Comité político 'privado'), das einen gewissen Grad des politischen Zusammenwirkens des weiten oppositionellen Spektrums erlaubte, nährte die Hoffnung, daß ein entscheidender Fortschritt im Kampf um die Demokratie möglich sei. In diesem Zusammenhang trug der Streik vom 2. und 3. Juli 1986 - der aufgrund seines Erfolgs als "wichtigste Demonstration sozialer Mobilisierung seit 1973" bezeichnet worden ist - dazu bei, den Optimismus der Opposition zu stärken.

Demgegenüber beobachteten die Strategen Washingtons, die chilenische Bourgeoisie und das internationale Kapital - trotz andauernder verbaler Zustimmung zu einer Wiederherstellung der Demokratie in Chile - diese Entwicklung nicht mit Begeisterung. Im Gegenteil, sie fürchteten ein Zusammengehen der Kräfte, die schon früher tragend für Demokratie und Sozialstaat waren und das neo-liberale Wirtschaftskonzept hätten in Gefahr bringen können. Darüberhinaus sah man natürlich die grundsätzliche Gefahr: Eine Linke, die sich wieder formiert und das System innerhalb eines ähnlichen demokratischen Rahmens in Frage stellt, wie ihn Chile schon in der Vergangenheit kannte, würde über kurz oder lang die Rückkehr zu den Bedingungen von vor 1970 bedeuten, die zur sozialistischen Erfahrung von 1970-1973 führten.

Schnell schlugen die Alarmglocken in Washington an. Der Staatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten, Robert Gelbard, wurde eiligst im August 1986 nach Santiago geschickt, um im letzten Hinterhof, wo die Dinge scheinbar in falsche Gleise liefen, für Ordnung zu sorgen.

Es ging um die Suche nach einer Formel, nach der Pinochet ausgetauscht und gewisse demokratische Reformen vorgenommen werden könnten, die jedoch die Kontinuität der politischen Machtverteilung

und die Wirtschaftsordnung sichern und nicht antasten würden. Nach diesem Besuch wurden auf Seiten der Unternehmerschaft und in weiten Teilen der bürgerlichen Opposition die Konturen dieser Position immer deutlicher. Gelbard selbst hat erst kürzlich lobend auf den angeblichen Erfolg des ökonomischen Entwicklungsmodells hingewiesen. Nach seiner Meinung ist das "makroökonomische Modell Chiles unter den besten Lateinamerikas zu finden und ist ... eines der Vorbilder für die Dritte Welt"⁽²²⁾. In gleicher Weise äußern sich anerkanntermaßen kritische Kreise innerhalb der katholischen Kirche, indem sie darauf hinweisen, daß das Land auf dem Weg der Modernisierung und zu ökonomischer Stabilität ist.

Aber um noch einmal auf den Besuch Gelbards im August 1986 zurückzukommen: Seine politischen Ziele bestanden darin, den Prozeß der sozialen Mobilisierung und die sich abzeichnende politische Verständigung auf breiter Ebene zum Stoppen zu bringen. Mit dieser Perspektive wies er die Mitte-Rechts-Opposition unverhüllt darauf hin, jeden Kontakt mit der Linken abubrechen und eine Einigung mit den Militärs auf dem Verhandlungsweg zu suchen.

Bei seinem erneuten Besuch im August 1987 konnte der US-amerikanische Beamte feststellen, daß die Dinge nunmehr in ihren geordneten Bahnen verliefen. Die Bürgerschaftsversammlung hatte ihre mobilisierende Kraft verloren, die sie im Streik vom Juli 1986 gezeigt hatte. Das private politische Komitee war von der Bildfläche verschwunden, und die Christdemokraten als stärkste Partei der bürgerlichen Opposition hatten unter ihrem derzeitigen Vorsitzenden Patricio Aylwin - der dieses Amt übrigens auch bekleidete, als sich die DC dazu entschied, den Putsch von General Pinochet vom September 1973 zu unterstützen - ihre Richtung geändert.

Was die politische Perspektive betrifft, so hatte die neue Aussage der Christdemokraten nicht klarer sein können: Grundlegendes Ziel ist es, mit den Streitkräften zu verhandeln, sich mit ihnen zu "verständigen", wobei man anstrebt, sich mit allen politischen Kräften der Mitte und der Rechten zusammenzuschließen. Ausdrücklich lehnt man jedoch jede Form der Zusammenarbeit mit der Linken ab, nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch in den sozialen Organisationen. Unter diesen Bedingungen ist es klar, daß angesichts des Kräfteverhältnisses zwischen bürgerlichem und linkem Lager die soziale Bewegung als Instrument des Kampfes gegen die Diktatur heute teilweise paralysiert ist und auf diese Weise die rein politische Ebene in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rückt.

Die Resultate dieser seit dem Besuch von Gelbard verfolgten Politik liegen klar auf der Hand: Die seit dem Streik vom Juli 1986 verstrichene Zeit wurde geprägt von der Schwäche der Opposition und gekennzeichnet durch die Tatsache, daß es der Diktatur gelungen ist, die Initiative wieder an sich zu reißen und die Opposition in eine Debatte über die Probleme der Eintragung in die Wählerlisten, das

Gesetz zur Legalisierung der politischen Parteien und das Plebiszit von 1988 zu verwickeln und damit in die Ecke zu drängen.

Auf diese Weise haben verschiedene Teile der Opposition den von der Diktatur aufgezwungenen institutionellen Rahmen akzeptiert, nachdem sie jahrelang einhellig eine Institutionalisierung der Diktatur abgelehnt hatten.

Die katholische Kirche, die sich einst aufs Schärfste gegen die aufoktroyierte derzeitige Verfassung ausgesprochen hat, setzt sich heute nicht nur aktiv für die Eintragung in die Wählerlisten ein, sondern akzeptiert darüberhinaus die Tatsache, daß Pinochet 1988 ein Plebiszit durchsetzen kann, bei dem die Opposition über keinerlei Garantien verfügt.

Die Mitte-Rechts-Koalition der Demokratischen Allianz, die von den Christdemokraten angeführt wird, hat die Kirche darum ersucht, bei ihrem Versuch, auf dem Verhandlungswege zu einer "Aussöhnung" mit dem Regime zu kommen, vermittelnd zur Seite zu stehen. Die Allianz konnte für ihre Aufrufe, sich in die von der Diktatur vorgesehene Wählerliste einzutragen, sogar das Lob eines der Minister Pinochets einheimsen.

Die unterschiedlichen Gruppen der Sozialisten, einschließlich der mit den Kommunisten in der Demokratischen Volksbewegung (MDP) alliierten Fraktion von Almeyda, die heute mit anderen Gruppierungen in der Vereinten Linken (Izquierda Unida) zusammengeschlossen sind, haben ebenfalls dazu aufgerufen, sich in die Wählerliste einzutragen, in der Hoffnung, daß es mit sechs Millionen Wahlberechtigten in irgendeiner Form der Abstimmung möglich sein wird, Pinochet zu Fall zu bringen.

Vor einigen Wochen hat auch die KP Chiles einen ähnlichen Aufruf bekanntgegeben.

Die Illusion freier Wahlen unter Pinochet

Die Opposition muß damit rechnen, daß die von der Verfassung Pinochets für dieses Jahr vorgesehene Volksbefragung sich nur allzu leicht als eine Farce herausstellen kann, ähnlich wie die beiden bisher unter diesem Regime durchgeführten Plebiszite. Diese Aussicht hat die bürgerliche Opposition dazu veranlaßt, ein Komitee "Pro freie Wahlen" in's Leben zu rufen. Es wird von Sergio Molina angeführt, dem Leiter einer aus der Kirche hervorgegangenen Initiative der "Nationalen Übereinkunft für den Übergang zur Demokratie" (s. LN 141, S. 31-40), zu der fast alle oppositionellen Kräfte der Rechten und der Mitte gehören, von der aber die Demokratische Volksbewegung (MDP) ausgeschlossen wurde.

Das Ziel der Bewegung "Pro freie Wahlen" ist es, eine Verfassungsänderung zu erreichen, die anstelle des Plebiszits der Pinochet-Verfassung freie Wahlen ermöglicht, bei denen sich mehrere Kandidaten präsentieren können.

Teile der Linken verfolgen ein ähnliches Ziel. Sie haben in diesem Sinne ihr eigene Komitee gegründet.

Die Diktatur hat sich jedoch davon bisher wenig beeindrucken lassen. Admiral Merino, Mitglied der Regierungsjunta, hat kürzlich die Idee einer Verfassungsänderung noch vor der Volksbefragung kategorisch abgelehnt ⁽³⁾, ebenso der Innenminister Fernández ⁽⁴⁾. Pinochet selbst hat klargestellt, daß die Militärs "das Land nicht an unverantwortliche Politiker übergeben werden", und hinzugefügt, daß das Plebiszit des Jahres 1988 "eine reine Anfrage an das Land ist, ob es damit übereinstimmt, was die Militärregierung verwirklicht hat, oder ob es zum Chaos von 1973 zurückkehren möchte" ⁽⁵⁾. Dabei schloß er in jedem Fall die Möglichkeit einer Wahl aus. Nicht genug damit: der Diktator hat bei mehr als einer Gelegenheit wiederholt, daß die Verfassung von 1980 vorsieht, daß das Militär 16 Jahre lang an der Macht bleibt: acht Jahre (die derzeitige Periode von 1981 - 1989), um die Normen des Systems zu festigen und weitere acht Jahre (1989 - 1997), um die in diesen Jahren geschaffenen Gesetze "anzuwenden" ⁽⁶⁾.

Die Farce des Plebiszits von 1988

Alles weist darauf hin, daß sich im Laufe dieses Jahres 1988 die Chilenen mit einem Plebiszit befassen müssen, in dem sie - zumindest theoretisch - darüber befinden sollen, ob sie die Person als Präsident der Republik akzeptieren, die ihnen die Oberbefehlshaber



Wandbemalungen mit einem großen "JA" zum Plebiszit sind nur auf dem Weg vom Flughafen zum Stadtzentrum von Santiago zu sehen.

der Streitkräfte und der Carabineros vorschlagen werden (Pinochet selbst, Admiral Merino, Luftwaffengeneral Matthei und der Polizeichef Stange).

Es wurde bisher viel darüber spekuliert, daß sowohl Merino als auch Stange und Matthei auf die eine oder andere Weise angedeutet haben, es solle eine andere Person vorgeschlagen werden als Pinochet. Abgesehen von der Befugnis des Diktators, seine Oberkommandierenden zur Ordnung zu rufen und unabhängig von den Widerrufen in anderen von ihnen gemachten Erklärungen ist Tatsache, daß es eventuell geschehen kann, daß Pinochet möglicherweise nicht mit der einhelligen Zustimmung rechnen kann, die die Verfassung fordert, um für weitere acht Jahre als Präsident "vorgeschlagen" zu werden.

Für diesen Fall überträgt die Verfassung die Entscheidung dem Nationalen Sicherheitsrat, dem die schon genannten Oberbefehlshaber angehören. Außerdem sind die Präsidenten des Staatsrates und des Obersten Gerichtshofes Mitglieder, und zu diesem Zweck käme noch der Präsident des Obersten Rechnungshofes dazu (Contralor General de la República) ⁽⁷⁾.

Im Nationalen Sicherheitsrat könnte der Diktator von Anfang an auf die Stimmen der Präsidenten des Staatsrates und des Obersten Rechnungshofes zählen. Dazu könnte noch die des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes hinzukommen, sowie auch seine eigene, die - was nicht auszuschließen ist - zweifach zählen könnte, da er gleichzeitig Oberkommandierender des Heeres und Präsident der Republik ist. So könnte also der Diktator, wenn die drei anderen Oberkommandierenden ihm ihre Stimme verweigern, in jedem Fall die in der Verfassung vorgesehene Mehrheit erhalten, um bis 1997 "Präsident der Republik Chile" zu bleiben. Damit brähe er alle Rekorde an Regierungszeit, die je ein Staatsoberhaupt in diesem Land an der Macht blieb, mit 24 Jahren!

Aber unabhängig davon, wie sich die Sache in der nächsten Zeit entwickelt, und auch wenn die Kräfte der Opposition eine Reform möglich machen würden, die die Wahl unter verschiedenen Kandidaten zuließe: Es ist notwendig, einerseits die Verfassungsstruktur zu untersuchen, innerhalb derer diese Wahlen stattfänden, und andererseits die Möglichkeit demokratischer Reformen in dem vom Militärregime festgesetzten Rahmen zu betrachten.

Die Verfassung der Diktatur

Welches ist der tatsächliche Inhalt der Verfassung, die zur Zeit in Chile gilt, und welche Möglichkeiten existieren, im Rahmen dieser Verfassung zur Demokratie überzugehen?

So wie offensichtlich die vom Militärregime und teilweise von den Politikern des Mitte-Rechts-Blocks aufgestellten Spielregeln zur Zeit akzeptiert werden, könnte man glauben, daß ein Bereich existiert, innerhalb dessen man von der Diktatur zur Demokratie gelangen könnte, über den Weg der Verfassungsreform.

Nichts ist weiter von der Realität entfernt als diese Illusion.



Hinweistafel zum Einschreiben ins Wahlregister. Von der kommunistischen Jugend ist "BETRUG" in den Pfeil eingeritzt worden.

Die ideologische "Apartheid"

Die Verfassung von 1980 beginnt zunächst damit, die ideologische "Apartheid" einzurichten, indem sie die Linke, die in Chile historisch mit marxistischem Denken gleichgesetzt wird, aus dem politischen System ausschließt. In diesem Sinne erklärt die Verfassung jede Handlung einer Person oder Gruppe "als nicht verfassungsgemäß, die Lehren verbreitet ..., die eine Auffassung der Gesellschaft, des Staates und der juristischen Ordnung totalitärer oder auf den Klassenkampf gestützter Art befürworten"⁽¹⁰⁾.

Dieselbe Verfassung bestraft davon betroffene Personen damit, daß sie ihnen verbietet, öffentliche Ämter und Positionen im Bereich des Erziehungswesen und der Massenkommunikationsmittel einzunehmen. Ebenso dürfen sie keine Führungspositionen in politischen Organisationen, in Bildungs- und Nachbarschaftsorganisationen, Berufsgenossenschaften, Gewerkschaften und studentischen Organisationen besetzen.

Nach der historischen Erfahrung Chiles bedeutet das, daß mindestens ein Drittel der Chilenen, die mit dem Marxismus identifiziert werden, auf diese Weise nicht nur vom politischen System ausgeschlossen werden, sondern ihnen auch verwehrt ist, sich in irgendeiner Form an der Führung organisierter sozialer Aktivitäten zu beteiligen.

Der Bereich der vom System Ausgeschlossenen hört jedoch hier nicht auf. Wer sich für ein Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung - im Artikel 20 des Bonner Grundgesetz verankert - einsetzt, liefert ebenfalls einen Grund, vom System ausgeschlossen zu werden, weil die Verfassung das Eintreten für Gewalt als Mittel des Rechts auf

Widerstand - ohne jegliche Differenzierung - mit dem Ausschluß aus dem System bestraft. Darüber hinaus ist ein weiterer Grund für den Ausschluß die Verbreitung von Lehren, die "gegen die Familie"⁽¹¹⁾ gerichtet sind. Diese Formulierung wäre eigentlich viel zu vage, um überhaupt praktische Konsequenzen haben zu dürfen. Untersucht man trotzdem den Begriff der Familie, der von der Diktatur in der Debatte um die neue Verfassung dargestellt wurde, so erhält die "Familie" ein Profil, das die Möglichkeit für eine unvermutet große Anzahl von Ausschlüssen bietet. In der Tat wurde in der erwähnten Debatte die Unauflösbarkeit der Ehe einerseits verkündet, andererseits der Mann zum Oberhaupt der Institution Familie ernannt. Allein das Eintreten für die Scheidung oder die Gleichheit von Frau und Mann würde genügen, vom System ausgeschlossen zu werden, weil dies "gegen die Familie" gerichtet sei⁽¹²⁾.

Daraus ergibt sich, daß Marxisten, progressive Christen, Anhänger liberaler Ideen und auch die, die Probleme und Konflikte in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft und ihrer Einrichtungen kritisch betrachten, von Seiten der Diktatur dem Ausschluß aus dem System preisgegeben werden. Bei strikter Anwendung der genannten Bestimmungen würde die Mehrheit der Chilenen unter diese Sanktionen fallen.

Die Struktur der diktatorischen Macht

Ausgehend von dieser Konzeption des Ausschlusses befaßt sich die Verfassung auch damit, eine Machtstruktur innerhalb des Staatsapparates aufzubauen, die die Unveränderbarkeit des Systems garantiert. Hinter der formalen Beibehaltung von Exekutive, Legislative und Judikative verbirgt sich eine tatsächliche Machtkonzentration in den Händen der Exekutive, so daß die klassische Teilung nur auf dem Papier existiert.

Die gesetzgebende Funktion, die sich der Präsident der Republik (der gleichzeitig Oberhaupt des Staates und der Regierung ist) und das Parlament (das erstmals 1990 gewählt würde) teilen, wird grundsätzlich vom Präsidenten ausgeübt. In der Tat geht vom Präsidenten die alleinige Initiative für Gesetzesvorhaben über die politische und administrative Aufteilung des Landes aus. Er besitzt Verfügungsgewalt über das Staatsvermögen, hat die Gesetzesinitiative über die Streitkräfte, die Steuergesetzgebung, die Besetzung der öffentlichen Ämter, die Staatsverschuldung, die Festsetzung der Löhne, über Arbeitskonflikte und die soziale Sicherheit und das Staatshaushaltsgesetz⁽¹³⁾. Nicht genug damit, das Parlament hat keine Berechtigung, Gesetze in den Bereichen zu erlassen, die nicht ausdrücklich in der Verfassung erwähnt sind. Diese Kompetenz fällt dem Präsidenten zu⁽¹⁴⁾. Darüberhinaus besteht die Möglichkeit, daß das Parlament seine gesetzgebende Befugnis an den Präsidenten

delegiert, damit dieser in Übereinstimmung mit der Verfassung in den Bereichen Gesetze erläßt, die in der Kompetenz der Legislative liegen⁽¹³⁾. Auf diese Weise bleibt die Gesetzgebung im Wesentlichen in der Hand des Präsidenten.

Was das Parlament angeht, so sichert die Form seiner Zusammensetzung seine Unterordnung unter die Exekutive in wesentlichen Fragen, trotz seiner schon eingeschränkten Funktion. Zu diesem Zweck setzt sich der Senat, der eine Teil des aus zwei Kammern bestehenden Parlaments, nicht nur aus gewählten Vertretern zusammen, sondern auch aus neun ernannten Mitgliedern⁽¹⁴⁾. Weil wichtige Gesetze häufig eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Parlaments erfordern, genügen der Exekutive die Stimmen der neun nicht gewählten Senatoren und zwei oder drei weitere, um jedes Gesetzesvorhaben zu blockieren, das nicht ihre Zustimmung findet, da die Zahl der gewählten Senatoren 26 beträgt. Wenn man bedenkt, daß jede Region des Landes, unabhängig von ihrer Bevölkerungsdichte, zwei Senatoren wählt, braucht die Regierung so nur einige ihrer Kandidaten in den rückständigen und bevölkerungsärmsten Teilen des Landes durchzusetzen, um die Machtlosigkeit des Parlaments gegenüber der Exekutive abzusichern.

Darüberhinaus ist der Zugang zu einer parlamentarischen Funktion und die Ausübung derselben in unglaublicher Form eingeschränkt. Zuerst einmal schließt die Verfassung zusätzlich zu den oben genannten Ausschlüssen die Möglichkeit für diejenigen aus, ins Parlament gewählt zu werden, die keine mittlere Schulbildung haben, sowie für alle, die eine leitende Funktion in Verbänden und Nachbarschaftsorganisationen ausüben. Gleichzeitig ist es gewerkschaftlichen Führern verboten, parteipolitische Aktivitäten zu entwickeln⁽¹⁵⁾.

Die Verfassung sieht die sofortige Amtsenthebung derjenigen Abgeordneten oder Senatoren vor, die in Arbeitskonflikten oder bei studentischen Aktivitäten für eine Partei sprechen oder diese vertreten, die "zu Unruhe anstiften", die "den Wechsel der gesetzlichen Ordnung mit anderen als von der Verfassung vorgesehenen Mitteln begünstigen", oder die "die Sicherheit und Ehre der Nation schwer beeinträchtigen"⁽¹⁶⁾.

Auf diese Weise ist garantiert, daß die Parlamentarier einerseits aus einem Kreis gewählt werden, von dem die Linke und andere fortschrittliche Strömungen ebenso ausgeschlossen sind wie die immense Mehrheit der Chilenen ohne mittlere Schulbildung. Zum anderen werden diese Parlamentarier, deren gesetzgebende Funktion der des Präsidenten untergeordnet ist, bestraft, indem sie zu vom sozialen Leben völlig isolierten Individuen werden und über ihnen ständig das Damoklesschwert der Amtsenthebung hängt, falls sie eine aktive Rolle spielen wollen oder versuchen, Wege zu einer Reform des Systems zu finden.



Die Streitkräfte, die vierte Staatsmacht

Trotz der zuvor erwähnten Organe ordnet die Verfassung der Diktatur ganz offen sämtliche Einrichtungen des Staates den Streitkräften unter. Diesen ist ein Extrakapitel der Verfassung gewidmet, nach dem ihnen ohne jede Einschränkung die Funktion zukommt, "die institutionelle Ordnung der Republik zu garantieren"⁽¹⁷⁾.

Ein weiteres Kapitel handelt vom Nationalen Sicherheitsrat, der in der Hierarchie über dem Staatsoberhaupt steht. Dieses Organ besteht aus den vier Oberbefehlshabern der Streitkräfte und der Polizei. Weiter gehören ihm die Präsidenten des Senats und des Obersten Gerichtshofes an; der Präsident der Republik führt den Vorsitz. Diese Institution, in der die Militärs die Mehrheit haben, besitzt die Befugnis, jedem Verfassungsorgan gegenüber "zu jedem Vorgang, Akt oder Gegenstand, der nach ihrer Meinung schwerwiegend gegen die Grundlagen der Institutionalität verstößt oder die nationale Sicherheit gefährden könnte" Stellung zu nehmen⁽¹⁸⁾. Man verstehe das richtig: mit *jedem Verfassungsorgan* sind Rechtsprechung, Parlament und selbst der Präsident der Republik gemeint.

Hier wird ausdrücklich eine von Militärs besetzte Macht errichtet, die gegenüber jeder der staatlichen Institutionen das Vetorecht besitzt. Es erübrigt sich, die Konsequenzen dieses militärischen Vetos gegenüber Entscheidungen der regulären staatlichen Verfassungsorgane zu erörtern. Um definitiv die Macht des Militärapparates abzusichern, gewährt die Verfassung der Diktatur der Spitze der Militärs Autonomie im Falle einer möglichen zivilen Staatsführung: Der Präsident ist verpflichtet, zum Oberbefehlshaber jeder der vier Waffengattungen einen der fünf dienstältesten Generale zu ernennen, sollte dieser Posten freiwerden. Die Oberbefehlshaber sind vier Jahre im Amt und nicht absetzbar, sie können ihres

Amtes nur in bestimmten Fällen "in übereinstimmung mit dem Nationalen Sicherheitsrat" enthoben werden, sprich, mit Zustimmung der selben militärischen Spitze⁽¹⁰⁾.

Wie kann diese eiserne Umklammerung des Staates und der Gesellschaft durchbrochen werden?

Die Politiker der Rechts- und Mitte-Opposition machen sich mehr oder weniger Illusionen, daß man die Verfassung reformieren könnte. Auf diese Weise versuchen sie, den Weg zur Demokratie auszuhandeln. Die spanische Erfahrung und andere nicht sehr ermutigende Beispiele aus Brasilien, Uruguay und Argentinien lassen sie glauben, daß auf diese Art der Übergang zur Demokratie zu erreichen sei. Das Gegenteil ist wahrscheinlich.

Die Reform der Verfassung Pinochets - eine nicht lösbare Aufgabe

Die Verfassung selbst verstärkt die eiserne Umklammerung um ihre Institutionen und macht so ihre eigene Reform unmöglich.

Jede Verfassungsänderung muß mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit in jeder der beiden Kammern des Parlaments verabschiedet werden. In Anlehnung an die oben beschriebene Zusammensetzung des Senats bedeutet das, daß 15 Senatoren genügen, um jede Reform scheitern zu lassen. Wenn man bedenkt, daß 9 Senatoren ernannt werden, heißt das, daß es nur sechs der gewählten Senatoren bedarf, um die nötige Minderheit zur Blockade einer Reform zusammenzubekommen. Wenn es um Reformen geht, die zum Ziel haben, die Befugnisse des Präsidenten einzuschränken und dem Parlament mehr Funktionen zukommen zu lassen, so fordert in diesem Fall die Verfassung immer die Zustimmung des Präsidenten der Republik und eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Parlaments⁽¹¹⁾. Diese Zustimmung ist auch ausdrücklich erforderlich bei einer Reform der Kapitel der Verfassung, in denen der Ausschluß der Linken festgelegt ist und die die Streitkräfte, die Carabineros und den Nationalen Sicherheitsrat betreffen.

Ein Gesetz zur Änderung der ideologischen "Apartheid" zum Beispiel oder des Vetorechtes der Streitkräfte müßte unter den genannten Bedingungen verabschiedet werden und würde nicht bekanntgegeben. Es bliebe aufgeschoben bis zur nächsten gemeinsamen Neuwahl des Senats und des Abgeordnetenhauses, wobei das neue Parlament es ebenfalls mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit seiner Mitglieder verabschieden müßte⁽¹²⁾. Falls das Reformprojekt die notwendige Mehrheit erhält, würde das Vorhaben dem Präsidenten der Republik zur Zustimmung übergeben. Aber dieser könnte sich einer solchen Reform widersetzen und eine Volksabstimmung anberaumen⁽¹³⁾.

So wird ersichtlich, daß innerhalb der Institutionen und Gesetze, die sich die chilenische Militärdiktatur auf den Leib geschnitten hat, ein Übergang zu einem Rechtsstaat oder zu irgendeiner Form von Demokratie nicht möglich sein wird.

- (1) Zeitschrift ANALISIS Nr. 191, 7, 9, 1987, Santiago de Chile
- (2) Internationale Ausgabe der Tageszeitung EL MERCURIO, 13. - 19. 8. 1987, Santiago de Chile
- (3) Internationale Ausgabe der Tageszeitung EL MERCURIO, 12. - 17. 3. 1987, Santiago de Chile
- (4) Internationale Ausgabe der Tageszeitung EL MERCURIO, 23. - 29. 7. 1987, Santiago de Chile
- (5) Zeitschrift HOY, Nr. 528, 530 u.a., Santiago de Chile
- (6) Internationale Ausgabe der Tageszeitung EL MERCURIO, 11. - 17. 6. 1987, Santiago de Chile
- (7) Chilenische Verfassung von 1980, Art. XXVII a der Übergangsbestimmungen
- (8) Chilenische Verfassung von 1980, Art. 80
- (9) ebenda
- (10) Ibáñez, Gonzalo, "Los principios del Derecho Público Familiar" (Die Grundsätze des Familienrechts) in: Revista Chilena de Derecho Público de la Universidad Católica de Chile, Bd. 6, Nr. 1-4, Santiago de Chile, 1979, Pág. 288 ff; Navas, Sara, "Observaciones a algunas normas del Capítulo III, De los Derechos y Deberes Constitucionales del Proyecto de Nueva Constitución" (Bemerkungen zu einigen Vorschriften des Kapitel III, über die verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten, des Entwurfs für eine neue Verfassung), ebenda, S. 229 ff.
- (11) Chilenische Verfassung von 1980, Art. 62
- (12) Chilenische Verfassung von 1980, Art. 32 Nr. 8
- (13) Chilenische Verfassung von 1980, Art. 61
- (14) Chilenische Verfassung von 1980, Art. 45
- (15) Chilenische Verfassung von 1980, Art. 44, 46, 54 Nr. 7, 19 Nr. 19
- (16) Chilenische Verfassung von 1980, Art. 57
- (17) Chilenische Verfassung von 1980, Art. 90
- (18) Chilenische Verfassung von 1980, Art. 95
- (19) Chilenische Verfassung von 1980, Art. 93
- (20) Chilenische Verfassung von 1980, Art. 118
- (21) ebenda
- (22) ebenda

Zum Weiterlesen:
Bustos, Isidoro: "Die Verfassung der Diktatur" (im Anhang ist eine vollständige Übersetzung der chilenischen Verfassung von 1980 abgedruckt), FOCL, Berlin, 1987

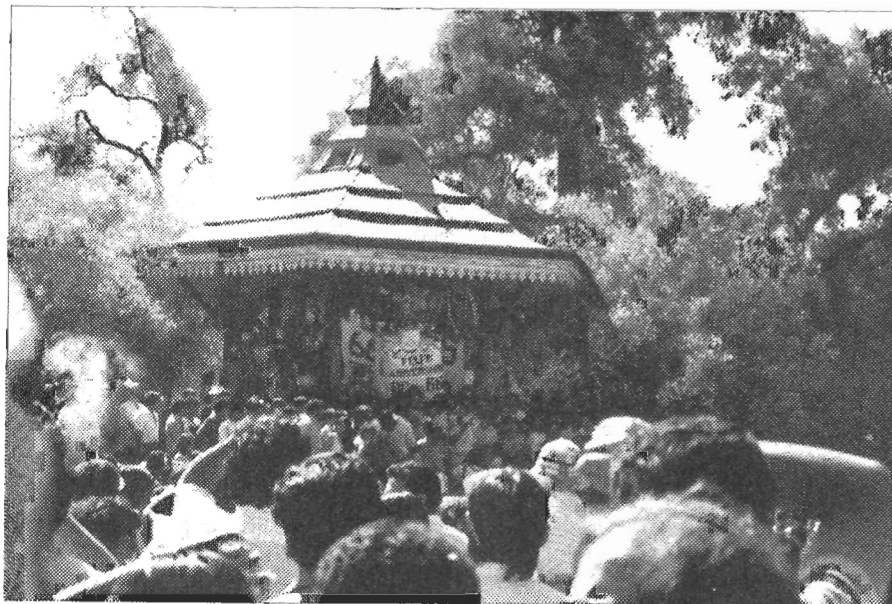


Ein Tag im Park

Am 2. Januar feiert die Kommunistische Partei Chiles ihren Geburtstag – dieses Jahr den sechsundsechzigsten. Traditionell findet das Fest im sommerlichen Parque O'Higgins statt. Zunächst sieht es nur aus wie ein großes samstägliches Familienpicknick mit belegten Broten, Tee, vielen Kindern. Doch hier und da sieht man schon rote Fahnen, papierne Schirmmützen mit Aufschriften; eine Gruppe versucht, einen roten, mit Hammer und Sichel ge-

schmückten Ballon durch Heißluft von einer Fackel zum Aufsteigen zu bringen. Zwischen Bäumen wird ein großes Bild-Transparent aufgehängt. Die Stimmung ist sonntäglich-fröhlich, aber eine gewisse Spannung ist nicht zu verbergen. Langsam erst wird mir klar, daß wohl die allermeisten Picknick-Familien zur Geburtstagsfeier gekommen sind.

An einer Stelle haben sich mindestens 2 000 Menschen versammelt. Transparente werden gezeigt, Sprechchöre, rhythmisches Klatschen. Redner werden angekündigt und mit Beifall begrüßt. Mich wundert, daß die Hauptrednerin, Julieta Campusano, ehemalige Abgeordnete, illegal nach Chile zurückgekehrt, ihren Redebeitrag ungestört vortragen kann, die Internationale bis zum Ende gesungen werden kann, von hochgestreckten Fäusten begleitet. Dann sagt man mir plötzlich, nun solle ich gehen, gleich ginge es los, und wenige Augenblicke später explodiert die erste Tränengasgranate, die Polizei ist da, und die Jagd beginnt. Ich hatte vorher nichts bemerkt vom



Anrücken der Repressionskräfte, doch offenbar ist man gut organisiert, das Warnsystem funktioniert.

Später sieht es im Park wieder aus wie zuvor, die Demonstration verwandelt sich wieder in ein Picknick. Überall sitzen Leute auf dem Rasen, den Spielplätzen. Sie kennen sich, grüßen sich mit "Alles Gute zum Geburtstag!", klatschen, als ein großer Knall ertönt als Antwort auf die Tränengasraketen. Julieta Campusano spaziert vorbei, begleitet von ein paar muskulösen jungen Männern. Ich fange an, mich zu fragen, ob überhaupt Unbeteiligte im Park sind. Die jungen Männer in Turnschuhen, die jetzt überall sind, unauffällig Umschau halten, sich Zeichen geben, zu den plötzlich aufgetauchten Zivilautos (mitten im Park!) gehören, sind ja auch nicht nur zum Spaziergehen da. Immer, wenn sie näherkommen, werfen wir unsere eingesammelten Flugblätter weg, nehmen sie wieder auf, wenn wir uns wieder sicher fühlen. Polizeibusse, Wasserwerfer, Krankenwagen, Zivilautos rasen durch den Park.

Etwa 10 Personen sollen verhaftet sein, einige verletzt, aber die Partei hat ihre Einheit und gute Organisation gezeigt, man ist zufrieden.



**CON LA FUERZA
DEL PUEBLO.**

**¡AVANCEMOS
LUCHANDO!**

66 AÑOS DE CHILE
PARTIDO COMUNISTA

KOLUMBIEN

Die Demokratie zeigt ihr wahres Gesicht

Wie beginnen, wenn nicht sarkastisch? Kann das Land mit einem Wirtschaftswachstum für 1987 von 5,6%, und das trotz abgesackter Kaffeepreise, nicht zufrieden sein? Und ist nicht für Industrie und Handel die Steigerung der Erdöleinnahmen von 661 Mio. US-\$ im Jahr 86 auf 1,1 Mrd. US-\$ im Jahr 87 besonders erfreulich? Bis zu den 90-er Jahren will man in diesem Sektor sogar mit dem Ausfuhrvolumen Venezuelas gleichziehen. Auch der Handel mit der BRD war für kolumbianische Unternehmer 1987 wieder bedeutsam: von 5,5 Mrd. US-\$ Exporteinnahmen sind über 11% diesem zu verdanken; damit ist die BRD für Kolumbien der bedeutendste außeramerikanische Handelspartner. Aufgrund des starken Wachstums und der Erschließung neuer, exportträchtiger Märkte gehört Kolumbien beim IWF zur Zeit zu den kreditwürdigsten Ländern Lateinamerikas und so darf auch seine Verschuldung (Stand Dez. 87: 15 Mrd. US-\$) 1988 wieder um ca. 10% wachsen.(1)

Kommentare zu den derzeitigen innenpolitischen Geschehnissen findet man inzwischen auch bei den Ökonomen. Da heißt es dann lapidar z. B. im "Latin American Weekly Report": "Wirtschaftliches Indiz für die politische Instabilität war 87 der 50%-ige Anstieg für Lebensversicherungen."(2), während die Deutsch-Südamerikanische Bank in ihrem Kurzbericht "verhaltene Investitionsfreudigkeit" des ausländischen Kapitals "wegen der Gefahr von Anschlägen und Sabotageakten" bedauert.(3)

Diese Gefahr besteht allerdings. Eine Reihe von Anschlägen gegen die Erdölpipeline "cano Limon-Covenó" in der Provinz Arauca paralyisierte am 15.1. die ganze Erdölindustrie des Landes. Am gleichen Tag - ob vor oder nachher war dem Artikel in "El Espectador"(4) nicht zu entnehmen - wurde ein Gewerkschaftsführer der USO (Union Sindical Obrera), Manuel Chacon, ermordet. Bei den folgenden Unruhen wurden drei Menschen durch Schüsse verletzt, zwei Busse brannten aus; in Barranquabermaja ging fast nichts mehr, und die Gewerkschaft rief für die Erdölbranche den unbefristeten Streik aus.

In Kolumbien ist die politische Gewalt zum Schmutzigen Krieg ausgewachsen. Nach Amnesty International wurden 1987 über 1200 Menschen von Todesschwadronen umgebracht; ihre Verquickung mit Militär und Geheimdienst ist selbst von hohen Regierungsbeamten immer



wieder nachgewiesen worden. (Vgl. LN 157 u. 163). Doch Verfolgung und Ermordung treffen nicht mehr nur die Guerilla und vermeintliche Sympathisanten, sondern mehr und mehr Menschen, "deren einzige Sünde es ist, die Bürgerrechte des Mittel- und Unterschichtkolumbianers schützen zu wollen" (Eduardo Umaña). Schon vergangene Woche", schreibt Ciro Krauthausen am 21. 1. in der taz, hätten "konservative Politiker bereits öffentlich über die Vorteile eines Staatsstreiches" diskutiert. Kein Wunder, daß seit längerem Regierung und Oligarchie auch von gemäßiger Seite nicht nur der Wille, sondern auch die Fähigkeit zu einem Wandel

abgesprochen werden. A. Diaz-Callejas, kolumbianischer Jurist und Politologe: "Die kolumbianische Oberschicht will nicht und kann nicht am politischen Projekt des Präsidenten Barco (bürger-nahe Regierung und Verwaltung, Beziehung zwischen Wählern und Gewählten, Begünstigung von armen und mittleren Schichten in einem kontrollierten wirtschaftlichen Wachstum) teilnehmen: "Sie sagt nein. Sie will Militarismus und internen Krieg. (...) Und die liberale Partei, die eigentlich Regierungspartei sein sollte? Sie ist ein Haufen von Kaziken und Dorfchefs, im allgemeinen an die Großgrundbesitzerinteressen angebunden und nur darum besorgt, ihre lokale Macht zu erhalten"(5).

Zur Selbstverteidigung, aber auch um mittelfristig eine militaristisch-faschistische Scheinlösung á la Argentinien der 70-er Jahre zu verhindern, haben sich verschiedene Basisbewegungen organisiert; z. B. "Für das Leben". Vergangenen November wurden die Gründung von Basisgruppen beschlossen. Ihre Aufgaben sind:

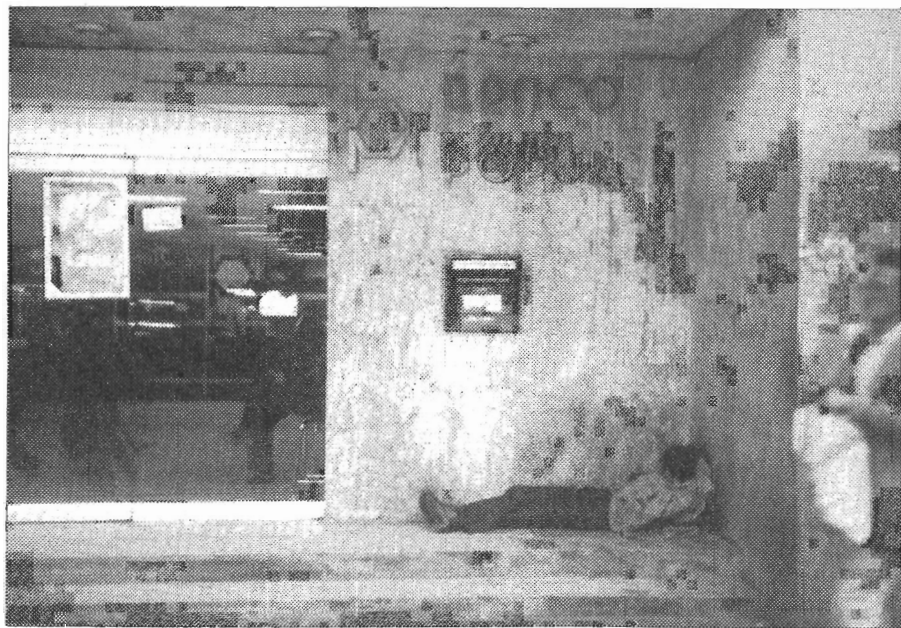
- Informationssammlung und -verarbeitung zu Menschenrechtsverletzungen, Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen im Ausland und Inland.
- bei jedem Fall von stattfindender Repression die Organisation von direkten Aktionen, wie Demos, Streiks, Blockaden etc.
- Beratung und Erziehung in Menschenrechtsfragen.

Im folgenden Beitrag analysiert der Menschenrechtler Eduardo Umaña Mendoza die politische Situation seines Landes. Die Bundesregierung hat sich immerhin in Kolumbien für E. Umaña eingesetzt und "Besorgnis" hinsichtlich der Menschenrechtssituation in Kolumbien geäußert.

"Der Zusammenbruch des Systems ist vor auszusehen"

Die Situation, die Kolumbien heute im Menschenrechtsbereich durchlebt, läßt nicht nur schon bekannte Strukturprobleme fort-dauern, sondern ist durch neue Entwicklungen gekennzeichnet, die den politischen Machtapparat zur Anpassung zwingen. Dieser Vorgang vollzieht sich im Rahmen des politisch-juristischen Überbaus, wo die jüngsten Maßnahmen - seien sie von der Exekutive oder von der Legislative angeordnet - nicht die Verhütung der Ursachen der derzeitigen Krise zum Ziel haben, sondern repressiv auf allen institutionellen Ebenen durch Regeln und Gesetze die verbliebenen Garantien noch weiter einzuschränken.

In diesem Zusammenhang wird heute mehr als je zuvor eine politische und ideologische Kampagne geführt, um das System zu stützen. Begleitet wird diese Kampagne durch das Aufstocken des Budgets der Streitkräfte, die derzeit mit der Ausbildung von noch mehr Soldaten und dem Erwerb modernster Waffen einen außergewöhnlichen Umfang erreichen. (Schon im Oktober 1987 beschloß die kolumbianische Luftwaffe, 15 MIG's aus Israel zu kaufen. Das Budget der Armee stieg 1987 real um 29%, das der Polizei um 31%. Im Einzelnen erhielt das DAS (Geheimdienst) 4.473 Mio. Pesos, Verteidigung 98.000 Mio. Pesos, Polizei 75.000 Mio. Pesos (265 Pesos = 1 US-Dollar, Quelle: El Tiempo, 8.10.87, Anm. des Übers.).



Die gegenwärtige Regierung verfolgt eine Politik der Kultivierung des Terrors, die gleichzeitig mit unrealistischen und ausgeklügelten Plänen für die Rehabilitation marginaler Zonen und solcher geschmückt ist, in denen Störungen der öffentlichen Ordnung auftreten (in denen z.B. die Guerilla aktiv ist; Anm. d. Übers.). Im Takt gehen demagogische Maßnahmen, wie die Schaffung von neuen bürokratischen Instanzen im Bereich der Menschenrechte, die keinerlei praktischen und konkreten Effekt haben, um dieselben zu garantieren. (Die Regierung berief einen Menschenrechtsberater", Tirado Mejilla. Die Einrichtung von Sonderkammern bei den Gerichten für politische Verbrechen wurde aus verfassungsrechtlichen Gründen gar nicht verwirklicht, Anm. d. Übers.).

Neben diesen institutionellen Maßnahmen haben die Ereignisse der letzten Zeit zu einer neuen Ausgangslage geführt. Die Organisationen mit paramilitärischem Charakter, in einigen Fällen mit den Institutionen liiert, in anderen mit ihnen in geheimer Absprache und in den seltensten Fällen von ihnen unabhängig, koordinieren ihr Handeln nicht nur mehr gegen das, was noch vor wenigen Monaten als der Hauptfeind des gegenwärtigen Systems angesehen wurde - revolutionäre Kämpfer und Sympathisanten, Führer von Basisbewegungen, Verbänden, Gewerkschaften oder Bauern - sondern weiten ihre Repression auf ideologisch pluralistische Gruppen aus, sogar die traditionellen Parteien wie der Liberalen und Konservativen, deren einzige "Sünde" es ist, und sei es in einem noch so geringen Maß, die Bürgerrechte der Mittel- und Unterschichtskolumbianer schützen zu wollen. Und gerade diese gesellschaftlichen Gruppen könnten sich im gegebenen Augenblick einem neofaschistischen Konzept der Politikhandhabung in unserem Land widersetzen. Notwendigerweise weitet sich also die Repression auf Personen aus, die sich nicht in einer direkten Konfrontation mit dem herrschenden System befinden, was nicht heißt, daß die Politik des Terrors jene vernachlässigen würde, die es aktiv bekämpfen. Nur bezieht der Terror jetzt auch demokratische Gruppen mit ein, die nicht einmal in der Opposition stehen.

"Basisbewegungen sind der Krise noch nicht gewachsen"

Die in periodischen Abständen veröffentlichten Todeslisten, die dieser neofaschistischen Politik gehorchen, bewegen sich dabei auf zwei Ebenen: Zur ersten gehören diejenigen, die wirklich zum Tode verurteilt sind, zur zweiten die nie Verurteilten, denen aber die Möglichkeit ihres Todes angezeigt wurde. Das zeigt uns, daß die Repression sich qualitativ weiter gegen bestimmte Personen richtet, obwohl sie sich quantitativ gesehen ausgeweitet hat. (Auf einer neu erschienenen Liste ist E. Umaña selbst wieder aufgeführt, Anm. d. Übers.). Wir haben also einen Zustand mit wirklich zum Tode verurteilten Menschen und solchen, die fiktiv zum Tode verurteilt wurden - eine Kombination, die

dazu führt, was ein nordamerikanischer Präsident einmal den Frieden nannte, der in einem Gleichgewicht der Angst bestünde. Diese Konzeption führt zu so konkreten, praktischen Effekten wie der Desmobilisierung der Basisbewegungen und dem Ausbleiben von Konsensbereitschaft von Organisationen, die bloß Forderungen stellen oder rein politischen Charakter haben.

Angesichts dieser Situation sind vor allem im Menschenrechtsbereich neue Formen politischen Handelns entstanden, die spontan die gemeinsame Aktion von Gruppen verschiedener Tätigkeitsbereiche und vielfältiger Ideologien hervorgerufen haben – Gruppen, die versuchen eine Antwort zu geben auf die gegenwärtige Situation. Diese Antwort, obwohl noch in einem embryonalen Zustand, zaghaft und der Situation in keiner Weise gewachsen, hält zum Teil die Hoffnung auf eine bessere Zukunft der Kämpfe des kolumbianischen Volkes mittel- und langfristig wach. Die Strukturkrise in Kolumbien vertieft und vergrößert sich ständig, so daß auch ohne organisierte und bewußte Reaktion der Basisbewegungen der Zusammenbruch des Systems vorauszusehen ist. Der ihm eigene Strukturzerfall führt dialektisch zu Teilreaktionen, die sich immer mehr verallgemeinern und nicht mehr nur die unteren Bevölkerungsschichten reagieren läßt, sondern auch Teile von Ober-Mittel- und Unterschicht des Kleinbürgertums.



In dieser Lage erhält die internationale Solidarität, die schnelle und effektive Verbreitung von Informationen und Untersuchung über das, die Ausarbeitung von Analysen, die aufzeigen, was in diesem Land wirklich vor sich geht, vorrangige Bedeutung. Deshalb, Freundinnen und Freunde: Benutzen Sie die wenigen oder zahlreichen Mittel und Wege, die Ihnen zur Verfügung stehen. Wenn Sie sich der kolumbianischen Realität bewußt sind, werden Sie auch vor der europäischen öffentlichen Meinung Anklage erheben können gegen das, was zur Zeit in Kolumbien geschieht. Wir wissen, Kolumbien ist nicht die Welt, aber wir sind ein Teil dieser Welt, und mit Ihrem Willen und Ihrem Handeln können Sie entscheidend an unserem Kampf teilhaben. Eine solche Kooperation verlangt Organisation und Objektivität und vor allem, Emotionen und Sentimentalitäten beiseite zu lassen und Rationalität und politischer Analyse Vorrang zu geben. Gewiß, Augenblicke des Dunkels gibt es immer wieder, aber ebenso haben uns die Völker immer wieder gezeigt, wie sie durch unzählige Kämpfe das Licht erstritten haben.

Eduardo Umaña Mendoza

Chronik einer Bedrohung

Das Beispiel von Oscar Duenas, heute im ausländischen Exil

Bis September 87 war Oscar Duenas Rechtsanwalt in Tunja, der Provinzhauptstadt von Boyacá, und einziger, dreimal wiedergewählter Vertreter der linksgerichteten Unión Patriótica im Stadtparlament. Weitere Funktionen hatte er als Mitglied des Bundesvorstands der UP und als Vizepräsident des Schachclubs Boyacá's; bekannt hingegen wurde er vor allem als Arbeitsrechtler.

Am 18. September, am Ende einer Demonstration "Für das Recht auf Leben", wird er Opfer eines Attentatversuchs, doch noch anwesende Arbeiter erkennen das Mordvorhaben von Angehörigen der F-2 (Spezialeinheit der Streitkräfte) und stellen sich dazwischen. Nach diesem Vorfall wird Duenas telefonisch und mit anonymen Briefen bedroht: Verlasse er nicht das Land, würde er samt Familie umgebracht. Er wendet sich deshalb – in einem persönlichen Gespräch – an den gobernador (Regierungspräsidenten) Boyacá's, mit den Drohbrieffen als Beweis, um den Schutz der persönlichen Sicherheit für sich und seine Familie zu fordern. Wenige Stunden später erhält Duenas vom gobernador, zu dem er in einem freundschaftlichen Verhältnis steht, die Antwort: es täte ihm leid, doch er könne ihm nicht helfen, er könne für nichts garantieren, und wenn er am Leben bleiben wolle, müsse er wohl das Land verlassen. Duenas geht in den Süden Kolumbiens, allein. Die Familie nach Bogotá. Sie planen, im Dezember gemeinsam über Exuador und Argentinien nach Uruguay zu reisen.

Dieses stand im ersten Brief, den ein Freund hier in Berlin erhalten hat. Den zweiten Brief erhielt der Freund vor wenigen Tagen. Duenas schreibt (im Wortlaut):

27.12.1987

"Lieber Gabriel García (Name von der Red. geändert), nach einer langen Reise über Land sind wir in Uruguay angekommen; müde und von neuem bedroht. Stunden nach der Einreise in Argentinien gab es einen Telefonanruf bei meinem Schwager, der in Corrientes wohnt, einem argentinischen Ort an der Grenze zu Paraguay. Und es wurde ihm gesagt, daß wir weder in Uruguay, noch in Argentinien bleiben dürften. Wie Sie sehen, erstreckt sich der Arm der Paramilitärs über die Grenzen hinaus.

Wir sind sehr beunruhigt. Wir suchen Solidarität – ein wenig haben wir in diesem Land schon erfahren. Hier wurde im Oktober über meine Flucht aus Kolumbien auf der ersten Seite berichtet und ich hoffe, daß uns die Leute helfen werden, wie in Ecuador.

Ich muß nicht betonen, daß jede Hilfe, die Sie und Ihre Freunde leisten können, sehr nützlich ist. In Kolumbien wurde sogar das (gescheiterte, Anm. d. Übers.) Attentat, das auf mich verübt wurde, die Bedrohungen und das Exil, dem meine Familie und ich jetzt ausgeliefert sind, verschwiegen. Diese Informationspolitik kontrastiert ganz mit der Berichterstattung der anderen lateinamerikanischen sowie der ausländischen Presse. (die Presse der BRD hat dieses Lob wohl weniger verdient, Anm. d. Verf.).

Wir stehen ratlos und ohne Perspektive vor der Zukunft. Den Kontakt mit den Freunden in Kolumbien habe ich verloren. Ich kann also auch nicht sagen, was im neuen Jahr auf uns zukommt, ich habe nur die Hoffnung, daß Kolumbien diese faschistische Phase überwinden wird. Ich danke für jeden Brief den Sie mir schreiben, für Presseauschnitte und jede andere Sache, die



Sie zu unseren Gunsten in dieser harten Stunde machen können. Ich appelliere an die Solidarität. Entschuldigen Sie, wenn ich Ihnen erst zum Schluß das beste neue Jahr 1988 wünsche, so sehr Ihnen, wie ihrer Familie und Ihren Freunden.

Seien Sie umarmt

Oscar Duenas

Appell an die Solidarität

Immer mehr Kolumbianer müssen aufgrund einer Todesdrohung ins Ausland flüchten; allein für 1987 wurden ca. 140 bekanntere Personen gezählt.⁽⁶⁾ Denjenigen, die nicht das Geld oder die Kontakte haben, bleibt nur das "innere Exil". Mit dieser Situation konfrontiert, haben die Kolumbiengruppen in der BRD und Europa begonnen, ihre Arbeit besser zu koordinieren und Organisationen wie Personen in Kolumbien besser unterstützen zu können.

Als notwendig erachtet werden vor allem:

- Fonds einzurichten, aus denen Bedrohte, die ins "innere Exil" gehen müssen, auch mittelfristig finanziell unterstützen zu können.
- Fonds einzurichten für ins Ausland geflüchtete Kolumbianer
- Ein materielles und soziales Netz zu schaffen für diejenigen, die vorübergehend hier Zuflucht suchen, wobei sich auch die Möglichkeit einer formalen Einladung durch eine Universität, insbesondere für Studenten und Lehrer, bietet.
- Den Informationsfluß an die Medien, in den Gruppen und zwischen BRD und Kolumbien verbessern.
- Für eine größere Effektivität die Zusammenarbeit mit deutschen Gewerkschaften, insbesondere mit der GEW, suchen

Für den oben genannten Fall von Oscar Duenas und ähnliche wurde von der Kolumbiengruppe Berlin ein Spendenkonto eingerichtet:

Kolumbiengruppe, Lateinamerika-Zentrum, Crellstr. 22

Spendenkonto: 339043-106, Kennwort: Kolumbien

Postgiroamt Berlin

Auch die Kolumbiengruppe Tübingen bittet um Spenden auf Kontonr. 48099327, Kreissparkasse Nürtingen, BLZ 61250030
Stichwort: "Menschenrechte"

Anmerkungen:

- (1) Kurzbericht der Deutsch-Südamerikanischen Bank, Nr 4/87, S.77ff.
- (2) Latin American Weekly Report, 7.12.87
- (3) s. (1) und Handelsblatt vom 28.12.87
- (4) "El Espectador" vom 16.1.87, S.1
- (5) A. Diaz- Callejas in nueva sociedad, no.92, S.23ff.

COSTA RICA

Die Landwirtschaftspolitik und die Krise der Kleinbauern

Im vorletzten Jahr, am 17. 9. 1986, veranstalteten Campesino-Organisationen eine Demonstration gegen die Landwirtschaftspolitik der Regierung Arias. Als sie die Avenida Central vor der Zentralbank blockierten, wurde die Demonstration mit Schlagstock- und Tränengaseinsatz von der Guardia Civil aufgelöst, und ein Teil der Demonstranten flüchtete sich in die Kathedrale, wo sie mehrere Tage blieben (vgl. LN 153). Zwei Wochen später veröffentlichte die Regierung unter dem Titel "Diálogo Permanente" ein Dokument, das die zukünftige Landwirtschaftspolitik umreißen sollte. Es skizzierte eine Doppelstrategie, nach der zum einen die Selbstversorgung des Landes mit national angebauten Grundnahrungsmitteln (wie Reis, Mais und Bohnen) gesichert, zum anderen verstärkt "nicht-traditionelle" Produkte für den Export angebaut werden sollten, was mit dem Schlagwort der "agricultura de cambio" charakterisiert wurde. Direkt nach der Veröffentlichung des Dokuments zeigte sich, daß in der Regierung selbst unterschiedliche Einschätzungen zwischen den Neoliberalen und den sogenannten Gradualisten, die die von den Neoliberalen geforderte "Öffnung" zum Weltmarkt vorsichtiger und sozial abgefedert durchführen wollen und zu deren Repräsentanten der Landwirtschaftsminister Esquivel gehörte, fortbestanden.

Am 15. 9. 1987, fast genau ein Jahr später, kamen erneut Kleinbauern nach San José, um ihre Rechte zu verteidigen.

Die Auseinandersetzung zwischen Neoliberalen und Gradualisten setzte zunächst bei der Frage nach der Finanzierung der auf 2 Mrd. ₡ (ca. 33 Mio. US-\$) geschätzten Kosten des Programms "Diálogo Permanente" an: Belastung der Staatsbanken, Erhöhung der Zentralbankverluste oder Wachstum des Defizits des Staatshaushalts? Der Zentralbankchef Lizano, "Haupt" der neoliberalen Fraktion im Wirtschaftsteam der Regierung und Verhandlungsführer gegenüber dem IWF, konnte keiner Alternative Geschmack abgewinnen. Ende März trat Lizano überraschend zurück, wofür aber umfassendere Gründe ausschlaggebend gewesen sein dürften: Kurz vorher hatte er in einer Rede frustriert beklagt, daß von allen Seiten - Politik, Unternehmer, Gewerkschaften - seiner Politik einer neoliberalen Umstrukturierung des Wirtschaftsapparats verschleppender Widerstand entgegengesetzt wurde. Ohne einen drastischen Wandel sähe er dunkle Zeiten kommen.

Der Rücktritt schien die "Schlacht" zugunsten der Gradualisten entschieden zu haben. Ein Nachfolger für Lizano war schon ausgeguckt. Wenige Tage später jedoch eine neue Überraschung: Rücktritt des Landwirtschaftsministers Esquivel, Rückkehr Lizanos an die Spitze der Zentralbank. Die Gründe wurden nie ganz klar: Druck der internationalen Wirtschaftsorganisationen, denen gegenüber Lizano zwar

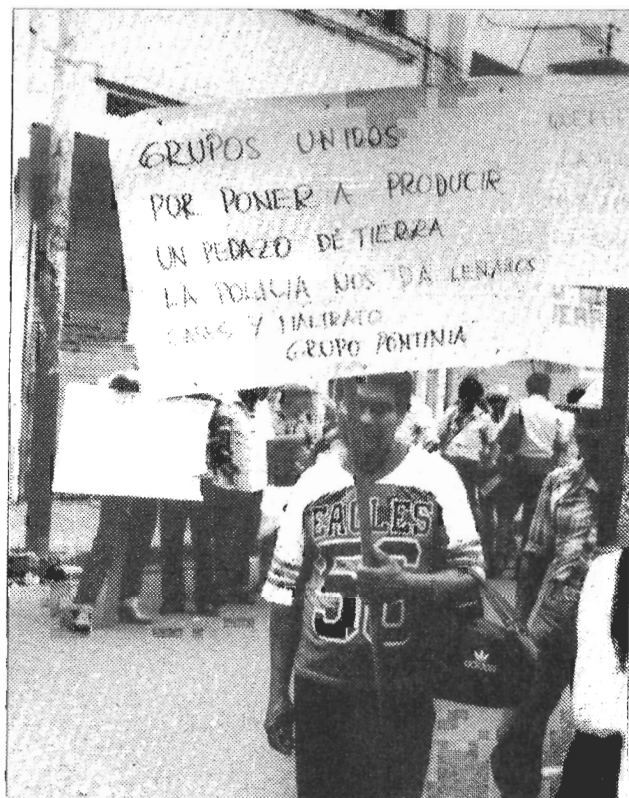
auf bessere Umschuldungsbedingungen für Costa Rica bestand, deren politische Grundlinien er aber teilte? Die "solidarische" Rücktrittsdrohung Finanzminister Narajos? Ungeschickte, triumphierende Äußerungen Esquivels, mit denen er sämtliche Ökonomen der Regierung gegen sich aufbrachte und zu einer Solidarisierung mit Lizano geradezu zwang?

Mit der Rückkehr Lizanos war die Position der Neoliberalen wieder gestärkt. Nachfolger Esquivels wurde der Chef des Consejo Nacional de Producción (CNP), Antonio Alvarez, ein 28-jähriger Senkrechstarter der costaricanischen Politik, der weitgehend Esquivels Positionen teilt, dem man aber nicht die politische Stärke Esquivels zutraute.

Streit um die Landwirtschaftspolitik

Die Auseinandersetzung zwischen Neoliberalen und Gradualisten um die Landwirtschaftspolitik ging weiter. In den Zeitungen wurde eine öffentliche Diskussion geführt, was für die costaricanische Presse mal ganz erfrischend war. Auf der einen Seite stand vor allem die Wirtschaftswissenschaft des neoliberalen Braintrusts ANFE, der nicht müde wurde, die universelle Gültigkeit des Prinzips des komparativen Vorteils zu proklamieren und entsprechend zu fordern, mit einer stufenweisen Zollsenkung alle Produkte zu importieren, die billiger im Ausland eingekauft werden können. Überhaupt sollten alle "Verzerrungen" - sprich: staatlichen Eingriffe - aus der Landwirtschaft eliminiert werden, so z.B. subventionierte Kredite für Kleinbauern. Auf der anderen Seite stritt mal Landwirtschaftsminister Alvarez, der betonte, daß eine weltmarktorientierte Umstrukturierung der Landwirtschaft nicht überstürzt vorgenommen werden könne, ohne den sozialen Frieden zu gefährden, und der die Selbstversorgung an Grundnahrungsmitteln wegen der Unsicherheit des Weltmarkts verteidigte. Mal waren es die Landwirtschaftskammern, die - in Verteidigung ihrer Interessen - die Argumente von ANFE damit zurückwiesen, daß viele Produkte, wie z.B. Reis und Zucker, auf dem Weltmarkt nur wegen des internationalen Subventionswettkampfs billiger seien und daß ein Preisvergleich auf dem costaricanischen Markt vorgenommen werden müsse, wo die Relationen (wg. Transportkosten u.ä.) schon anders aussähen.

Ein Dokument, das die Schwierigkeiten der Regierung aufzeigte, sowohl den im "Diálogo Permanente" niedergelegten Verpflichtungen nachzukommen, als auch ihren internationalen "Partnern" gerecht zu werden, ist das von der Regierung der Weltbank vorgelegte Programm zur strukturellen Anpassung, das unter der Federführung des Planungsministeriums, einer Hochburg der Gradualisten, entstanden ist. Zum einen betont es die Notwendigkeit der Entwicklung von Produktionsalternativen für die Kleinbauern, von denen viele vor allem Reis und Bohnen anbauen und für die die "Anpassungskosten" begrenzt werden müßten. Zum anderen sieht das Programm die zukünftige Wachstumsachse im Exportbereich, der vorrangig gestärkt werden müsse. Gleichzeitig solle der Landwirtschaftsprotektionismus für Güter wie



"Vereinte Gruppen für das Recht, ein Stück Land zu bearbeiten. Die Polizei gibt uns Schläge, (Tränen-)Gas und Mißhandlung.

Gruppe Pontinia"

Demonstration vom
15. September 1987,
San José

Reis, Mais, Bohnen und Milch graduell abgebaut werden. Die Verpflichtung zur nationalen Selbstversorgung mit diesen Gütern, ein Kernstück des "Diálogo Permanente" vom Oktober 1986, taucht nicht auf. Dieser Ausrichtung entsprachen auch Teile der tatsächlichen Politik. Entgegen der Zielsetzung des "Diálogo Permanente" hemmten die staatlichen Institutionen in vielen Fällen eher die Kleinbauernproduktion, anstatt sie zu fördern. So wurde der zwischen Regierung und Campesino-Organisationen ausgehandelte "Maisplan" - der die Definition von Anbauzonen sowie Regelungen über Finanzierung, Technologie, Vermarktung usw. enthielt - nicht umgesetzt, u.a. da es an Kleinbauernkredit fehlte. Die von der Zentralbank für die Staatsbanken festgelegte Obergrenze für diese subventionierten Kredite war nämlich relativ schnell erreicht, folglich phasenweise kein Kredit zu erhalten. Ähnliches spielte sich im Reisanbau ab, wo - statt, wie angekündigt, 40'000 ha - bis Ende September nur 8'300 ha von den Banken finanziert wurden, so daß nur anbauen konnte, wer genügend Eigenkapital hatte. Als Konsequenz wurde bereits 1987 Mais importiert, und im Jahr 1988 werden Reisimporte notwendig, nachdem in den letzten Jahren Überschüsse erwirtschaftet worden waren.

Verschuldung, Umschuldung und ihre Konsequenzen

Eine Schlüsselrolle in der Politik des damaligen Landwirtschaftsministers Esquivel zur Reorganisation der Landwirtschaft nahm das Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion (FODEA) ein. Neben einer institutionellen Neuordnung des Landwirtschaftsministeriums und damit verbundenen Einrichtungen beinhaltet es zwei Teile, die direkt dieser Förderung dienen sollen:

1. Ein Kapitel über die Umschuldung überschuldeter Landwirte, welches seit einigen Jahren in der Diskussion war. Mit ihm sollte das Problem überwunden werden, daß zugunsten dieser Landwirte zwar ein Schuldenmoratorium an das andere gehängt, den Betroffenen die Kreditwürdigkeit damit aber nicht zurückgegeben wurde. Es wurden eine neue tilgungsfreie Zeit und - nach der Größe des Hofes gestaffelte - niedrigere Zinsen festgelegt. Für große und mittlere Höfe wurde ein Verfahren vorgesehen, nach der ein Teil oder die Gesamtheit der Schulden mit Land "abgetragen" werden kann, welches vom Agrarentwicklungsinstitut verteilt werden soll. Mit dieser Umschuldung sollen die säumigen Schuldner wieder kreditwürdig werden.
2. Eine Reihe Zoll- und Steuervergünstigungen sowie Abschreibungsmöglichkeiten, die die Kosten der Landwirtschaft verringern sollen. Außerdem soll die Besteuerung unbebauten Landes zu Produktionssteigerungen führen.

Obwohl das Gesetz einstimmig (!) vom Parlament angenommen wurde, gab es eine Vielzahl von Kritiken aus unterschiedlichen Richtungen gegen das neue Gesetz:

1. Die knallharten Neoliberalen kritisierten, daß das Gesetz mit seinen Umschuldungsregelungen und den subventionierten Zinsen für Kleinbauern in der staatsinterventionistischen Tradition der Regierungspartei PLN stünde, in der nicht der Markt sondern staatsvermittelte "Begünstigungen" über Sein oder Nichtsein der Betriebe entscheide.
2. Die staatlichen Banken, bei denen die Landwirte verschuldet sind, bemängelten zum einen, daß ihnen mit der "Stilllegung" des Schuldenbetrags eine beträchtliche Summe - man sprach von einer vom Gesetz gedeckten Summe von 5,95 Mrd.¢ (ca. 100 Mio. US-\$) - entzogen würde, was ihre Liquidität und damit ihre Fähigkeit zur weiteren Kreditvergabe hemmte. Zwar wurde das Finanzministerium per Dekret angewiesen, verzinsbare Bonds auszugeben, um die Schulden der kleinen und mittleren Produzenten in einer Höhe bis zu 5 Mrd. ¢ zu kaufen, die Banken können sie jedoch nicht weiterverkaufen. Ein anderer Kritikpunkt richtete sich dagegen, daß das Moratorium und die niedrigen Zinsen den Banken zwangsläufig beträchtliche Verluste bringen würden, da die Inflation die nach der tilgungsfreien Zeit von vier Jahren zu zahlenden Beträge reduziert haben wird.

3. Landwirtschaftskammern und Bauernverbände kritisierten, daß nur überschuldete Landwirte Nutznießer der Umschuldung seien. Andere, die häufig unter hohen Opfern ihren Abzahlungspflichten nachgekommen seien, würden jetzt dafür bestraft, da sie ihre Schulden weiterhin zu den ursprünglichen Bedingungen begleichen müssen.
4. Vor allem Kleinbauernverbände wiesen darauf hin, daß das Gesetz trotz der Vorzugszinsen für Kleinbauern letztlich große und mittlere Landwirte begünstige. Von der betroffenen Schuldensumme von 5,95 Mrd. ₡, die gemäß FODEA umgeschuldet werden darf, entfallen 88,7% auf mittlere und große und nur 11,3% auf Kleinbauern. Deren Zahlungsmoral ist nämlich weitaus besser als die der großen und mittleren: nur 30% der Kreditsumme der Kleinbauern wurde nicht zurückgezahlt, während es bei den großen und mittleren Landwirten 70% sind! Die wichtigste Gruppe säumiger Schuldner sind die großen Viehzüchter. Viele Kleinbauern haben außerdem keinen Landtitel und sind folglich ohnehin nicht kreditwürdig. Auch die Steuer- und Abschreibungsvergünstigungen kommen hauptsächlich den kapitalistisch geführten Unternehmen zugute. Lediglich die Verbilligung von Inputs (Saatgut, Düngemittel etc.) und Werkzeug durch steuerfreien Verkauf kann demnach den Kleinbauern nützen - falls diese Vergünstigung nicht im Handel "hängenbleibt".

Die Forderungen der Kleinbauern-Organisationen

Die Entwicklung der Landwirtschaftspolitik ließ viele Kleinbauernorganisationen verständlicherweise an der Gültigkeit des "Diálogo Permanente" zweifeln. Der Rückgang der Kreditvergabe an Kleinbauern, vor allem für ihre traditionellen Produkte, die unzureichende Finanzierung der für die Landwirtschaftspolitik zuständigen Institutionen (Ministerium, Agrarentwicklungsinstitut IDA, Nationaler Produktionsrat CNP) sowie die Privatisierungstendenzen im Finanzsektor, aber auch bei anderen staatlichen Institutionen, sahen sie als Beweis dafür, daß nicht der "Diálogo Permanente" mit seinen Elementen Lebensmittelselbstversorgung und Kleinbauernförderung, sondern die Verpflichtungen gegenüber IWF, Weltbank und AID die Landwirtschaftspolitik entscheidend bestimmen.

Bezüglich der sogenannten nicht-traditionellen Exportprodukte kritisieren sie, daß die Campesinos in Investitionsabenteuer gestürzt werden, ohne daß die Technologie beherrscht wird und ohne daß die Vermarktung gesichert ist. Sie verweisen z.B. auf die Fälle vieler Blumen- und Kardamom-Produzenten: Beide Produkte stießen nach vielen Vorschußlörbeeren und auch Anfangserfolgen auf Vermarktungshemmnisse, die den Verlust der z.T. hohen Investitionen vieler Kleinbauern mit sich brachte. Den Hintergrund der Landwirtschaftspolitik sehen diese Campesino-Organisationen - UPAGRA, UCTAN, UNAC, Coordinadora del Atlántico, FECOPA, FEDEAGRO und UCADEGUA - in der IWF-Weltbank-nahen Politik der Regierung. Im September 1987 legten sie einen Forderungskatalog vor, in dem daher an der Spitze stand:

- Aufkündigung der Abkommen mit den internationalen Finanzinstitutionen. Weitere Forderungen waren:

- Verbesserung der Kreditvergabebedingungen und -mengen durch die staatlichen Banken,
- bessere Finanzierung des Agrarentwicklungsinstituts, um mehr Land verteilen zu können,
- Verbesserung der Produktionsbedingungen bei Reis, Mais und Bohnen, um die nationale Selbstversorgung zu erzielen. Entsprechende Stärkung des Nationalen Produktionsrats (CNP) - sowie einige andere Forderungen.

Grundsätzlich bezogen sich die Campesino-Organisationen positiv auf den "Diálogo Permanente".



Vor dem Aufbruch zur Demonstration am 15. 9. 1987, Parque La Merced, San José

Demonstrationen - Verhandlungen - Resultate

Am 15. 9., dem Nationalfeiertag, marschierten mehrere Tausend Campesinos und städtische Unterstützer durch die Innenstadt von San José. Ein Teil der Campesinos ließ sich, wie vorher angekündigt, im Zentralpark und vor der Kathedrale nieder, um dort zu bleiben, bis von der Regierung befriedigende Antworten kämen. Vertreter der Campesino-Organisationen setzten sich mit Regierungsvertretern unter Führung von Landwirtschaftsminister Alvarez zusammen, um über die Forderungen zu diskutieren. Die Regierung versuchte zunächst, einen Großteil der Forderungen mit dem Argument zurückzuweisen, für sie seien ohnehin Lösungen in die Wege geleitet, etwa durch Bereitstellung von 600 Mio. ₡ für subventionierte Kleinbauernkredite und

250 Mio. ¢ für das Agrarentwicklungsinstitut. Die Forderung nach dem Bruch der Abkommen mit den internationalen Finanzinstitutionen wurde als völlig verfehlt zurückgewiesen. Die Presse empörte sich: Wie können Bauern sich anmaßen, politische Grundsatzforderungen zu stellen? Dahinter stünden sicher "politische" (sprich: linke) Interessen.

Die Verhandlungen liefen vor diesem Hintergrund sehr zäh, als Dialog ohne gemeinsame Grundlage. Und er war nicht einmal "permanent", denn er wurde zwischendurch vom Landwirtschaftsminister abgebrochen. Als Druckmittel begannen zehn Campesinos am 24. 9. einen Hungerstreik. Andererseits verließen viele Campesinos nach und nach den Zentralpark, da sie sich eine verlängerte Abwesenheit vom heimischen Hof nicht leisten konnten.

Am 29. 9. kam es schließlich zur Unterzeichnung eines gemeinsamen Dokuments, in dem die Regierung sich zur Selbstversorgung mit den im Lande angebauten Grundnahrungsmitteln und zur Stärkung der betreffenden staatlichen Institutionen bekennt. Im einzelnen verpflichtet sie sich zu folgenden Maßnahmen:

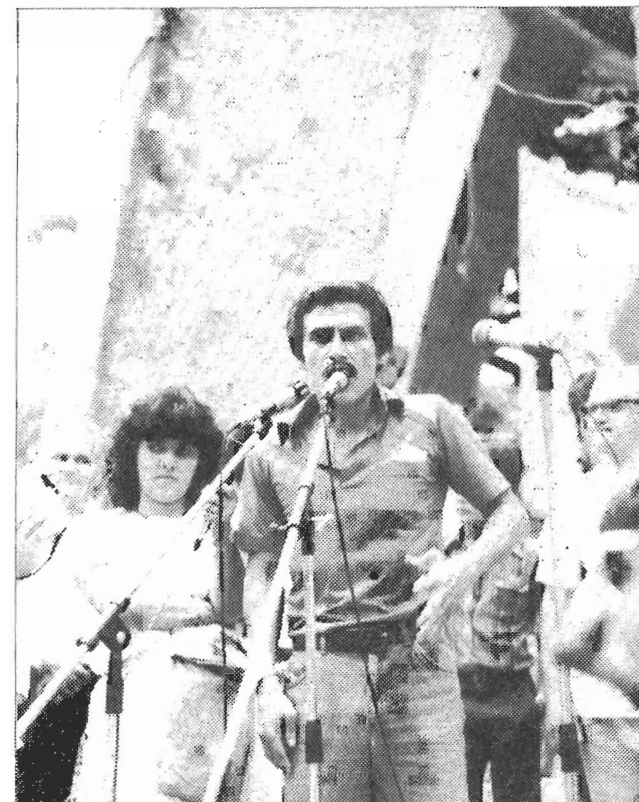
- Kredit: Vereinfachung des Kreditvergabeverfahrens (das häufig so viel Zeit in Anspruch nimmt, daß der Saatzeitpunkt verstrichen ist, wenn der Kredit bewilligt wird). Bereitstellung von zusätzlichen 100 Mio. ¢ für Kreditsubventionen (reduzierte Zinssätze).
- Grundnahrungsmittel: Der Nationale Produktionsrat soll ausreichende Finanzierung erhalten. Es soll überprüft werden, wieviele der Subventionen für Grundnahrungsmittel den industriellen Verarbeitern (einschl. Tierfutterfabriken) zugutekommt. Der "Maisplan" soll wiederbelebt werden. Der Nationale Produktionsrat hilft bei der Förderung von Technologie in der Landwirtschaft und beim Import von Inputs und Werkzeugen.
- Die staatliche Düngemittelfabrik FERTICA soll zu 40% an landwirtschaftliche Produzenten und ihre Organisationen übergeben werden.
- Das IDA soll ausreichende Mittel zur Umsetzung der im "Diálogo Permanente" definierten Ziele erhalten.
- Die Regierung übergibt die Texte der Abkommen mit den internationalen Finanzinstitutionen, die die Campesino-Organisationen der Regierung gegenüber schriftlich kommentieren werden.
- Die Regierung verpflichtet sich zur Unterstützung der Diversifizierung und Technifizierung der kleinbäuerlichen Produktion.

Viele Versprechen bleiben also vage. Die Campesino-Organisationen wollen aber aufmerksam verfolgen, ob und wie die Regierung ihre Verpflichtungen in den festgelegten Fristen einhält. Natürlich war nicht zu erwarten, daß die Regierung die Abkommen mit den internationalen Finanzinstitutionen aufkündigt.

Wie seitens der Campesino-Organisationen die Lage der Kleinbauern und die Ergebnisse des September eingeschätzt werden, erläutern im nachfolgend abgedruckten Interview Carlos Campos, Generalsekretär der Campesino-Organisation UPAGRA und Ricardo Araya von der Genossenschaftsföderation FEDEAGRO, zwei der wichtigsten Organisatoren der September-Aktivitäten.

Frage: Was steckt hinter der restriktiven Kreditpolitik gegenüber Kleinbauern, die 1987 zu beobachten war?

Carlos Campos: Man muß berücksichtigen, daß es hier um Klasseninteressen geht. Gegenwärtig hat die internationale Wirtschaftskrise, die sich auf unser Land sehr heftig auswirkt, die Haltung des Agrar-Export-Sektors so bestimmt, daß er sein Überleben auf Kosten der Kleinproduzenten sichern will. Die Möglichkeit, weiterhin landwirtschaftliche Exporte zu betreiben, hängt jedoch an der Verfügbarkeit großer landwirtschaftlicher Nutzflächen. Diese großen Besitztümer können nur über das massive Aneignen von Land entstehen. Damit diese großen Besitztümer rentabel sind, muß auch diese Aneignung in rentabler Form geschehen. Daher gibt es einen gut abgestimmten Prozeß zur Verschlechterung der Lage der Kleinproduzenten. Viele haben sich gezwungen gesehen, ihr Land aufzugeben, und zwar zu lächerlichen Beträgen. Was also im Grunde passiert, ist eine Verstärkung der Position der ökonomisch mächtigsten Kreise, sowohl auf dem Land, als auch in der Industrie und im Export.



Carlos Campos,
Generalsekretär von
UPAGRA, bei der Kund-
gebung am 15. 9. 1987
im Parque Central,
San José

Frage: Wenn die Kleinbauern aber schon seit Jahren stark verschuldet sind, warum wurde das dann nicht für diesen Enteignungsprozeß genutzt?

Carlos Campos: Weil das nicht rentabel gewesen wäre. Erst jetzt ist die Lage so, daß gewisse staatliche Institutionen, wie MAG, IDA und CNP ihre Tore den großen Exportunternehmen öffnen. Der Prozeß der Enteignung ist ein völlig legaler. Um den Kleinproduzenten nicht zu sehr zu treffen und die Krise nicht zu sehr zu verstärken, läuft dieser Prozeß schrittweise ab. Im Laufe von 1 - 1½ Jahren entscheidet sich der Kleinproduzent angesichts der schwierigen Lage dazu, sein Land zu verkaufen.

Frage: Welche Perspektive hat unter diesen Bedingungen der Kleinproduzent?

Carlos Campos: Zum einen muß man abwarten, mit welcher Entschlossenheit die Campesinos dafür kämpfen, weiterproduzieren zu können. In Wirklichkeit sind wir wenige Organisationen, die die Situation als so schwierig ansehen. Es gibt andere, die meinen, die Lage sei noch nicht so ernst. Falls keine ausreichende Kampfbereitschaft besteht, wäre eine andere Alternative die Auflösung der entsprechenden Gruppen. Außerdem darf man nicht eine Reihe von nationalen Umständen außer Acht lassen, eine Reihe von sich widersetzenden Kräften, die nicht bereit sind, eine solche Selbstmordpolitik zu betreiben. Es gibt sogar Kräfte innerhalb der Regierung, die darauf drängen, diese Politik zu revidieren, weil sie merken, daß das ein sehr gewaltsamer Prozeß werden wird, auch wenn immer behauptet wird, daß sich alles sanft abspielt. Im Moment sind viele Positionen noch nicht ausgereift oder definiert. Es gibt eine Art Neuorientierung der sozialen und politischen Kräfte, vor allem weil die Konsequenzen der Abkommen der Regierung mit den internationalen Institutionen sehr drastisch sind. In diesem Moment ist es daher sehr schwierig, die Reaktion vorauszusagen. Es bleibt abzuwarten, was passiert, wenn diese Politik wirklich umgesetzt wird, denn was bisher gemacht wurde, war, diese Politik zu legitimieren.

Ricardo Araya: Und das hat natürlich viel mit der Kraft zu tun, die wir zu sammeln in der Lage sind, um die nationale Produktion zu verteidigen. Das Programm zur strukturellen Anpassung drückt bereits in klarer Weise die geplante Politik aus: Förderung der Exporte, Eliminierung der Binnenmarktproduktion. Aber jeder Sektor muß seinen Spielraum verteidigen.

Frage: Was war vor diesem Hintergrund der Charakter der Forderungen der Demonstration vom 15. 9.?

Ricardo Araya: Die Forderungen zielten darauf ab, den "Diálogo Permanente" zu ratifizieren und zu beleben, daß nämlich im Land produziert wird, was hier konsumiert wird, und daß die dafür nötigen Mittel bereitgestellt werden. Und für uns war die Stärkung der nationalen Souveränität in dem Sinne wichtig, daß wir die internationalen

Abkommen hinterfragt haben. Das war die erste formale Kritik dieser Politik: "FMI - fuera de aqui!" (IWF - raus!). Wir haben die Aushängung dieser Abkommen verlangt, um zu sehen, was sie enthalten, denn das ist ein Problem, daß viele Abkommen nicht veröffentlicht sind. Darum hat dieser Kampf einen politischen, einen patriotischen Inhalt. Außer den ökonomischen Forderungen, um Land, Kredit usw. hat der Kampf also diesen patriotischen Inhalt.

Carlos Campos: Es gibt noch einen Punkt, das ist die teilweise Anerkennung der Regierung, daß die "agricultura de cambio" nicht substitutiv zu verstehen ist, sondern als Technifizierung, Diversifizierung und Ergänzung der bestehenden Landwirtschaft. Der Landwirtschaftsminister selbst hat zwei Tage nach Unterzeichnung des Abkommens erklärt, daß das so ist. Diese ist auch ein wenig durch die Krise der "agricultura de cambio" motiviert, von der niemand so genau weiß, was sie eigentlich ist. Wegen der Hinterfragung der Abkommen mit den internationalen Finanzinstitutionen hat der Landwirtschaftsminister auch ständig versucht, die Verhandlungen scheitern zu lassen, denn es gibt eine Linie der am stärksten mit den internationalen Organisationen identifizierten Sektoren, nicht zu erlauben, diese Politik zu hinterfragen. Es ist ja ein schlechtes Vorbild, wenn die Regierung gefragt wird, was eigentlich passiert, das machen nicht einmal die gebildeten Leute. Und das war auch die Position der Presse als Sprachrohr dieser Position: "Wie ist es möglich, daß das von Seiten der Campesinos kommt? Campesinos kümmern sich darum, ihre Machete zu schärfen, das hier sind keine Campesinos!" Und sie glaubten auch, auf dieser Basis der Nichtverhandlung (über das Thema der internationalen Verträge) könnte die Bewegung zerbrechen. Aber nichts von alledem: Der Hungerstreik und die Aktionen, die in den Regionen geplant waren und die dem Minister gezeigt haben, welche Kampfbereitschaft bestand, haben dazu geführt, daß doch eine Lösung in den Verhandlungen gesucht wurde.

Frage: Jetzt wird abzuwarten sein, wie die Regierung die Verpflichtungen einhält. Was werden dann die folgenden Schritte sein?

Carlos Campos: Der 1. und der 15. November sind die Fristen, die die Regierung hat, die übernommenen Verpflichtungen einzulösen. Wir bereiten uns vor, denn wenn sie die Versprechungen nicht einhalten, muß gehandelt werden. Die Regierung weiß, daß wir dazu bereit sind. Man muß sehen, wie weit wir kommen. Alles hängt von der Kraft und der Entschiedenheit ab, mit der jeder Sektor seine Rechte verteidigt. Wir arbeiten jetzt in Kommissionen mit der Regierung, um die Einhaltung der Abmachungen zu garantieren, und von einer Gruppe hier und vor allem in den Regionen werden die Leute organisiert. Aber niemand weiß, was passiert, nur die Regierung weiß das.

Frage: Es besteht jetzt in der Bourgeoisie und in den großen Parteien ein weitgehender Konsens über das zu verfolgende Entwicklungsmodell. Gibt es Vorstellungen über ein alternatives Entwicklungsmodell, das dem entgegeng gehalten werden könnte?

Carlos Campos: Das ist schwierig, denn dies ist ein unterentwickeltes Land, und außerdem hat es keine Volksbewegung. Für ein Alternativmodell ist eine Volksbewegung vonnöten, die sich diese Aufgabe stellt. Wir sind praktisch eine kleine Gruppe von Campesino-Organisationen, die anders denken. Wir haben verstanden, daß dieser Kampf nicht nur unser Kampf ist, sondern ein nationaler. Wir müssen jetzt abwarten, wie die anderen Sektoren erwachen, um integrale Vorschläge machen zu können. Denn unsere Vorschläge sind, soweit sie sich auf die Produktion beziehen, mit unseren Organisationen verbunden. Sie sind damit rein punktuelle Projekte, auch wenn sie große Investitionen erfordern. Wenn eine Organisation z.B. von einem Kakao-Projekt redet, das vielleicht 50 Mio. ¢ kostet, ist das viel Geld, aber dennoch ist es eben nicht mehr als einfach ein Kakao-Projekt. Weder die Verarbeitung, noch die Vermarktung oder der Export ist damit angesprochen, obwohl das ein logischer Teil des Prozesses wäre, und zwar der rentabelste. Einige von uns denken an Exportprojekte, aber dann handelt es sich vielleicht um zwei Container Ingwer, und das wird nicht die Probleme lösen. Andere sagen, man befindet sich immerhin auf dem Weg. Wenn wir den Vorschlag eines integrierten Produktionsprojektes machen, fordern wir aber von der Regierung die Bereitstellung der Infrastruktur. Aber wir müssen genau definieren, was wir brauchen, damit wir in einer solchen Hilfe nicht ertrinken.

Es ist also eine etwas schwierige Situation in einem Land, das eine völlig kopflose Volksbewegung hat, wo es - ausgehend von der Presse - eine ideologische Macht der ökonomisch stärksten Sektoren gibt, wegen der wir keine Armee brauchen. Die Leute sind daher zufrieden, auch wenn es ihnen nicht gut geht. Wenn unser Präsident durch Mittelamerika reist und vom Frieden redet, bedeutet das Frieden in politischen, sozialen und ökonomischen Konflikten; in Costa Rica bedeutet Frieden jedoch Unterordnung, Friedfertigkeit, Gehorsam, es bedeutet nicht, daß in würdiger Form klar dargelegt wird, wie die Probleme gelöst werden sollen. Daher ist auch das Komitee zur nationalen Versöhnung (Welches gemäß dem Vertrag von Esquipulas II auch in Costa Rica eingerichtet wurde; Anm. d. Red.) ein reiner Scherz, denn ich weiß nicht, was sie versöhnen wollen. Für eine Versöhnung sind zwei im Konflikt miteinander liegende Lager vonnöten, die klar definiert sind. Und hier gibt es keinen Konflikt. Naja, jetzt präsentieren wir ihnen einen, vielleicht geben wir ihnen einen Ausweg.

Frage: Welche Möglichkeiten zur Integration in Agro-Industrien gibt es für Campesinos?

Carlos Campos: Wir glauben - und das ist zumindest die Haltung meiner Organisation, nicht aller hier beteiligten Gruppen -, daß wir sehr effizient sein müssen, daß wir die produktive Effizienz verbessern müssen. Wir müssen verstehen, daß die Aussaat der unwichtigste Teil der Produktion ist, und daß es andere Teile gibt, die vorteilhafter sind und an denen wir teilhaben müssen. Wir gehen davon aus, daß jedwedes Agrarprojekt die gerechte Beteiligung des

Campesinos an diesen Aktivitäten enthalten muß. Wenn der Campesino sich nicht an der Verarbeitung beteiligen kann, weil er die Fähigkeiten dazu nicht hat, muß man sehen, wie er sonst an diesem Reichtum beteiligt werden kann.

Wir glauben nicht an Subventionen und solche Sachen. Man kann nicht ein Stück Land für alle garantieren, aber man muß die Partizipation für alle erreichen, auch für Frauen und Kinder und Männer ohne Land. Sie müssen sich organisieren, das ist eine langer Prozeß und hat vor allem mit einem Bewußtseinswandel zu tun: In Costa Rica will jeder Kleineigentümer sein, aber es muß eine Arbeit kollektiverer Art erreicht werden, eine gemeinsame Anstrengung, das Abhängen von der gegenseitigen Hilfe.

Natürlich: Der Kampf geht weiter

Die Organisationen der kleinen und mittleren Produzenten, ein relativ neues Phänomen in Costa Rica, haben erneut deutlich gemacht, daß sie ihre Stimmen zu Gehör bringen können. Und auch wenn es relativ wenige sind, wenn man sie diffamiert und ihre Haltung als absurd brandmarkt - sie werden weiterhin ihre Interessen vertreten und mit der Hinterfragung von "Selbstverständlichkeiten" in die politische Auseinandersetzung eingreifen.

Dies hat vor allem zwei wichtige Implikationen. Die eine, langfristige ist, daß die Entwicklung politisch unabhängiger Organisationen, die sich nicht von den üblichen Integrationsformen einbinden lassen, vorangetrieben wird. Die Formulierung und Vertretung eigener Interessen wächst. Daß dabei Irrtümer begangen werden, ist in einem solchen Prozeß natürlich - ein Lernprozeß eben. Die andere Implikation ist, daß ganz aktuell in die politische Auseinandersetzung eingegriffen wird. Die erwähnten Widersprüche in den großen Parteien und in der Regierung ermöglichen es, daß äußere, selbst kleine Kräfte Einfluß nehmen können. Die Verpflichtung der Regierung auf die Grundlinien von "Diálogo Permanente" hat zunächst das gradualistische Lager gestärkt. Vergangene und aktuelle Erfahrungen zeigen jedoch, daß die Campesino-Organisationen "am Ball" bleiben müssen, um die Erfüllung der Versprechen der Regierung zu sichern. Z.B. hat die Regierung, die drei Tage nach Abschluß des Abkommens Kopien der Verträge mit den internationalen Finanzorganisationen übergeben sollte, "um Aufschub gebeten": Sie habe noch nicht alle Verträge von den jeweiligen Ministerien bekommen (die ja Teil der Regierung sind). Tatsächlich hat sie die Verträge nach Ablauf der Drei-Tage-Frist überhaupt erst angefordert.

Quellen: La Nación, aportes, Tribuna Económica, Libertad, Rumbo, persönliche Gespräche

EL SALVADOR

Bewaffneter Kampf und Wahlen – Ein Diskussionsbeitrag zur Zukunft des revolutionären Prozesses

Der Vertrag von Esquipulas II stabilisiert grundsätzlich die bestehenden Systeme in Mittelamerika und delegitimiert den Anspruch der jeweiligen bewaffneten Opposition auf die ganze Macht, in El Salvador und Guatemala wie in Nicaragua. Für den FMLN hat dies und die große internationale Unterstützung für den Friedensplan wegen seiner ausschließlichen Ausrichtung auf friedliche Konfliktlösungen das Agieren auf der internationalen Bühne erschwert. Die – zunächst vorübergehende – Rückkehr der FDR-Führer Guillermo Ungo und Rubén Zamora, die Einschreibung von Ungos Movimiento Nacional Revolucionario (MNR) in das Parteienregister und der Zusammenschluß von MNR, Zamoras Movimiento Popular Social Cristiano (MPSC) und Partido Social Demócrata zur "Convergencia Nacional" werfen jetzt Fragen hinsichtlich des Verhältnisses von FDR und FMLN, ja hinsichtlich der Zukunft des revolutionären Projekts in El Salvador überhaupt auf. Wir haben diese Fragen in Managua mit einer Gruppe von Salvadorennern diskutiert, wovon wir eine Art Ergebnisprotokoll erstellt haben. Dieser Artikel bezieht sich in vielen Punkten inhaltlich auf die Diskussion in LN 161/162 bis 164 und den Beitrag zum Dialog in LN 165.

Die Rückkehr Guillermo Ungos und Rubén Zamoras nach El Salvador und die Einschreibung des MNR in das Parteienregister, die für viele überraschend gekommen sein mag, hat tiefe Wurzeln in der Vergangenheit. Man darf nicht vergessen, daß es in den 70er Jahren Parteien gab, die an Wahlen teilgenommen haben und die jetzt Teil des FMLN sind. Die Kommunistische Partei hat zum Beispiel eine Organisation gegründet, mit der sie an den Wahlen teilnahm. Sie vertrat den Standpunkt, daß die Menschen mittels der Teilnahme am Wahlprozeß verstehen würden, daß es sich dabei um einen Betrug handelte. Erst 1978-79 hat die Kommunistische Partei sich zum bewaffneten Kampf bekannt, und selbst danach bestanden in der Partei Positionen fort, die die Wahlen weiterhin als Kampfinstrument ansehen. Im Zusammenhang mit dem Vertrag Esquipulas II werden sie ihre Vorstellungen "entstauben" und damit interne Diskussionen im FMLN auslösen. Auch Gründungsmitglieder der FPL haben im Verlauf der Entwicklung in El

Salvador in den 60er und 70er Jahren an Wahlprozessen teilgenommen; sie wurden von ihnen enttäuscht und wandten sich dem bewaffneten Kampf zu. Es gibt aber Leute, die die Wahlillusion immer lebendig erhalten haben. Und vom FDR, der aus MNR und MPSC besteht, kann man sagen, daß er niemals diese Illusion aufgegeben hat. Als diese Parteien sich zum FDR zusammenschlossen, taten sie das, weil in diesem Moment Wahlen unmöglich waren und dieser Schritt der einzige war, der ihnen das politische Weiterleben ermöglichte. Ein zentrales Element in der Gründung der Allianz FMLN-FDR war also die Unmöglichkeit von Wahlen. Dieses Element war in den Diskussionen in FMLN und FDR immer präsent. Anfangs waren sich alle einig, daß Wahlen eben keine Alternative sind. Aber mit der Verlängerung des Konflikts und mit der Erkenntnis seitens FMLN-FDR, daß die FMLN diesen Konflikt nicht militärisch entscheiden kann, tauchen die Wahlillusionen wieder auf. Vor diesem Hintergrund müssen die Politik von Duarte und das US-Projekt für El Salvador gesehen werden: Die Wahlen von 1982 und der Plan regelmäßiger Wahlen berücksichtigen, daß eben diese Wahlfrage ein zentrales Element für die Beziehung FMLN-FDR ist. Soweit es ihnen gelänge, den Wahlen eine gewisse Legitimität zu geben, wäre das ein Beitrag, die Allianz zu sprengen.



Nein zur Wahlfarce vom März 84, FDR - FMLN

Aber sie haben selbst nicht erwartet, daß das so schnell gehen würde. Die Rückkehr von Guillermo Ungo und Rubén Zamora ist nicht mehr als die Rückkehr zu ihrem ewigen Traum, an Wahlen teilzunehmen und mittels der Wahlen an die Macht zu kommen. Von einem Sozialdemokraten wie Guillermo Ungo oder einem Christdemokraten wie Rubén Zamora zu erwarten, daß sie ihre Hoffnung auf Wahlen aufgeben, ist eine Illusion. Das eigentliche Problem besteht nicht in dieser Rückkehr, sondern in der Gefahr, daß viele Sektoren der FMLN sich dieser Position annähern. Auch hier kann man auf eine alte Diskussion zurückgreifen: 1983 wird der Vorschlag zu einer Regierung der breiten Beteiligung gemacht, eine Art Abschwächung der Demokratisch-Revolutionären Regierung, worin eine Reihe von Konzepten wegfiel. Schon in diesem Vorschlag war von einer Teilnahme an Wahlen die Rede. Von diesem Zeitpunkt an war klar, daß Sektoren von FMLN-FDR - sei es aus taktischen oder strategischen Gründen - Wahlen akzeptierten. Auch der Vorschlag einer Regierung der breiten Beteiligung wurde weiter abgeschwächt und zuletzt gab es einen neuen Vorschlag, in dem von der Fusion der Streitkräfte und auch wieder von Wahlen die Rede war, alles unter einigen Bedingungen wie Amnestie, Achtung der Menschenrechte usw. Und sechs, sieben Monate später findet eine weitere Abschwächung statt: Man fordert keine vollständige Amnestie mehr, nicht die Achtung der Menschenrechte, nichts davon, sondern was ansteht, ist eine Spaltung: Der FMLN glaubt, daß die Bedingungen für eine Wahlteilnahme noch nicht gegeben sind und führt den bewaffneten Kampf fort, während MNR und MPSC meinen, daß zwar nicht alle Bedingungen gegeben sind, daß aber eine politische Öffnung stattfindet. Wer garantiert das Leben von Ungo und Zamora in El Salvador? Der FMLN kann das nicht, es muß also die Regierung sein. Die Regierung hat letztendlich diese Öffnung angeboten und sich verpflichtet, die Sicherheit der beiden Politiker zu garantieren. Und ihre Sicherheit muß gegen die extreme Rechte geschützt werden, denn diese Rückkehr stärkt die Legitimität von Duarte, legitimiert den Wahl- und den "demokratischen" Prozeß in El Salvador und bedeutet eine Öffnung im internationalen Rahmen. Wie aber will der FMLN den bewaffneten Kampf mit Wahlen verknüpfen? Mit der Rückkehr der FDR-Vertreter ist es der Regierung gelungen, den FMLN national und international noch stärker zu isolieren. Und das bedeutet nicht nur politische Isolation, sondern auch finanzielle Probleme, denn viele Geldgeber werden jetzt den Wahlprozeß fördern.

Die große Frage ist: Wie werden die Wahlen ausgehen? Ich denke, Ungo und Zamora werden sie nicht gewinnen, was die Fähigkeit des FDR, die politische Führung auszuüben, in Frage stellen wird. Das kann dem FMLN helfen, aber nicht so sehr im Sinne einer Stärkung wie im Sinne einer Verlängerung seines Lebens.

Für den Schritt Ungos und Zamoras gibt es vier Motive:

Rubén Zamora und Guillermo Ungo haben immer schon verschiedene militärische Aktionen kritisiert. Sie sagten, es gebe Aktionen, die der Führung aus den Händen glitten und Aktionen, die anti-politisch



Guillermo Ungo (l.) und Rubén Zamora (r.), vorübergehend nach El Salvador zurückgekehrte FDR - Führer

seien, wie der Boykott der ersten Wahlen oder das Einkassieren von Ausweisen, damit die Leute nicht wählen könnten. Für sie hatte der bewaffnete Kampf - mit dem sie einverstanden waren - Elemente, die die politische Seite des Kampfes von FMLN-FDR schädigten.

Der zweite Faktor ist, daß sie der Meinung sind, daß der bewaffnete Kampf angesichts der veränderten Bedingungen an Bedeutung verloren hat. So ist die abnehmende Zahl der Toten nicht dem FMLN zuzuschreiben, sondern sie ist eine Folge des US-Projekts. Für sie hat der bewaffnete Kampf jetzt v.a. die Konsequenz, die Situation weiter zu polarisieren, was die Verbesserung der politischen Verhältnisse verhindert. Das ist also ihre zweite Kritik am bewaffneten Kampf.

Der dritte, entscheidende Faktor ist das Verhältnis von bewaffnetem Kampf und Wahlen. 1980/81 schloß sich der FDR dem FMLN an, weil er seine Stärke sah und so an die Macht kommen wollte. Danach blieb die Allianz bestehen, denn wegen der Repression gab es keine Alternative. Die Allianz mit dem FMLN diente ihnen auch dazu, ihre Positionen und Personen international darzustellen. Nach dem Scheitern der Generaloffensive fangen sie wieder an, von Wahlen zu sprechen. Der Widerspruch zwischen bewaffnetem Kampf und Wahlen wird also wieder schärfer in dem Moment, in dem eine militärische Machtergreifung kurzfristig unmöglich wird.

Der vierte Faktor ist der internationale Druck. Jeder kann sich vorstellen, daß die Sozialdemokratie Druck auf Guillermo Ungo ausübt und andererseits politische und wirtschaftliche Unterstützung für eine Rückkehr besteht. Dazu kommt ihre Überzeugung, daß sie die Wahlen gewinnen können. Sie hoffen, all die nicht organisierte Sympathie für den FMLN nutzen zu können. Es gibt viele Sympathisanten, die glauben könnten, daß die Rückkehr von Ungo und Zamora ein Manöver des FMLN ist. Ungo und Zamora könnten diese Sympathien daher für ihre Partei gewinnen.

Ein anderer wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang sind die Erfolge der Massenbewegungen, der politische Spielraum, den sie eröffnet haben. Viele in den Massenbewegungen wollen Veränderungen, aber es ist egal auf welchem Weg, auf dem politisch-militärischen oder durch

Wahlen. Es gibt Leute, die etwas Neues versuchen wollen. Viele kämpfen für Frieden und Dialog - aber nicht zur Unterstützung des FMLN, sondern weil sie *Frieden* wollen und der Dialog das einzige Mittel dazu war. Jetzt hat der Dialog aber an Bedeutung verloren und wird möglicherweise ersetzt durch die Stimmabgabe für Ungo. Das Volk weiß, daß Ungo fortschrittlicher als alle anderen möglichen Kandidaten ist und ein entsprechendes Regierungsprogramm aufstellen wird, ein alternatives Entwicklungsmodell usw.

Und das alles findet mit Zustimmung der USA statt. Denn die USA wollen, daß aus dem zentralamerikanischen Friedensprozeß Duarte stärker hervorgeht als Daniel Ortega. Und jetzt sieht es so aus, daß Duarte alle Verpflichtungen des Esquipulas-II-Vertrages erfüllt. Daher sind die Gringos daran interessiert, daß das Abenteuer von Ungo und Zamora so weit wie möglich gedeiht.

Wie verhält sich der FMLN demgegenüber? Obwohl er immer wieder erklärt hat, daß er gegen diese Rückkehr und die Wahlteilnahme ist, unterstützt er Ungo und Zamora, um die Einheit zu wahren. Eine schwierige Situation: Zamora und Ungo können in San Salvador keine organischen Beziehungen zum FMLN aufrechterhalten, schon allein wegen ihrer persönlichen Sicherheit: Die Armee wird das nicht dulden. Das bedeutet, auch wenn es jetzt zu keinem Bruch kommt, gibt es doch eine Isolierung. Zum Beispiel sind die Kritiken, die FDR und FMLN jetzt von ihren jeweiligen Positionen aus an der Regierung üben, sehr unterschiedlich, nachdem der FDR den Wahlprozeß akzeptiert hat.

Der FMLN muß sich jetzt vor Augen führen, daß Ungo und Zamora für ihn taktische Verbündete waren, die im revolutionären Prozeß unter bestimmten Umständen eine positive Funktion erfüllten. Aber welche Funktion haben sie jetzt mit der Wahlteilnahme? Ich nehme daher an, daß der FMLN bald mit dem FDR bricht, um die eigenen Strukturen zu stärken und sich gegen diese Vorstellungen abzuschotten. Und das wirft ein neues Problem auf, denn wenn die Kriegsbedingungen schon jetzt extrem dogmatische Positionen erzeugen, bedeutet das noch abgeschlossener, dogmatischer und isolierter Haltungen.

Der FMLN hat es niemals geschafft, eine integrierte, balancierte politisch-militärische Linie zu erarbeiten. 1980/81 wurde die ganze politische Struktur zugunsten der militärischen abgebaut. Bis 1984 beherrscht diese vorwiegend militärische Achse die Organisationsstrukturen. 1984 mit der "Versumpfung" des Krieges kommt es zur Rückkehr hin zu den Massen, und hin zu den Massenbewegungen. Wie kann aber eine solche Rückkehr bewerkstelligt werden, ohne die militärischen Strukturen zu schwächen? Woher nimmt man die Kader?

Die Rückkehr zu den Massen 1984 ist nicht mehr als eine Schwächung des Glaubens an die Machtübernahme durch den bewaffneten Kampf. Was dem FMLN geholfen hat, ist die wirtschaftliche Krise. Dadurch wächst die Massenbewegung aus sich selbst heraus, und das ist ein Rekrutierungsfeld für den FMLN. Die Frage ist aber: Wer gewinnt stärker auf diesem Rekrutierungsfeld: der Wahlprozeß oder der bewaffnete Kampf?

Was ist leichter? Die jungen Leute in El Salvador integrierten sich in den bewaffneten Kampf, weil es keine andere Alternative gab. Jetzt gibt es für sie eine. Schon allein die Rückkehr von Leuten, die mit dem FMLN zusammengearbeitet haben, bedeutet für sie, daß die Wahlen eine Alternative sind. Klar, Leute mit revolutionärem Bewußtsein werden wahrscheinlich nicht am Wahlprozeß teilnehmen und sagen: Sie, also Ungo und Zamora, sind politisch auf verlorenem Kurs. Aber wir sprechen nicht von Katern, wir sprechen von den Massen, z.B. von Leuten, die jetzt zum ersten Mal wählen werden, die keine Gelegenheit hatten, ein politisches Bewußtsein auszubilden. Die Jugend in El Salvador "plastifiziert" sich. All diese Modetrends aus Nordamerika breiten sich in unglaublicher Form aus, Trends, die gegen eine Politisierung gerichtet sind. Viele Jugendliche sind auch an christliche Organisationen gebunden, die alles andere sind als Basisgemeinden, sondern z.B. charismatische Gemeinschaften, die sagen, daß alles in den Händen des Herrn liegt, daß man warten muß, bis der Herr die Lage verändert, daß man Nächstenliebe leben muß, die aber nicht darin besteht, die Verhältnisse zu ändern. Andere orientieren sich an der Musik oder der Mode. Dann gibt es ein Programm, das noch nicht ausreichend analysiert wurde und das sich "Junge Unternehmer" nennt. Es wird vollständig von AID aus den USA finanziert und erzieht Tausende im Sinne der Unternehmerideologie. Mit ihm werden kleine Unternehmen mit Krediten versorgt und Stipendien in die USA bezahlt. So etwas gab es 1980 auch nicht. Das ist kein integraler und unaufhaltsamer Prozeß, aber es existiert. Viele Jugendliche, die den Anfang des Krieges und die ganzen Umstände damals nicht miterlebt haben, die aber all die Toten sehen, fragen: Warum das alles?



Der FMLN muß die Veränderungen in den ideologischen Positionen in der Bevölkerung analysieren. Man kann nicht mehr sagen, daß "die Bevölkerung" für den bewaffneten Kampf ist. Klar, es gibt viele Sympathisanten des FMLN, aber sie wollen sich ihm gegenüber nicht verpflichten. 1980 war das anders: damals war es für viele ein Bedürfnis und eine Notwendigkeit, den bewaffneten Kampf zu unterstützen, sich zu organisieren, sich zu integrieren. Und in diesem Zusammenhang ist die Rückkehr von Ungo und Zamora sehr schädlich: Viele Leute, die Duarte Projekt, die dem US-Projekt nicht vertrauen, die wissen, daß es eine Menge Hemmnisse gibt, wie z.B. die Rolle der Armee, haben mit der Rückkehr eine neue Hoffnung: daß sich die Lage auf friedlichem Wege ändern könnte. 65 000 Tote lasten schwer auf den Leuten. Und auf der anderen Waagschale liegen die Erfolge des FMLN. Mit der Verschiebung von der Demokratisch-Revolutionären Regierung zur Regierung der breiten Beteiligung, dann Fusion der Streitkräfte, dann Wahlbeteiligung ist die Erfolgsseite der Linken schwächer geworden - die Opfer der Repression wiegen schwerer und die Leute fragen sich: Warum starben so viele?

Und noch etwas verbietet es, davon zu reden, daß "das Volk" den bewaffneten Kampf unterstützt: ARENA z.B. hat nicht nur eine eigene Konzeption von "Volk", sondern auch die Unterstützung eines Teils dieses Volkes. Denn um für ARENA zu sein, muß man nicht reich sein. Es gibt viele Leute auch der unteren Bevölkerungsschichten, die aus unterschiedlichen Motiven für ARENA sind, sei es, daß sie für jemanden von ARENA arbeiten, sei es über verwandschaftliche Bindungen, sei es weil man von bestimmten Machtpositionen, die ARENA innehatte, profitiert hat usw. Ähnlich ist es bei der Democracia Cristiana, der es gelingt, Leute zu mobilisieren, die - vielleicht nicht aus politischem Bewußtsein, sondern aus Opportunismus, Ignoranz oder materiellen Notwendigkeiten - an den Demonstrationen der Democracia Cristiana teilnehmen. Auch das ist "Volk". Auch in der Armee ist "Volk", vielfach Söhne aus armen Bauern- oder Landproletariat-Familien, die zwangsrekrutiert und indoktriniert wurden. Und all das erzeugt Feindschaft, denn in vielen Fällen geht die Spaltung quer durch die Familien.

Und dann gibt es natürlich die Konzeption von "Volk", die der FMLN hat, die eine objektivere Konzeption ist, nach der "Volk" die ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerungsteile meint, für die sie kämpfen. Aber auch das kann natürlich nicht bedeuten, daß jemand links ist, weil das seiner sozialen Lage entspräche. Das Volk ist nicht homogen, es ist gespalten in viele Lager.

Alle berufen sich auf das Volk. Entscheidend ist aber die politische, revolutionäre Praxis. Oft schädigen die politischen und militärischen Aktionen der Avantgarde, in diesem Fall also des FMLN, Interessen des Volkes, zum Beispiel im Fall von reisenden Kleinhändlern, die ihre Ware in San Salvador kaufen, um sie auf dem Land zu verkaufen - und dann wird der Transportsektor lahmgelegt, oder bei Unter-

brechnungen der Stromversorgung, bei denen kleine Geschäfte verlieren, was sie gekühlt lagern müssen. Man darf nicht nur den militärischen Erfolg der Zerstörung einer Brücke, eines Staudamms sehen, sondern muß auch solche Implikationen bedenken. Wie die Leute aus dem Volk solche Aktionen sehen, hängt von ihrem politischen Bewußtsein ab und davon, wie sie die Möglichkeiten der Avantgarde sehen, die Macht zu ergreifen. Wenn es jetzt eine Lahmlegung des Transportsektors gibt, wird gesagt, das gehört dazu, die Macht zu ergreifen. Aber diese Maßnahmen gibt es seit sechs, sieben Jahren, und die Leute sehen keine Möglichkeit einer solchen Machtübernahme, die Möglichkeit ist eher entfernt.

Man muß also den Begriff "Volk" revidieren, und damit auch die Konzeption von der Avantgarde: Angesichts der kulturellen Vielfalt und der Vielfalt der individuellen Erfahrungswelt ist es sehr schwierig, einen dogmatischen Zusammenhalt um bestimmte politische Vorstellungen herum zu organisieren. Zu den menschlichen Charakteristika gehört die Diskussion, die Abweichung in bestimmten Punkten und deren Auflösung in der Diskussion und in der Praxis. Darum ist die Avantgarde-Konzeption etwas utopisches. In der salvadorensischen Avantgarde, dem FMLN, kämpfen nicht alle mit den gleichen Motiven oder für die gleichen Ziele. Einige kämpfen, weil ihr Bruder getötet wurde, andere, weil ihnen ihr Land geraubt wurde, andere wegen der Ungerechtigkeit im Lande, andere für den Sozialismus usw.

Zur Einschätzung der gegenwärtigen Massenorganisationen muß man in die Vergangenheit zurückblicken. Die Organisationen der 70er Jahre waren eminent politisch. Das Motto des Bloque Popular Revolucionario z.B. war "Organisieren wir uns für den Kampf - nur kämpfend werden wir siegen!" Das strategische Ziel war die Arbeiter-Bauern-Allianz unter Führung des Proletariats. Auch wenn es um die Erhöhung der Bezahlung der Kaffeeplücker ging, war es ein politischer Kampf, da nicht nur die Plücker kämpften, sondern die Studenten dafür streikten, ebenso in Fabriken gestreikt wurde, Bewohner der Armenviertel gingen auf die Straße usw. D.h. eine wirtschaftliche Forderung wird nicht durch die Forderung selbst zu einer politischen, sondern durch die Wirkung, die sie im politischen Spektrum hat. Die Massenbewegungen damals entstanden aus einem klaren politischen Projekt, und die Organisationen leugneten ihre Beziehungen zu den politisch-militärischen Organisationen nicht.

Heute sieht die Lage anders aus. Während vorher die wirtschaftlichen Forderungen in eine politische Massenstrategie integriert wurden, geht man heute nicht von einer politischen Plattform aus, sondern von den wirtschaftlichen Forderungen, von denen aus man zur politischen Ebene gelangen will. Das heißt nicht, daß das falsch ist, denn die Bedingungen haben sich geändert, sondern es soll nur aufzeigen, daß die Massenorganisationen jetzt einen anderen Charakter haben. Sie gehen jetzt von einer Einheit der Armut, der niedrigen Löhne aus. Von da soll auf eine politische Ebene gesprungen werden, mit der Forderung nach dem Dialog usw. Die Führung der Massenorganisationen

hat ein ausgeprägtes politisches Bewußtsein und ist sich darüber im Klaren, daß eine politische Bewegung geschaffen werden muß. Aber in der Mehrheit besteht ein solches Bewußtsein nicht, jetzt kann man von einer solchen Massenbewegung nicht sprechen. Und auch in diesem Zusammenhang ist die Rückkehr von Ungo und Zamora sehr gefährlich.

Und noch eine Wort zum FMLN, eine Art Vorhersage, die erst in der Zukunft überprüft werden kann. Die interne Situation im FMLN wird sich mit der Spaltung zwischen FDR und FMLN polarisieren. Es wird Probleme mit Leuten geben, die sich für den bewaffneten Kampf ausgesprochen aber Wahlen als Option nie aufgegeben haben und die jetzt mit der Eröffnung eines politischen Spielraums versuchen werden, den bewaffneten Kampf zugunsten der Wahlen zurückzustellen. Daraus können Diskussionen entstehen, die zu Spaltungen des FMLN führen, vielleicht nicht in dem Sinn, daß die einzelnen Organisationen sich spalten, aber durch den möglichen Austritt und die Übernahme eines Beobachterstatus durch eine Organisation. Da sind viele Möglichkeiten denkbar. Das wäre natürlich eine Schwächung des FMLN. Auch in den revolutionärsten Organisationen, FPL und ERP, gibt es Leute, die mit der Möglichkeit von Wahlen kokettieren. Die Solidaritätsbewegung in Europa muß vor diesem Hintergrund zu einer Art bedingter Solidarität gelangen. Es handelt sich nicht mehr darum, dem FMLN als einem einheitlichen Ganzen Solidarität entgegenzubringen, obwohl das eines der Hauptargumente gegen jede Form alternativer Überlegungen ist: "Wir sind einiger als je zuvor!" Die Realität zeigt das Gegenteil. Angesichts dessen muß die Solidaritätsbewegung diskutieren, welches die Organisationen sind, die noch ein revolutionäres politisches Projekt fortführen und welches die Organisationen sind, die in der Solidaritätsbewegung das Vertrauen darin schaffen können, daß sie dieses politisch-militärische Projekt bis zu den letzten Konsequenzen aufrechterhalten. Diese Organisationen brauchen diese Solidarität stärker denn je zuvor, denn die internationale Isolierung wird schrecklich sein. Es handelt sich also nicht darum, die Solidarität mit dem FMLN aufzukündigen, sondern darum, den FMLN nicht als Einheit zu sehen und mit dem Volk gleichzusetzen. Der FMLN muß als Zusammenschluß von fünf Organisationen gesehen werden, die alle ein unterschiedliches politisches Projekt haben, jedenfalls bestimmte Unterschiede. Was es eben nicht geben soll, ist eine apolitische Solidarität mit einem politischen Projekt, die nur zwischen den "Guten" und den "Bösen" unterscheidet und dann die "Guten" unterstützt, die auf Seiten des Volkes stehen, ohne daß es eine Rolle spielt, ob das Volk wirklich in der angeblichen Avantgarde vertreten ist. Hier hat die Solidaritätsbewegung eine große Aufgabe, nämlich sich zu politisieren, und das heißt nicht, zwischen Volk und Regierung zu unterscheiden, sondern die bestehenden politischen Projekte zu analysieren. Die Solidarität muß also bedingt sein, dadurch bedingt, daß diese Diskussion entsteht, daß diese Widersprüche ausgetragen werden und die Tatsache, daß sie bekanntgemacht werden, nicht als Schachzug des CIA gewertet wird. Es geht vielmehr darum, den revolutionären Prozeß zu stärken, denn nur wo Reibung ist, entsteht Bewegung, ein Prozeß ohne Reibung ist Utopie.

Die Radios der FMLN

Die offiziellen Medien in El Salvador

Um die Bedeutung der FMLN-Radios im politischen Kampf in El Salvador darzustellen, sollen zuvor kurz die offiziellen Medien des Landes vorgestellt werden: In El Salvador, von der Größe mit Hessen vergleichbar, gibt es sechs Fernsehkanäle. Die Kanäle 2, 4 und 6 befinden sich in privater Hand und werden von ihrem Eigentümer Boris Ezersky aus Werbeeinnahmen finanziert. Das Programm, hauptsächlich bestehend aus Sport- und Unterhaltungssendungen, wird aus den USA und Mexiko importiert, lediglich 4 % der Sendezeit ist für Nachrichten vorgesehen. Die Regierung hat sich gesetzlich auf den privaten Kanälen Sendezeit vorbehalten und so wird auf den Kanälen 8 und 10 ein Schulfernsehprogramm unter maßgeblichem Einfluß der christdemokratischen Partei (PDC) gesendet. Kanal 12, ebenfalls in privater Hand und ausgesprochen regierungsfreundlich, wird vom christdemokratischen Venezolanischen Institut für Erziehung (IVEPO) sowie von den bundesdeutschen Christdemokraten beraten bzw. finanziert. Neben dem Satellitenfernsehen bieten diese sechs Kanäle insgesamt 90 Stunden Programm pro Tag.

Die größte Tageszeitung El Salvadors ist "La Prensa Gráfica", eine Morgenzeitung mit einer täglichen Auflage von 93 803 Exemplaren, sonntags sind es 10 000 mehr. Diese Zeitung existiert seit 72 Jahren mit bürgerlich-liberaler Tendenz und wird von der extremen Rechten als regierungsfreundlich bezeichnet.

"El Diario de Hoy", ebenfalls eine Morgenzeitung, wird täglich mit 77 698 Exemplaren aufgelegt und besteht seit 50 Jahren. Sie ist das Sprachrohr der Rechten, insbesondere der ARENA-Partei und kritisiert von diesem Standpunkt aus die Regierung.

"Diario Latino" ist eine Abendzeitung und befindet sich seit 86 Jahren in den Händen der PDC.

"El Mundo", eine Abendzeitung mit einer Auflage von ca. 50 000 Exemplaren besteht seit 21 Jahren und wird von regierungsfreundlichen sowie rechtsextremen Kreisen abfällig als "rotes Blatt" bezeichnet, da es Gewerkschaften und anderen Volksorganisationen Platz für bezahlte Anzeigen zur Verfügung stellt (campos pagados).

Abgesehen von El Mundo orientieren sich diese Tageszeitungen alle am Counter-Insurgency-Konzept der USA.

Neben Tageszeitungen und Fernsehen gibt es in El Salvador mehr als 50 Rundfunkstationen. Die wichtigsten davon sind Radio Cadena Sonora, YSKL und YSU, die seit langem in privater Hand existieren und versuchen, ihren minimalen Spielraum auszunutzen und relativ objektiv über das politische Geschehen im Land zu berichten. Aus diesem Grunde kam es in der Vergangenheit wiederholt zu Angriffen der Regierungstruppen gegen den Sender und der vierte Sender, Radio Central, mußte 1983 seine Sendetätigkeit einstellen.

Weitere Radiostationen sind "Radio Nacional", ein Regierungssender, "Radio Cuscatlan", ein Armeesender, und "Radio Libertad", das sich im Besitz der Duarte-Familie befindet und von der Konrad-Adenauer-Stiftung finanziert wird. "Radio Orientación", von der Regierung gegründet, sendet im Stil der revolutionären Radios, um die Bevölkerung zu verwirren und "Radio Stereo Yes" steht ganz unter US-amerikanischem Einfluß, verbirgt sich aber ebenfalls hinter revolutionärer Sprache und Musik.

Unter der Leitung von Adolfo Rey Prendes wurde 1985 ein Kultur- und Kommunikationszentrum eingerichtet, in das die USA acht Millionen Dollar investierten und bis heute mit weiteren Millionen unterhalten. Rechten und regierungsfreundlichen Kreisen stehen somit eine Vielzahl von Medien für ihre Informationspolitik zur Verfügung, im krassen Gegensatz zu linken und liberalen Positionen, deren Zeitungen und Rundfunksender gewaltsam zum Schweigen gebracht worden sind, wie z.B. der katholische Sender YSAK und die Büros der Zeitungen "La Crónica del Pueblo" und "El Independiente". Seit 1980 sind 21 in- und ausländische Journalisten ermordet worden, weitere 20 wurden von Regierungstruppen verwundet, zwei gelten als vermißt, mehr als 40 wurden gefangengenommen und mehr als 70 wurden von Armeemitgliedern gefoltert. Nicht zuletzt macht der Ausnahmezustand eine kritische Presse unmöglich.

Zur umfassenden Kontrolle des Informationssektors wurde die Nachrichtenagentur El Salvadors, SISAL, gegründet, die über den Interpress Service, IPS, ihre Meldungen ans Ausland weitergibt und von dem bereits erwähnten IVEPO sowie den bundesdeutschen Christdemokraten beraten und finanziert wird. Das 1980 gegründete COPREFA, das Pressekomitee der Streitkräfte, ist für die Verbreitung der Armeemeldungen zuständig und USIA, der eigene Informationsservice des Weißen Hauses in El Salvador, verbreitet Nachrichten im Sinne des Counter-Insurgency-Programmes. Hier werden auch Stipendien für Journalistik-Studenten vergeben. Seit 1986 ist es sämtlichen Radiostationen untersagt, Botschaften der FMLN/FDR zu verbreiten. Das COPREFA kontrolliert alle in- und ausländischen



Flüchtlingslager in El Salvador

Journalisten und hat ein Nachrichtenverbot über sämtliche Aktionen der FMLN erlassen. Das Dekret zum Ausnahmezustand verbietet darüber hinaus solche Nachrichten, die von der Regierung als 'destabilisierend' eingestuft werden.

Die Radios des Volkes

Bei einer Analphabetenrate von ca. 60 % in El Salvador hat das Radio große Bedeutung für die Information der Bevölkerung, denn selbst die arme Bevölkerung in der Stadt und auf dem Land kann sich ein Gerät leisten und die batteriebetriebenen Geräte sind auch dort einsatzfähig, wo es keinen Anschluß ans Stromnetz gibt. In den 70er Jahren besetzten Einheiten der Guerilla mehrmals kommerzielle Sender, um über Tonbänder ihre Idee vom revolutionären Kampf der Bevölkerung nahezu bringen. Als die gesamte Opposition durch brutale Repression 1980 in den Untergrund getrieben und alle Formen des offenen Protestes unmöglich wurden, mußte die Linke nach Alternativen für die Verbreitung ihrer Ideen suchen. Trotz ungünstiger geographischer Bedingungen für die Guerilla - es gibt keine unzugänglichen Berge und Urwälder, das Land ist dicht besiedelt - existieren seit sieben Jahren die

beiden Radios der FMLN: "Radio Venceremos" und "Radio Farabundo Martí".

Radio Venceremos war der erste Sender, der am 10.1.1981 während der Generaloffensive der FMLN aus Morazán zu senden begann. Ein Jahr später – am 22.1.1982 – nahm Radio Farabundo Martí in Chalatenango, 70 km von der Hauptstadt San Salvador entfernt, seine Arbeit auf. Seit sechs Jahren senden beide Radios ohne Unterbrechung.

Die Sendungen der Radios beschäftigen sich mit der Arbeit der Kooperativen und ihrer Funktion in den von der FMLN kontrollierten Zonen. Sie berichten über Alphabetisierungskampagnen, Gesundheitsversorgung und Möglichkeiten der Selbsthilfe ebenso, wie über die Massenbewegung in den Städten und auf dem Land, Austausch von Kriegsgefangenen, Massaker der Armee, Bombardierungen und Zwangsumsiedelungen und die Auslandsschulden und ihre Auswirkungen auf die salvadorianischen Familien.

Die Zielgruppen

Die primären Zielgruppen setzen sich aus den Kämpfern und Aktivisten der FMLN, den Millionen von salvadorianischen Flüchtlingen innerhalb und außerhalb des Landes und den Mitgliedern der Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und politischen Organisationen zusammen. Für die Flüchtlinge stellen die Radios eine Informationsquelle über die Situation in ihren Heimatorten dar. Mit den Predigten der Priester, die in den von der FMLN kontrollierten Gebieten arbeiten, richten sich die Radios an die christlichen Basisgemeinden im Land.

Die Bedeutung der Radios für die politische Opposition im Lande ist an der Reaktion der Gegner ersichtlich: Seit 1981 wurde Radio Venceremos immer wieder militärisch angegriffen, am Guazapa-Vulkan und auf US-Schiffen im Golf von Fonseca wurden Störstationen eingerichtet. Die Radios haben den Angriffen bis heute widerstanden, sie haben ihre Reichweite verstärkt und sind auf Kurzwelle in ganz Zentralamerika zu empfangen.

Aus naheliegenden Gründen ist es natürlich nicht möglich, die Einschaltquote der Radios zu ermitteln. Daß deren Sendungen auf jeden Fall eine zahlreiche Zuhörerschaft erreichen, läßt sich an der Befolgung von Aufrufen durch die Radios ablesen: Kündigt die FMLN über die Radios Verkehrsstilllegungen an, so reagiert die Zivilbevölkerung darauf und bleibt zu Hause.

Die Radios der FMLN – Eine klare Stimme auf dem Weg zum Sieg!

Internationale Kampagne zur Unterstützung von Radio Venceremos und Radio Farabundo Martí

Radio Venceremos und Radio Farabundo Martí kämpfen täglich gegen den psychologischen Krieg, den die nordamerikanischen Militärberater führen, um ihre Barbarei und Ungerechtigkeit gegen das salvadorianische Volk zu verschleiern.

Seit die Radios der FMLN mit ihren Sendungen angefangen haben, waren sie politisches und militärisches Angriffsziel des Regimes, das mindestens ein Dutzend Operationen in den Departements Chalatenango und Morazán, den Standorten der Radios, durchgeführt hat, um sie zu zerstören.

Angesichts der Unfähigkeit, die Radios zum Schweigen zu bringen, hat das Regime einerseits Störsender auf ihrer Frequenz eingesetzt und andererseits seinen Propaganda-Apparat verstärkt, z. B. mit der Gründung des Ministeriums für Kultur und Kommunikation und des Pressekomitees der Streitkräfte (COPREFA). Das Regime kontrolliert außerdem fast alle Programme des Fernsehens und die meisten Zeitungen.

Als die Radios mit ihrer Arbeit angefangen haben, gab es auf dem ganzen nationalen Territorium 80 Sender der Regierung, heute gibt es 120 – die meisten auf UKW – um die 5 UKW-Sender von Radio Venceremos und Radio Farabundo Martí zum Schweigen zu bringen.

Gegen diesen ganzen Apparat mit seiner Desinformation arbeiten die Radios der FMLN und dringen täglich durch die Gitter der Gefängnisse und die Mauern der Kasernen. Sie sind präsent in den Lagern der Flüchtlinge und Vertriebenen und in den Häusern der Arbeiter, Bauern, Angestellten und Studenten, die Positionen hören wollen, die ihnen helfen, die nationale Wirklichkeit zu verstehen.

Mit der Kampagne sollen Radio Venceremos und Radio Farabundo Martí unterstützt werden. Das Ziel ist die Stärkung dieser Informations- und Kommunikationsorgane sowohl was die politische Unterstützung und eine Öffnung der Massenmedien in Europa betrifft als auch was die Beschaffung von Materialien und technischer Ausrüstung angeht, die es den Radios ermöglichen, dem psychologischen Krieg und der Desinformation entgegenzutreten, mit denen die salvadorianische Regierung und die US-Regierung versuchen, die Fortschritte unseres Volkes im aktuellen Prozeß des demokratisch-revolutionären Kampf zu verdecken.

Die FMLN ruft Euch auf zur Unterstützung der Kampagne unter der Parole:

Die Radios der FMLN – Eine klare Stimme auf dem Weg zum Sieg!
¡Con voz firme avanzamos hacia la victoria!

KONTAKTADRESSEN:

Vertretung der FMLN/FDR in der BRD · Schumannstraße 13 · 5300 Bonn 1

Radio Venceremos-Büro · Scharnhorststraße 6 · 5000 Köln 60

Unterstützer-Gruppe für die Radios der FMLN c/o Lateinamerikazentrum
Crellestraße 22 · 1000 Berlin 62

SOLIDARITÄTSKONTEN:

M. Cornejo/R. Ribera – FMLN/FDR – El Salvador
Bank für Gemeinwirtschaft · BLZ 360 101 11 · Konto-Nr. 1205378300
Kennwort: Unterstützung der FMLN-Radios

Karl Müller (Radio Venceremos)
Bank für Gemeinwirtschaft · BLZ 360 101 11 · Konto-Nr. 2106872500
Kennwort: Unterstützung der FMLN-Radios

Lateinamerikazentrum · Postgiroamt Berlin · BLZ 100 100 10 · Konto-Nr. 339043-106
Kennwort: Unterstützung der FMLN-Radios

BRASILILIEN

Sarneys Tage sind gezählt

Immer mehr Anzeichen deuten darauf hin, daß es in Brasilien noch in diesem Jahr zu Präsidentschaftswahlen kommen wird. Der vorentscheidende Systematisierungsausschuß der "Verfassungsgebenden Versammlung" hat für eine vierjährige Amtszeit des Präsidenten votiert, eine schwere Niederlage für Sarney, der mindestens fünf Jahre im Amt bleiben wollte. Aber er hat inzwischen so an Ansehen verloren, daß ihm kaum noch irgendjemand die Kompetenz zuspricht, eine Entscheidung zu treffen. Und so begann nach dem Scheitern der Wirtschaftsprogramme die Demontage des Präsidenten, die nun geglückt zu sein scheint.

Sarney war nie ein populärer Präsident. Nur der Tod Tancredo Neves brachte ihn ins Amt, so daß ein Mann, der gerade noch den Militärs gedient hatte, nun der Präsident der (ehemaligen) Opposition wurde. Die Person Sarneys verkörpert den Widerspruch des Demokratisierungsprozesses in Brasilien: Er wurde in einem Arrangement mit den Herrschenden vollzogen, und ein großer Teil der Politiker aus dem Lager der Militärs schaffte rechtzeitig den Sprung in die zur Regierungspartei sich wandelnde Opposition. So konnte der Ex-Generalsekretär der PDS (Partei der Militärs) zum ersten zivilen Präsidenten nach 20 Jahren Militärdiktatur werden, gewählt als Kandidat der Opposition.

"Es ist die Hölle" (Bresser Pereira)

Was Sarney nun den Kopf kostet ist die katastrophale Bilanz seiner Wirtschaftspolitik. Nach dem Scheitern des "Plano Cruzado" (Währungsreform + rigider Preisstop) im Jahre '86 ist die Wirtschaftspolitik ohne wirkliches Konzept. Ausdruck davon ist der immer schnellere Wechsel der Finanzminister (Das Finanzministerium ist federführend für die Formulierung der Wirtschaftspolitik. Ein Wirtschaftsministerium gibt es nicht). Der Nachfolger Funoros (verantwortlich für den "Plano Cruzado"), Bresser Pereira, konnte sich nur wenige Monate im Amt halten. Sein im Juni vorgelegtes Sparprogramm (vgl. LN 161/162) muß schon als gescheitert gelten. Es hat zwei entscheidende Ziele nicht erreicht: die Eindämmung der Inflation und die Verringerung des Haushaltsdefizits. Die Inflationsrate hat für das Jahr 1987 die neue Rekordmarke von 385% erreicht. Das Haushaltsdefizit sollte auf 3,5% des Bruttosozialprodukts gesenkt werden, in der Endabrechnung für 1987 wird es aber bei 7% liegen. Damit wird die interne Staatsverschuldung sich auf 70 Milliarden Dollar summieren. Dramatisch ist diese Entwicklung, weil sie das Ergebnis eines Austeritätsprogrammes der Regierung ist. Die letzten Wirtschaftspläne haben trotz erklärter Sparmaßnahmen ein Erhöhung des Haushaltsdefizits nicht verhindern können.

Ausschlaggebend dafür war zum einen der überproportionale Anstieg der Löhne und Gehälter für die Militärs und den öffentlichen Dienst. Die Regierung mußte hier massivem Druck - bis hin zu lokalen Militärrevolten - nachgeben. Zum anderen ist das Defizit des staatlichen Sektors höher ausgefallen als erwartet. Die Regierung Sarney besitzt offensichtlich keine Autorität, um ein Sparprogramm - insbesondere gegen die mächtigen Interessensgruppen des staatlichen Sektors - durchzusetzen. Leidtragende sind allemal die, die am wenigsten verdienen. Sie bleiben Opfer der Sparmaßnahmen. Der Mindestlohn hatte Anfang letzten Jahres seinen historischen Tiefstand (70-80 DM) erreicht und hat sich trotz einiger Anhebungen bis heute nicht erholt. Die geradezu wahnwitzigen Gehaltsunterschiede sind nicht angetastet worden. Und so ist es auch symptomatisch, weshalb Bresser Pereira seinen Hut nehmen mußte: Nicht etwa wegen des Scheitern seines Wirtschaftsprogramms, sondern weil er eine progressive Besteuerung von Kapitalerträgen mit sofortiger Wirkung - im Rahmen einer Steuerreform - einführen wollte. An den neuen Finanzminister Mailson Nobrega, einen biedereren Karrierebeamten, knüpft nun niemand mehr große Erwartungen.



Ich habe folgenden Plan ...



Mailson Nobrega,
der neue Minister

Fritierte Minister

Die Wirtschaftspolitik ist - wie angesichts der schlimmen Lage auch nicht anders zu erwarten - das innenpolitische Streitfeld. Damit sind die Ablösungen der Finanzminister auch Teil des politischen Machtspiels. Sowohl Funaro wie auch Bresser Pereira sind von Sarney - wie man in Brasilien sagt - "fritiert" (fritar) wor-

den. Ihrer Demission ging eine Reihe von öffentlichen Demütigungen voraus, sie hatten für ihre Politik offensichtlich keine Unterstützung durch den Präsidenten, ohne daß dieser dies deutlich erklärte. Sarney scheint sich davon zu erhoffen, seine Verantwortung für den wirtschaftlichen Niedergang zu minimalisieren. Die Finanzminister waren alle Mitglied der PMDB, der bei weitem größten Partei der Regierungskoalition. Symptomatisch war die Auswahl von Bresser Pereira. Ulysses Guimarães, der Führer der PMDB, hatte Sarney eine Liste von vier Namen vorgelegt, Bressers Name stand an letzter Stelle. Das war anscheinend für Sarney seine entscheidende Qualifikation. D.h. der Finanzminister hatte von Anfang an weder die volle Unterstützung des Präsidenten noch seiner eigenen Partei, er wurde von beiden Seiten frittiert.



Auch die Militärs rücken von Sarney ab

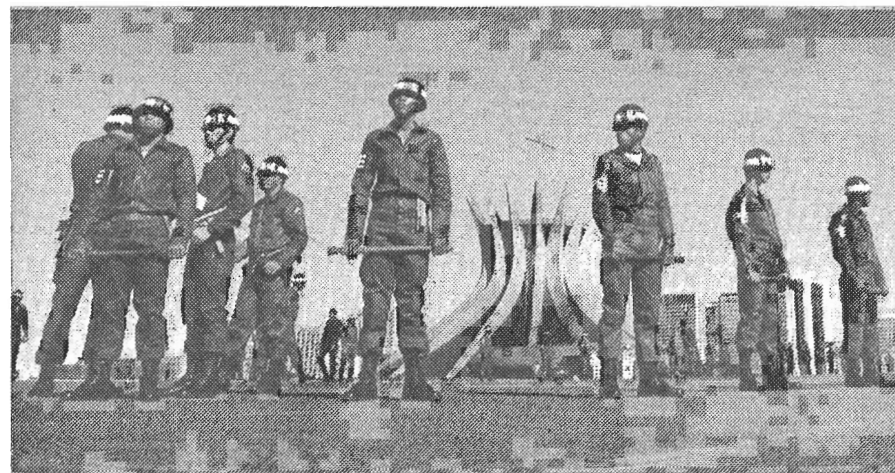
Die verschiedenen politischen Kräfte sind im Augenblick nur in der Lage sich gegenseitig zu desavouieren - was sie eifrig tun - legen aber damit praktisch alle weiterreichenden wirtschaftlichen Sanierungsversuche lahm, die Politik verharrt in Agonie und immer häufiger wird der alte Spruch zitiert: "Brasilien geht es besser, wenn der Präsident weniger arbeitet und der Finanzminister nicht im Amt ist." Aber langsam zeichnet sich dabei die weitere Entwicklung ab. Das Bewußtsein, daß es so nicht weiter geht, wächst, und als einziger Ausweg erscheinen möglichst rasche Präsidentschaftswahlen. Der linke PMDB - Flügel fordert schon seit geraumer Zeit einen sofortigen Bruch mit dem Präsidenten, was von dem

Mitte - Rechts Lager bisher vermieden wurde. Und nachdem selbst führende Militärs Wahlen noch in diesem Jahr als zwingend angesehen haben, scheinen Sarneys Tage endgültig gezählt. Und so kann man nun, statt Politik zu betreiben, den Wahlkampf vorbereiten.

Zerfällt die PMDB?

Für die PMDB sind die Präsidentschaftswahlen zunächst die Rettung. Der Wahlkampf bietet die Möglichkeit, die realen Probleme demagogisch aufzulösen. Welch ein Segen nun, daß der Präsident nicht aus dem Lager der PMDB stammt, er kann nun für das Scheitern des ersten Anlaufs der "Neuen Republik" verantwortlich gemacht werden. Alles liegt daran, daß der Präsident noch ein Mann der Militärs war, erst ein wirklich demokratisch gewählter Präsident wird den versprochenen Umschwung herbeiführen können. Und man hofft auf das kollektive Vergessen, denn schließlich hatte die PMDB dieser Art des Übergangs zugestimmt und in besseren Zeiten (Plano Cruzado) ganz anders über ihren Präsidenten geredet.

Nur - wer soll der Präsidentschaftskandidat der PMDB werden? Kaum ist die Diskussion darüber eröffnet, zeigt sich, ein wie diffuses Bündnis verschiedenster Kräfte diese Partei ist. Das war schon vorher kein Geheimnis, und in der Verfassungsgebenden Versammlung hatte sich der PMDB-Block schon in verschiedene Gruppen aufgelöst, aber bisher hatte doch die Regierungsübernahme und die partielle Opposition zu Sarney die Partei zusammengehalten. Die Konservativen in der Partei erhielten in den letzten Wochen großen Auftrieb. Sie hatten in der Verfassungsgebenden Versammlung einen parteiübergreifenden Block ("Centrão") gebildet, der alle Abstimmungen für sich entscheiden konnte. Das war eine bittere Niederlage insbesondere für Mario Covas, den Führer der PMDB in der Verfassungsgebenden Versammlung. Covas, dem linken Parteiflügel zugerechnet, hatte als einer der ersten seinen Anspruch auf eine



Der Präsident in der Kirche - unter verstärkter Bewachung

Kandidatur zur Präsidentschaft angemeldet. Als Antwort auf die Formierung der Konservativen hat sich auch eine Gruppe der gemäßigten Linken ("Historicos") um den ehemaligen Gouverneur von São Paulo, Moreira Franco, zusammengeschlossen, um die Übernahme des Parteiapparats durch die Konservativen zu verhindern. Im Falle eines Durchmarsches der konservativen Kräfte ist die Einheit der Partei von den Linken, die aber selbst keine homogene Gruppe bilden, bereits ausdrücklich in Frage gestellt worden. Die besten Chancen, sich innerhalb der Partei durchzusetzen werden im Augenblick Orestes Quéricia eingeräumt, dem Gouverneur von São Paulo, einem jüngeren, eher technokratisch orientierten Politiker. Aber die Chancen seiner Kandidatur werden davon abhängen, ob Ulysses Guimarães tatsächlich aus Altersgründen nicht kandidieren wird.

Das rechte Spektrum der PMDB verfügt über keinen populären Kandidaten, aber es ist gut möglich, daß große Teile der Partei einen Kandidaten unterstützen werden, der nicht der PMDB angehört, nämlich Antonio Erimírio de Moraes.

Brizola führt in den Umfragen

Erimírio ist zweifelsohne der Top - Kandidat der Rechten. Der Unternehmer liegt bei einer ersten Umfrage an zweiter Stelle der Bewerber, ein exzellentes Ergebnis, das ihn zu einer parteiübergreifenden Integrationsfigur der Rechten machen kann.

Bei derselben Umfrage hat Leonel Brizola, der ehemalige Gouverneur von Rio, den ersten Platz belegt (mit 15% der Nennungen). Brizola, ein Linkspopulist, gehört noch zu der alten Politikergarde von vor 1964 (dem Jahr des Militärputsches). Er ist ein rotes Tuch für die Militärs und hat von Anfang an in konsequenter Opposition zur Regierung Sarney gestanden. Das hat in letzter Zeit seit Popularität wieder anwachsen lassen. Aber der Apparat seiner Partei (PDT), die ganz auf seine Person ausgerichtet ist, ist schwach, insbesondere im Norden und Nordosten.

Dieses Dilemma teilt Lula, dessen Kandidatur bereits von der PT, der linken Arbeiterpartei, bekanntgegeben wurde. In São Paulo und anderen Metropolen durchaus populär, wird Lula in weiten Teilen des Landes kaum Stimmen gewinnen können. Die Liste der Kandidaten ist damit keineswegs vollständig, und der Dschungel der brasilianischen Politik wird da noch so manche Überraschung bereithalten. Aber ein gründliches Durcheinanderwirbeln der Parteien - die diesen Namen kaum verdienen - wird sicherlich mit den Präsidentschaftswahlen verbunden sein. Fraglich ist es, ob der neue Präsident, wie er auch heißen mag, mit dem Dilemma der "Neuen Republik" ein Ende machen kann: Sie hat ganz die Macht- und Wirtschaftsstrukturen der alten übernommen und lebt von dem Arrangement mit den "Herren der Macht". Nur Lula könnte, in Verbindung mit einer sozialen Mobilisierung, eine ganz andere Perspektive eröffnen. Aber daß der nächste Präsident Brasiliens Luis Inacio Lula da Silva heißen wird, wagt wohl niemand zu hoffen.

Constituente contra Indios

Die "neue Republik" will sich eine neue Verfassung geben. Zu diesem Zweck wurde am 15. November 1986 eine Verfassungsgebende Versammlung (Constituente) gewählt. Waren an die Ausarbeitung der neuen Verfassung anfangs noch große Hoffnungen geknüpft - Gewerkschaften und die Bewegung der Landlosen hatten Kampagnen initiiert, um progressive Forderungen einzubringen - , so ist inzwischen Ernüchterung eingekehrt. Zum einen ist die Euphorie in den quälenden Kleinkämpfen der Ausschüsse zerrieben worden, zum anderen wurde bald deutlich, daß die Konservativen - wenn es darauf ankommt - über eine bequeme Mehrheit verfügen.

Dennoch sind die ersten Ergebnisse durchaus widersprüchlich. Der vorentscheidende "Systematisierungsausschuß" hat nun einen ersten Verfassungsentwurf vorgelegt. Dieser kann aber noch in der Vollversammlung modifiziert werden. Ein endgültiger Termin für die Verabschiedung der Verfassung ist noch immer nicht abzusehen. In vieldiskutierten Fragen haben sich im Systematisierungsausschuß folgende Positionen durchgesetzt:

- Die Amtszeit des Präsidenten wird auf vier Jahre festgesetzt.
- Das bisherige Präsidialsystem soll durch ein parlamentarisches System mit einem Ministerpräsidenten (à la Frankreich) ersetzt werden.
- Die Rolle der Militärs bleibt wie sie war: Die Militärs sind für die "nationale Sicherheit" zuständig, d.h. ihr Eingreifen ist auch aufgrund einer innenpolitischen Entwicklung möglich. Der Versuch, die Militärs auf eine außenpolitische Rolle zu beschränken, ist an wütenden Protesten einiger Militärführer gescheitert.
- Die Formulierungen über die Agrarreform sind unzureichend. Insbesondere sehen sie einen Entschädigungsmodus vor, der eine entschärfte Agrarreform schon aus finanziellen Gründen unwahrscheinlich macht.
- Trotz einer Kampagne von Rechts wird die Forderung nach Einführung der Todesstrafe abgelehnt.
- Eine Beschäftigungsgarantie, die eine grundlose Kündigung von Arbeitern verhindern soll, ist im Verfassungsentwurf enthalten.

Gegen den letzten Punkt haben die Konservativen schon eine Mobilisierung angekündigt, so daß seine Übernahme in die Verfassung ungewiß ist. Ebenso unsicher ist, ob das parlamentarische System wirklich in der Vollversammlung eine Mehrheit erhält.

Ein besonders bitteres Kapitel betrifft die Stellung der Indios in der neuen Verfassung. Wie es dazu kommen konnte, zeigt der folgende Artikel.

Ab Mitte August berichtete die einflußreiche Tageszeitung "O Estado de São Paulo" an mehreren Tagen in einer groß aufgemachten Serie von Artikeln über angebliche Machenschaften des katholischen Indianermissionsrates CIMI, die sich gegen die nationale Souverä-

nität Brasiliens richten sollen. Die Zeitung warf den CIMI-Mitarbeitern vor, Geld von multinationalen Konzernen entgegengenommen zu haben, um die Ausbeutung von Bodenschätzen in Indianergebieten Brasiliens zu hintertreiben. Auf diese Weise wollen sich nach Darstellung des "Estado" die Multis, die in anderen Ländern die gleichen Bodenschätze abbauen, Marktvorteile verschaffen und ihre brasilianischen Konkurrenten aus dem Rennen werfen. Finanzielle und ideologische Unterstützung soll der Indianermissionsrat auch von einer "Christian Church World Council" genannten Organisation erhalten haben. Der "O Estado de São Paulo" behauptete außerdem, es sei das erklärte Ziel des CIMI, die Souveränität Brasiliens in den von Indianern besiedelten Gebieten einzuengen und im Grenzbereich unabhängige Indianerstaaten zu gründen. Der gemeingefährlichen Absicht der Schwächung der Nation diene auch der Vorschlag des CIMI, den Begriff der "pluriethnicidade" in die neue Verfassung aufzunehmen: Der CIMI will mit diesem Begriff zum Ausdruck bringen, daß es sich beim brasilianischen Volk nicht um eine kulturelle, religiöse und ethnische Einheit, sondern um eine Vielfalt unterschiedlicher und untereinander gleichberechtigter und gleichwertiger Kulturen handelt. Der "Estado" meint dagegen, daß damit die Spaltung Brasiliens vorprogrammiert sei.

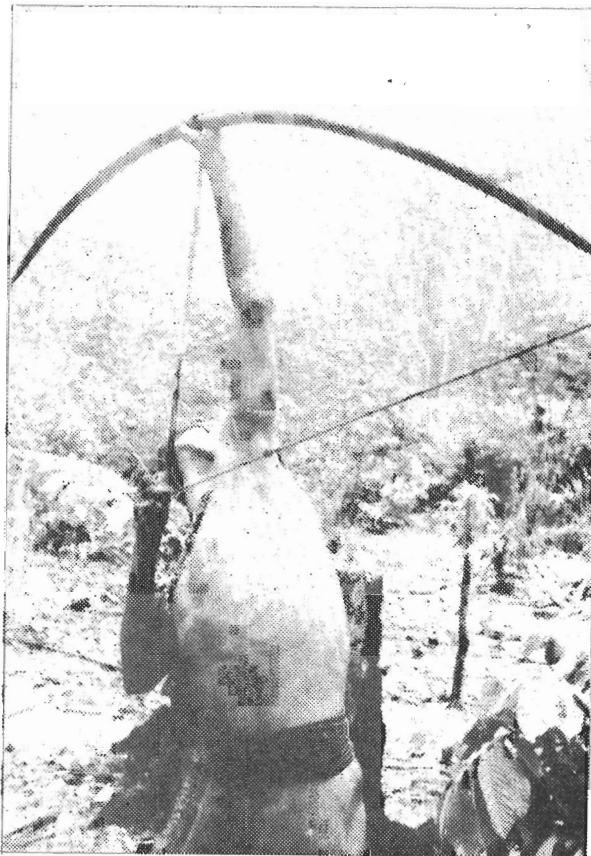


"Für eine freie und demokratische Verfassung"

Die Vorwürfe der konservativen Zeitung haben beträchtliches Aufsehen in der brasilianischen Öffentlichkeit erregt. Die katholische Kirche des Landes sah sich einer in dieser Schärfe bisher nicht gekannten Verleumdungskampagne ausgesetzt und reagierte prompt mit zahlreichen Dementis und Angriffen gegen die vermuteten Initiatoren der Artikelserie: die schon öfters vom CIMI attackierten Bergwerkskonzerne. Das Fernsehen, vorneweg der immer mehr den Markt beherrschende TV Globo, berichtete ausführlich über die Vorfälle und verschärfte die Stimmung gegen den CIMI und die sogenannten "Ausländer", die in dieser Unterorganisation des CNBB (Nationale Bischofskonferenz Brasiliens) beschäftigt sind und das angebliche Komplott vorbereitet und durchgeführt haben. Befürworter und Gegner der katholischen Indianerpolitik meldeten sich zu Wort und entfachten eine derart hitzige Debatte, daß es schließlich zur Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission kam. Aber auch diese Kontrollinstanz, die sich aus 18 Parlamentariern zusammensetzte, konnte allein schon aufgrund ihrer parteipolitisch und ideologisch heterogenen Zusammensetzung die Vorfälle nicht aufklären. Dabei waren die Aussagen der beiden "Estado"-Direktoren Júlio de Mesquita Neto und Oliveiros Silva Ferreira, die im September von der Kommission befragt wurden, alles andere als ergiebig: Sie legten keine konkreten Beweise vor, sondern in Einzelfällen nur Kopien der ihnen zur Verfügung stehenden und angeblich den CIMI belastenden Schriftstücke. In Bezug auf ihren wichtigsten Informanten, einen gewissen Mauro Nogueira, der unter Vorspiegelung falscher Tatsachen im Juni dieses Jahres frei zugängliche Texte aus der CIMI-Bibliothek in Brasília kopiert hatte, äußerte sich Mesquita nicht und verwies auf das im Pressegesetz verankerte Schweigerecht. Einige der Kommission zur Verfügung gestellten Dokumente waren von derart schlechter Qualität, daß sie kaum lesbar waren, andere wichtige Papiere hatten die "Estado"-Direktoren "zufällig" nicht bei sich. Bei den übrigen "Beweisstücken" handelt es sich ganz offensichtlich um gefälschte Briefe, die aus der Feder des aus Österreich stammenden CIMI-Sekretärs Antonio Brand stammen sollen, und um Berichte aus dem "Estado" und anderen Zeitungen, die generell den CIMI und die katholische Kirche angreifen, also auch ihre Tätigkeit in Bereichen wie der Agrarreform, die direkt mit der Situation der Indianer nichts zu tun haben.

Hintergründe der Kampagne

Warum kam es zu dieser Hetzkampagne? - Brasiliens "neue Republik" ist seit Monaten damit beschäftigt, eine Verfassung auszuarbeiten, die demokratischen Verhältnissen gerecht werden soll. In diesen spannungsgeladenen Wochen der Diskussion und Ausarbeitung der "Constituinte" werden die Weichen für die Zukunft des Landes gestellt. Die Artikel im "O Estado do São Paulo" gewinnen in diesem politischen Kontext große Bedeutung. Sie sollen unter den Parlamentariern eine feindselige Stimmung gegen die Indianer und die



Vertreter ihre legitimen Interessen schaffen. Die wichtigsten Ziele der Angriffe sind die UNI (Union Indianischer Nationen) und der CIMI. Diese Rechnung ist bis jetzt voll aufgegangen: Waren vor dem Skandal die Rechte der Ureinwohner im Verfassungsentwurf weitgehend respektiert, so setzte sich nach Bekanntwerden der "Estado"-Berichte die "Gruppe der 32" durch, angeführt von Senator José Richa (PMDB), die kaum verhüllt der legalen Ausrottung der Indianer den Weg bereitet.

So sieht der neue Verfassungsentwurf nicht mehr das vom Gesetz vormals geschützte Recht der Rückkehr von Indianergruppen vor, die in der Vergangenheit von ihrem Land vertrieben worden sind. Bergwerksgesellschaften erhalten jetzt das Recht, auf indianischem Boden nach Mineralien zu schürfen, wenn die indianischen Gemeinschaften und der Kongreß diesen Vorhaben zustimmen. Weitere Paragraphen schränken die Entscheidungsfreiheit der indianischen Kommunen weitgehend ein und unterstellen sie einem strengen Regiment

des Staates, der sie bei Epidemien, Naturkatastrophen und in ähnlichen Fällen umsiedeln darf, aber auch dann, wenn das "Interesse der nationalen Souveränität" es gebietet. Was darunter genau zu verstehen ist, bleibt natürlich völlig offen. Die Frage der späteren Rückkehr der Umgesiedelten in die angestammten Gebiete wird im Verfassungsentwurf nur ungenau beantwortet. Auf die prekäre Lage der Indianer, die außerhalb der Reservate leben und sich in Kontakt mit der brasilianischen Gesellschaft und ihren Normen befinden, gehen die Artikel und Paragraphen des Verfassungsentwurfs nicht ein, wodurch also der Gesetzgeber nichts gegen den drohenden Identitätsverlust dieser immer größer werdenden Gruppe unternimmt.

Der neue Verfassungsentwurf kommt den Interessen der Bergwerkslobby entgegen, deren Zugriff auf indianisches Land erheblich erleichtert worden ist. Außerdem entlastet er die staatliche Indianerstiftung (FUNAI), deren Führung sich eher als verlängerter Arm der Industriellen, Großgrundbesitzer und Politiker versteht, denn als Vertreter der ihm anvertrauten Mündel, der Indianer. Die heftigen Attacken gegen den CIMI ermöglichen es der FUNAI, die Ausweisung von "militanten" Missionaren aus den Reservaten zu rechtfertigen und die übrigen einzuschüchtern. Das ist in einzelnen Fällen bereits geschehen.

Wer genau die Kampagne gegen den CIMI in Bewegung gestzt hat, ist noch unklar. In dringendem Tatverdacht stehen einerseits die brasilianische Bergwerkslobby, die schon in der Vergangenheit mit größter Brutalität ihre Angriffe auf das indianische Land gestartet hat, sowie Politiker, die für ihre "Vermittlertätigkeit" von industriellen Kreisen reichlich belohnt werden, andererseits die US-amerikanische Fundamentalistensekte "New Tribes of Brazil", die auch bei einer ähnlichen Kampagne gegen die katholischen Kirche Venezuelas im Jahre 1984 kräftig mitgemischt haben soll. Die "New Tribes of Brazil" arbeiten eng mit internationalen Konzernen zusammen, so daß tatsächlich mit ziemlicher Sicherheit von einer "internationalen Verschwörung" gesprochen werden kann – nur sind gerade diejenigen, die sich zu Verteidigern der nationalen Souveränität aufschwingen, verantwortlich dafür, daß sich in Brasilien dem internationalen Kapital Tür und Tor öffnen.

Demnächst soll es nämlich ans Eingemachte gehen: Die Erschließung Nordamazoniens durch das Projekt "Calha Norte" steht an. Der Staat allein ist nicht in der Lage, diese 14% des nationalen Territoriums umfassende Region wirtschaftlich zu entwickeln. Unternehmer des In- und Auslandes sollen durch ein günstiges Investitionsklima angelockt werden, damit sie Fabriken errichten, Bergwerke eröffnen, Staudämme bauen und neue Städte planen. Voraussetzung zur Schaffung eines günstigen Investitionsklimas ist es, daß die Rechte der in dem von "Calha Norte" betroffenen Gebiet lebenden Menschen eingeschränkt werden. Die Hetzkampagne des "Estado", die auch jetzt anhält, scheint also auch im großen Rahmen erfolgreich zu sein. Die Indianer Brasiliens gehen schweren Zeiten entgegen.

REZENSION

Saisonale Migration in Ecuador

Fast möchte man nach der Lektüre des Buches empfehlen, zuerst die Seiten 103 - 114 zu lesen. Hier beschreibt die Verfasserin in einem Exkurs den heiklen Balanceakt zwischen Forscherin und "Erforschten". Berichte über persönliche Feldforschungserfahrungen werden in der empirischen Sozialforschung viel zu häufig aus der Darstellung der Forschungsergebnisse ausgeklammert und nur im kleinen Kreis offengelegt. Gerade diese Erfahrungen ermöglichen dem Leser aber erst eine Beurteilung des Wahrheitsgehalts und der Zuverlässigkeit einer solchen Studie, wenn Umstände und Strategien bekannt sind, wie die Daten gewonnen wurden.

Hier hat die Verfasserin einen erfreulichen, durchaus offenen Einblick gewährt. Ein zweiter Exkurs wäre dabei nur konsequent gewesen: nämlich eine theoretische Reflexion darüber, was mit den Untersuchungsergebnissen zu geschehen hat, was die "Erforschten" eigentlich davon haben, daß man sie erforscht hat. Den Betroffenen in diesem Fall "wenigstens einen Teil der Untersuchungsergebnisse in Form einer Tonbildschau und eines Informationsheftes zurückzugeben", ist immerhin der Versuch einer Antwort.

Die Verfasserin legt mit diesem Buch einen Teil ihrer eineinhalbjährigen Feldforschung (1983 - 1985) vor, die sich mit den sozioökonomischen Bedingungen der Wanderarbeit in indianischen Dorfgemeinden der Provinz Chimborazo beschäftigt. Wer sich durch die Wissenschaftssprache nicht abschrecken lässt und sich über die Arbeits- und Lebensweise von kleinbäuerlichen Saisonarbeitern aus dem Hochland Ecuadors - die für mehrere Monate an die Küste migrieren müssen - informieren will, findet hier auf über 100 Seiten interessante Einblicke.

Das erste Kapitel des Buches beschäftigt sich mit den Produktionsstrategien einer bestimmten Zuckerrohrplantage (San Carlos) und ihre Bedeutung für die isolierte Lebensweise ethnischer Minderheiten (=Hochlandindios und Mestizen) auf dem plantageninternen Arbeitsmarkt (=spezifische Arbeitsbereiche auf der Plantage). Der erste Abschnitt skizziert zunächst die Geschichte der Zuckerrohrplantagen in Ecuador unter dem Einfluss des Weltzuckermarktes. Der zweite Abschnitt behandelt die industrielle Entwicklung der Zuckerrohrplantage San Carlos, die mit einer besonderen Form der Rekrutierung der Arbeitskräfte von Migranten bestimmter Herkunftsregionen auf spezifische Arbeitsbereiche in der Plantage einhergeht. Die Aufmerksamkeit des dritten Abschnittes gilt vor

allem der Segmentierung nach Maßgabe ethnischer Kriterien. Der letzte Abschnitt untersucht schließlich den seit den 60 er Jahren eingeleiteten Modernisierungsprozess im Zuckerrohranbau und -Ernte.

Das zweite Kapitel geht im ersten Abschnitt ein auf die Klientelstrukturen zwischen den Aufsehern der Plantage (mayordomos) und den Migranten. Welche Rolle dabei die Unterbringung der Wanderarbeiter in firmeneigenen und von den mayordomos verwalteten Barackenunterkünften spielt, ist Gegenstand des zweiten Abschnitts. Eine Unternehmensstrategie, die dazu führt, die Arbeitskontrolle zu zentralisieren, um die Arbeitsbeziehungen zwischen Aufseher und Wanderarbeiter zu entpersonalisieren, untersucht schließlich der dritte Abschnitt. Der daraus resultierende Versuch nunmehr mit Hilfe einer Gewerkschaftsbewegung die eigenen Interessen kollektiv durchzusetzen, ist Thema des letzten Abschnitts.

Daß das Arbeits- und Konfliktverhalten der Wanderarbeiter nicht allein Antwort auf die von der Zuckerrohrplantage gesetzten Bedingungen ist, sondern zunehmend auch durch die kleinbäuerlich dörflichen Lebenszusammenhänge im Hochland bestimmt wird, untersucht anschaulich das dritte und letzte Kapitel des Buches. Welche Konsequenzen sich aus diesem zeitgeschichtlich bedingten Anpassungsprozess ableiten, wird - leider viel zu kurz - in einem "Ausblick" behandelt.

Das Buch ist für Ecuadorinteressierte lesenswert, ebenso für Leser, die an Migrationsforschung interessiert sind. Durch die Durchsichtigkeit der Informationen und die Rechenschaft über deren Entstehungsprozess vermag es besonders zu überzeugen.

Carola Lentz: Saisonarbeiter auf einer Zuckerrohrplantage in Ecuador, Edition Herodot, Rader Verlag, 1986, 142 S.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

ila-info Nr. 110, Nov. 87 und Nr. 111, Dez. 87

Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Mit neuen Techniken gegen die Krise?

Die beiden Hefte liefern Material zur aktuellen Diskussion um die Folgen des weltweiten Einsatzes der sog. Neuen Technologien.

Nr. 110 enthält unter der Überschrift "Kommunikation ohne Grenzen" Beiträge zu ISDN, zur Verbreitung der neuen Informationstechnologien in Lateinamerika und zwei Interviews zum Einsatz dieser Technologien in Uruguay und Nicaragua;

Nr. 111 beschäftigt sich mit der Bio- und Gentechnologie und bringt Beiträge zur Forschung und zum Einsatz dieser Technologien in Landwirtschaft und Medizin, zu Entwicklungshilfeprojekten in diesen Bereichen, zum Eigentumsrecht von genetischen Ressourcen und zu skandalösen Freilandexperimenten mit genetisch manipulierten Organismen in Argentinien.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ, Nr. 4/87

Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Frontstaaten - Im Konflikt mit Südafrika

Das Heft beschäftigt sich mit der Situation in den Frontstaaten Mosambik, Zimbabwe, Sambia, Botswana etc. bzw. ihrer Bedrohung durch das weiße Apartheidregime in Südafrika. Schwerpunktland ist Mosambik mit Beiträgen über Geschichte, politische Entwicklung, Beziehung zu Südafrika, die RENAMO und bäuerliche Frauenorganisationen um Maputo.

Weitere grundsätzliche Beiträge zu "Koordinierter Befreiungspolitik" im südlichen Afrika und der SADCC als wirtschaftspolitischer Alternative gegen Südafrikas Dominanz.

Die Boykottfrage wird aus der Sicht der BRD und der Frontstaaten Mosambik und Botswana behandelt.

Außerdem: Porträt des sambischen Präsidenten Kaunda und ein Vergleich der Befreiungspolitik in Zimbabwe und Südafrika.

PERIPHERIE Nr. 29, Januar 88

Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Konfrontationen

R. Kötler: Entwicklungs-Optionen zwischen Weltmarktzusammenhang und Selbstbestimmung. Aspekte eines multifokalen Entwicklungsbegriffs / E. San Juan, Jr.: Die Befriedung der "boondocks": US-Kulturimperialismus auf den Philippinen / M. Masarat: Der Gottestaat auf dem Kriegsschauplatz.

TRIALOG, Heft 15

Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Schwerpunkt: Partizipation und Habitat

Bombays illegale Siedler: Der Kampf um das Recht auf Wohnung / Selbstorganisation - Selbstentwicklung: Die Slumsiedlung Ganeshnagar in Poona / Kollektive Selbsthilfe bei Entwässerungsprojekten in Karachi, Pakistan / Basisorganisationen in Baldia, Karachi / Das Quartier als Siedlungseinheit: Kollektive Selbstbestimmung in afrikanischen Großstädten / Partizipation als Cargo-Kult? / Gemeinschaftspartizipation in brasilianischen Favelas - Die Rolle der Bewohnervereine Städtische Sozialbewegungen in Mexiko: Der Fall des "Comité Unión de Colonias Urbanas de Tijuana Asociación Civil".

AIB, Heft 1-2/88 und Sonderheft 1/88

Liebigstr. 46, 3550 Marburg

AIB 1-2/88: Kommentare: Kohls Afrika-Reise; Der Abrüstungsgipfel / Südafrika: Die Freilassung Govan Mbeki + Der Konflikt Inkatha-UDF + Das Projekt Radio Mandela / Äthiopien: Wiederkehr der Hungerkrise + Die Entwaldung aufhalten + US-Wirtschaftssanktionen gegen Äthiopien / Naher und Mittlerer Osten: Bilanz des arabischen Gipfels / Türkei: Özals Wiederwahl / Philippinen: Interview mit J.M. Sison / Kamputschea: Einstieg in den nationalen Dialog? / Haiti: Die Militärs verhindern freie Wahlen / Rezension: Iran-Bücher / Infos zur Solidarität / Kurzinformationen / Das weltweite Energieproblem / Sonderteil Mittelamerika.

AIB-Sonderheft 1/88: Mittelamerika. Endlich Frieden? Der Friedensprozeß schlägt Wurzeln / Vollständiger Text des Abkommens / Mittelamerikas Wirtschaft in der Krise / Nicaragua: Kein Frieden der Unterwerfung + Rede Daniel Ortegas + Erklärung der nationalen Leitung der FSLN / El Salvador: Duarte laviert + Interview mit Nidia Diaz (FMLN/FDR) / Guatemala: Dialogchancen? + Erklärung der URNG / Costa Rica: Friedensstifter? / Honduras: Hinhaltetaktik der Regierung Azcona / Kampagne für das "gesamte Projekt Nicaragua" / Neue Bücher und Broschüren, Kontakte, Spenden, Materialien.

INFORMATIONSDIENST SÜDLICHES AFRIKA, Nr. 7/87, Nov.87

Blücherstr.14, 5300 Bonn 1

Schwerpunkt: Namibia und Südafrika / Kunst und Kultur für ein anderes Land. Kulturelle Formen des Widerstands in Südafrika und Namibia sind die Themen der Novemberausgabe. Kolonisierung und die immer noch anhaltende Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung hat die Menschen neben dem alltäglichen und auch dem bewaffneten Widerstand kulturelle Formen, sich zu wehren, entwickeln lassen. Sie finden ihren Niederschlag bspw. in Musik, Wort und Theater. Kultur und Befreiungskampf sind so zu untrennbaren Gliedern gewachsen, die es den Betroffenen erlauben, sich Unterdrückung bewußt zu machen und sich ihrer Luft zu verschaffen. Daneben befassen sich zwei Artikel mit dem Kultur- und Wissenschaftsboykott. Die jüngsten Ereignisse des Streiks bei Mercedes-Benz in Südafrika, sowie die Pläne für den neuen Verfassungsentwurf für Namibia beschließen das Heft. Außerdem: Rezensionen, aus der Solibewegung, Zeitschriftenschau.

FREIRE-BRIEF, Nr. 34/35

ag-spak, Kistlerstr.1, 8000 München 90

Schwerpunkt: Volkserziehung / Alternative politische Bildung / Erwachsenenbildung Die Basiszentren und die Volkserziehung (Peru) / Erziehung in Zimbabwe / Aids in der Bildungsarbeit / Materialkasten / Hinweise / Seminare / Tips...

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 122

c/o ISW, Lingener Str. 9, 4400 Münster

Schwerpunkt: Projekte und Projektionen, Beiträge vornehmlich aus dem Aktionsgruppenspektrum zu Sinn und Unsinn von "linken" Entwicklungshilfeprojekten in der Dritten Welt / Umgang mit Arzneimitteln / Solidarität zu Südafrika / Schwarzes Theater aus Südafrika / Situation der türkischen Kurden / SADCC-Kampagne / Kritik an Hoechst zeigt Wirkung.

BOLIVIA-Informationsblatt Nr. 68, Nov./Dez. 87

Wittenbergplatz 3 a, 1000 Berlin 30

Kommunalwahlen: Konzentration in der parteipolitischen Landschaft + Vorläufige Ergebnisse der Kommunalwahlen / Viel Gas und wenig Kohle / Auslandsschulden im Sonderangebot / Nur für private Banken / ...und die Industriearbeiter? / Die Petition der COB / Relocalizados / Zuckerbrot / Ein neues Pressegesetz? / Land und Macht den Bauern / Völkermord oder Zivilisation? / Explosionen von Gasflaschen / Der Boom der Supermärkte.

EINGEGANGENE BÜCHER

James Ferguson, Jenny Pearce: *The Thatcher Years. Britain and Latin America.* Latin American Bureau, London, 1988, 0906156-38-6, Bezug: LN-Vertrieb

Right to Survive. Human Rights in Nicaragua. Catholic Institute for International Relations, London 1987, ISBN 0-946848-86-6, Bezug: LN-Vertrieb

Cleyde Nadja Barreto Souza: *Zwischen den Zeilen lesen.* Eine Inhaltsanalyse der entwicklungspolitischen Berichterstattung des Handelsblatts, der Frankfurter Allgemeinen und der Frankfurter Rundschau. Verlag Breitenbach, ASA-Band 11, Saarbrücken, Fort Lauderdale, 1987, ISBN 3-88156-378-4

Jochen Hippler, Andrea Lueg: *Gewalt als Politik.* Terrorismus und Intervention im Nahen Osten. Pahl Rugenstein, Köln, 1987, ISBN 3-7609-1122-6

Nitoburg, Fetissow, Jakowlew: *Licht und Schatten über Grenada.* Hintergründe der USA-Aggression. Militärverlag der DDR, Berlin, 1987, ISBN 3-327-00303-3

Kunhanadan Nair: *CIA-Komplotte gegen die Dritte Welt.* Militärverlag der DDR, Berlin, 1987, ISBN 3-327-00662-8

DIEGO RIVERA 1886-1957

Katalog zur Ausstellung der Neuen Gesellschaft für bildende Kunst und der Staatlichen Kunsthalle Berlin

Konzeption des Text-Bild-Bandes: Olav Münzberg, Michael Nungesser

224 Seiten mit 50 vierfarbigen und 213 schwarz-weiß Abbildungen

Format 24,5 x 27 cm

Broschiert DM 45,-* / ISBN 3-496-01041-X

Diego Rivera ist der bedeutendste Maler Mexikos im 20. Jahrhundert. Seine bewußte Wendung von der kubistischen Avantgarde zur volksnahen realistischen Wandmalerei ließ ihn zur »Stimme eines Kontinents« werden. Wandbilder, Ölgemälde und Zeichnungen Riveras sind Beispiele einer Kunst, die im Dienst kultureller Emanzipation eine eigenständige Bilderwelt entwickelt.

Barbara Beck**MAIS UND ZUCKER**

Zur Geschichte eines mexikanischen Konflikts

192 Seiten mit 19 schwarz-weiß Abbildungen

Broschiert DM 29,80 / ISBN 3-496-00864-4

Mais und Zucker: in Mexiko bezeichnet dieses Verhältnis den sozialen Konflikt zwischen traditionellen Dorfgemeinschaften und spanischen Haciendas (Großgrundbesitz), das heißt, zwischen indianischem Gemeineigentum und dem auf römischem Recht basierenden Privateigentum der spanischen Eroberer. Der Mais wird seit jeher auf den Gemeinschaftsfeldern des indianischen Dorfes angebaut, Mais ernährt die Bevölkerung. Den Zuckerrohranbau brachten die Kolonialherren nach Mexiko. Zucker begründete den Reichtum der Hacendados, aber seine landfressende Monokultur bedroht die Ernährungsgrundlage der Dörfer.

Ursula Zier**DIE GEWALT DER MAGIE**

Krankheit und Heilung in der kolumbianischen Volksmedizin (Krankheit und Kultur, Band 3)

X und 267 Seiten

Broschiert DM 38,- / ISBN 3-496-00890-3

Die traditionelle Rolle der Magie in der Volksmedizin Lateinamerikas ist bislang nicht oder nur unzureichend erforscht worden. Sie hat jedoch auch heute noch — wie etwa in Kolumbien — gesellschaftliche Relevanz, trotz der Konkurrenz der modernen Medizin, die seit Beginn unseres Jahrhunderts an Boden gewinnt. Welche Grundauffassungen von Krankheit und Gesundheit die kolumbianische Volksmedizin prägen und auf welche Weise Heilung erfolgt, wird in dieser Studie am Beispiel der Heilerin Nora, ihrer Methoden und ihrer Patienten deutlich und auch für uns nachvollziehbar.

* unverbindliche Preisempfehlung

DIETRICH REIMER VERLAG**BERLIN**

NEU JETZT ZWEI RÖSTUNGEN
"Sandino Suave"*
DIE MILDE DRÖHNUNG

Probepaket 3 Pfund (2x *Suave*, 1x normal)
 für 30 DM gegen Vorkasse
 (Bargeld oder V-Scheck) anfordern

* suave - nicaraguanisch für: mild, sanft, weich

**SANDINO
 DRÖHNUNG**

KAFFEE *

AUS NICARAGUA

OHNE
 ZWISCHENHANDELSPROFITE
 INCL. 10 % SPENDE
 ZUM SELBSTKOSTENPREIS
90 DM FÜR 10 x 1 PFUND

Vorfinanziert durch
 ABO statt Banken bei:

Bärlicher Kaffee
 - Genossenschaft e.G.

Crellestraße 22
 1000 Berlin 62

☎ 030 / 781 40 18
 DI 12-15 Uhr, DO 16-20 Uhr
INFOBLATT ANFORDERN!

* Rückstandsfrei laut Analyse

SAHARA-INFO

Gesellschaft der Freunde des Sahraischen Volkes e.V.
 6. Jahrgang / Nr. 6 Dezember 1987 Preis DM 1,50



berichtet regelmäßig über
 - den Befreiungskampf der
 F. POLISARIO
 - die diplomatischen Ausein-
 andersetzungen um die
 WESTSAHARA
 - das Leben in den Flücht-
 lingslagern der Sahrauis
 - die Demokratische
 Arabische Republik Sahara

Das
SAHARA INFO
 erscheint alle 2 Monate

Jahresabonnement nur 15,- DM!
 Probeheft und Abobestellung bei
 GESELLSCHAFT DER FREUNDE DES
 SAHRAUISCHEN VOLKES e.V.
 U. Hilpert, Am Wall 46
 2800 Bremen 1

Neu im Vertrieb der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN



**Broschürenreihe der
 Amilcar Cabral
 GESELLSCHAFT**

Die Amilcar Cabral - Gesellschaft trägt den Namen des ersten Generalsekretärs der Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und Kapverde (PAIGC). In einem jahrelangen Kampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft errang die PAIGC die Befreiung für die beiden westafrikanischen Länder. Amilcar Cabral, der im Januar 1973 ermordet wurde, erlebte den Tag der Unabhängigkeit nicht mehr. Er gehörte zu den bedeutendsten Theoretikern und Kämpfern für die politische und kulturelle Emanzipation des Kontinents.

Die Amilcar Cabral - Gesellschaft wurde 1975 gegründet, um die Unterstützung der Völker von Guinea-Bissau und Kapverde auch nach der Unabhängigkeit fortzusetzen. Bestandteile der Solidaritätsarbeit der Amilcar Cabral - Gesellschaft sind Veröffentlichungen von Informationen und Analysen über den gesellschaftlichen Prozeß in den beiden Ländern sowie Sammlung von Spenden und Unterstützung von Projekten.

- | | | |
|--------|---|--|
| ACG 3 | Aufsätze zur Entkolonialisierung des Bewußtseins, der Frauenorganisation, dem Gesundheitswesen auf den Kapverden | 1977, 30 S., DM 1,50 |
| ACG 5 | Erziehung in Guinea-Bissau | 1977, 64 S., DM 2,-- |
| ACG 7 | Landwirtschaft in Guinea-Bissau | 1978, 76 S., DM 2,50 |
| ACG 10 | "Da beschloß ich, Entwicklungshelfer zu werden ..." | 1980, 4. erw. Neuauflage 1983, 130 S., DM 5,-- |
| ACG 11 | Der Putsch in Guinea-Bissau und seine ersten Folgen. - Dokumente - | 1981, 76 S., DM 3,-- |
| ACG 13 | Tamara Wyss:
Die Frauen von Achada Leitao. Beobachtungen in einem Kapverdischen Dorf. | 1982, 76 S., DM 6,-- |
| ACG 14 | Kap Verde - Versuche eigenständiger Entwicklung einer abhängigen Gesellschaft. Agrarreform - Frauen - Ökologie - Tourismus. | 1987, 80 S., DM 6,-- |

Bestellungen an:

LN-Vertrieb,

Gneisenastr. 2,

1000 Berlin 61

Filme, die man nicht alle Tage sieht, enthält die neue Film Video Liste der
Zentral Film GmbH in Hamburg.

Seit August 1984 verleiht dieser "alternativ"- Verleih interessante Dokumentarfilme und anspruchsvolle Unterhaltungsfilme. Das neue Angebot enthält u.a. Lubitsch "Serenade zu Dritt", Louis Malle "Zazie in der Metro", Marleen Gorris "Die gekaufte Frau", Jiri Menzel "Heimat, süße Heimat", aber auch weniger bekannte Dokumentarfilme wie "Wasserzeichen" (über die Wasserverschmutzung und "Mona, Mona - Stepping Stones" (über die Ureinwohner Australiens). Die Film Video Liste 4 kann gegen DM 3,- in Briefmarken angefordert werden bei:
ZENTRAL FILM GMBH, FRIEDENSALLEE 14 - 16, 2000 HAMBURG 50